Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6756

21. 03. 90

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Schmitz (Baesweiler), Bauer, Dr. Biedenkopf, Dr. Blank, Dr. Blens, Borchert, Breuer, Dr. Daniels (Bonn), Daweke, Dr. Fell, Frau Fischer, Gerstein, Dr. Göhner, Dr. Grünewald, Günther, Hauser (Krefeld), Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Herkenrath, Dr. Hoffacker, Dr. Hüsch, Frau Karwatzki, Krey, Kroll-Schlüter, Dr. Kronenberg, Lamers, Frau Limbach, Louven, Marschewski, Dr. Meyer zu Bentrup, Michels, Dr. Möller, Müller (Wesseling), Pesch, Dr. Pinger, Dr. Pohlmeier, Reddemann, Dr. Rüttgers, Schemken, Schulhoff, Seesing, Dr. Stercken, Tillmann, Vogel (Ennepetal), Dr. Vondran, Wilz, Windelen, Dr. Wulff und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Graf Lambsdorff, Cronenberg (Arnsberg), Dr.-Ing. Laermann, Baum, Gattermann, Dr. Hirsch, Dr. Hoyer, Nolting und der Fraktion der FDP

Finanzielle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen — Drucksache 11/6411 —

Der Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 20. März 1990 die Große Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Das wirtschaftliche Wachstum Nordrhein-Westfalens war in den letzten zwanzig Jahren – gemessen am Bundesdurchschnitt – immer schwächer als in den übrigen Bundesländern. Dadurch hat sich der Anteil des nordrhein-westfälischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) am gesamten Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland real ständig verringert. Auch je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen wurden ungünstigere BIP-Ergebnisse erzielt als im übrigen Bundesgebiet, das heißt in Nordrhein-Westfalen wurden die vorhandenen Wachstumschancen letztlich nicht voll realisiert.

Eine Ursache dafür ist sicherlich in der Notwendigkeit eines beträchtlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen zu sehen. Die Bewältigung der strukturellen Probleme, die in der Vergan-

genheit verschleppt worden ist, wird aber nun in besonderem Maße erleichtert durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Nordrhein-Westfalen erhält im übrigen seit Jahren umfassende Hilfen vom Bund. Die auf Initiative des Bundeskanzlers einberufene Ruhrgebietskonferenz hat im Februar 1988 unter seiner Leitung zur Bewältigung eines tiefgreifenden Strukturwandels in den Montanregionen an Rhein und Ruhr Maßnahmen gemeinsam mit der Landesregierung und den vor Ort Handelnden abgestimmt und auf den Weg gebracht.

Auch die Kohlerunde im Dezember 1987 und die im März 1987 einberufene Stahlrunde unterstreichen den Willen des Bundes, den Montanregionen zu helfen. die Bundesregierung hat in der Folge dieser Konferenzen erhebliche Mittel zur Bewältigung des strukturellen Wandels in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt.

Durch das vom Bundeskanzler initiierte Sonderprogramm für Montanregionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", das mit Zustimmung der revierfernen Bundesländer durchgeführt werden konnte, wurden allein in Nordrhein-Westfalen Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft gefördert, mit denen nach Angaben der Unternehmen insgesamt dauerhafte Arbeitsplätze neu geschaffen werden konnten. Während jedoch in den letzten Jahren im Bundesgebiet der Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen der 70er und Anfang der 80er Jahre wieder aufgeholt werden konnte, gingen die Bruttoanlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen nach den bisher verfügbaren Daten in realer Rechnung weiter zurück.

Die Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen war im vergangenen Jahrzehnt äußerst angespannt. Sie wurde hauptsächlich durch eine expansive Ausgabenpolitik in der ersten Hälfte der 70er Jahre mit Ausgabenzuwächsen deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer und durch eine nicht an der Einnahmenentwicklung orientierte Ausgabengestaltung noch bis 1981 verursacht. Später als in anderen Ländern wurde die Notwendigkeit zur Konsolidierung erkannt. Trotz der Bemühungen um Ausgabenbeschränkung seit 1982 hat sich die finanzwirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen nur ungenügend verbessert.

Die Nettokreditaufnahme verharrte in den letzten Jahren auf hohem Niveau (1984: 6,9 Mrd. DM, 1988: 5,1 Mrd. DM). Erstmals 1989 konnte aufgrund der sehr günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen – wie bei fast allen anderen Ländern auch – die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt werden. Der Schuldenzuwachs ist auch nach 1980 immer noch mit Abstand der größte aller Flächenländer. Die jahresdurchschnittliche Zunahme betrug 1989/80 13,3 Prozent, diejenige der Länder insgesamt 9,9 Prozent. Die Schulden je Einwohner waren 1989 innerhalb der Flächenländer nur in Schleswig-Holstein und im Saarland höher. Bis 1974 hatte Nordrhein-Westfalen noch die geringsten Schulden je Einwohner aufzuweisen. Der Anteil der Zinsausgaben an den Ausgaben insgesamt stieg in Nordrhein-Westfalen von 3,8 Prozent 1980 auf 10,5 Prozent 1989.

Der Bund hat die Finanzausstattung des Landes Nordrhein-Westfalen durch die folgenden Maßnahmen in den letzten Jahren nachhaltig verbessert.

Nach dem Strukturhilfegesetz erhält Nordrhein-Westfalen ab 1989 jährlich 756 Mio. DM. Mit diesen Mitteln werden besonders bedeutsame Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens in folgenden Bereichen gefördert: wirtschaftliche Infrastruktur, Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung im beruflichen Bereich, Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Technologie sowie städtebauliche Maßnahmen.

Im Rahmen des Finanzausgleichs sind dem Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1987 bis 1989 Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 276 Mio. DM zugeflossen.

Zu den Hilfen des Bundes für Nordrhein-Westfalen treten zusätzlich Leistungen der EG. Auch die Schaffung des europäischen Binnenmarkts wird neue Chancen, nicht zuletzt für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, eröffnen.

Eine zwingende Voraussetzung für die Wirksamkeit all dieser Hilfen ist die Eigeninitiative vor Ort, um Wachstum und Beschäftigung, insbesondere in den strukturschwachen Räumen, anzuregen, Hemmnisse für den strukturellen Wandel auszuräumen und auf neue Marktbedingungen rasch zu reagieren. Hilfen des Bundes können nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Deshalb ist die Initiative des Landes, der Kommunen, der privaten Wirtschaft und ihrer Verbände und der Gewerkschaften gefordert, den strukturellen Wandel in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik die Bedingungen für einen langdauernden Wirtschaftsaufschwung geschaffen, der mittlerweile alle Regionen in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt hat. Aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht sind das damit verbundene kräftige Wachstum bei der Beschäftigung und die deutliche Abnahme bei der Arbeitslosigkeit besonders eindrucksvoll. Nordrhein-Westfalen profitiert davon, wie der regionale Arbeitsmarkt ausweist. Obwohl sich das Arbeitskräftepotential in Nordrhein-Westfalen – wie im übrigen Bundesgebiet – kräftig ausgeweitet hat, ist die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen – allerdings weniger stark als im übrigen Bundesgebiet.

Die Arbeitsplatzverluste zu Beginn der achtziger Jahre sind bundesweit inzwischen weit mehr als ausgeglichen. Seit dem Beschäftigungstiefstand im Jahre 1983 ist die Zahl der besetzten Arbeitsplätze um gut 1,5 Mio. gestiegen. Mit rund 27,7 Mio. Erwerbstätigen wurde im Jahresdurchschnitt 1989 das höchste Beschäftigungsniveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Frauen haben am Beschäftigungszuwachs zu annähernd zwei Dritteln partizipiert. Die Beschäftigungssituation für junge Menschen ist so günstig wie nie im zurückliegenden Jahrzehnt. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben an diesen günstigen Entwicklungen teil. Der Abbau der Arbeitsplätze bei Kohle, Stahl und am Bau ist durch Beschäftigungszuwächse in anderen Wirtschaftszweigen wettgemacht.

Die Zahl der ein Jahr und länger Arbeitslosen lag im Bundesgebiet im September 1989 um 93 400 (13,6 Prozent) unter dem Vorjahresstand. Damit hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit erstmals seit 1980 deutlich verringert. In Nordrhein-Westfalen ist die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit parallel zu der des Bundesgebietes verlaufen. Maßgebend dazu beigetragen haben vor allem der Wirtschafts- und Beschäftigungsaufschwung, aber auch die aktive Arbeitsmarktpolitik speziell für Langzeitarbeitslose. Im Rahmen der Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, die ab Juli 1989 durch die Bundesregierung in Gang gesetzt wurde, sind bei den Arbeitsämtern von Juli 1989 bis Februar 1990 23 580 Anträge auf Lohnkostenzuschüsse gestellt und in 20 659 Fällen bereits bewilligt worden, davon 8 238 allein in Nordrhein-Westfalen.

Der inzwischen eingetretene Stimmungswandel sagt mehr aus über den Erfolg der Politik der Bundesregierung zugunsten Nordrhein-Westfalens, als es die Analyse der Wirkungen von regional-, struktur- und arbeitsmarktpolitischen Bundeshilfen vermag. Die eigentliche Basis für die günstige regionale Entwicklung – auch in Nordrhein-Westfalen – ist die erfolgreiche, die Dynamik der Wirtschaft insgesamt stärkende Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Auch der Sachverständigenrat stellt in seinem letzten Jahresgutachten fest, daß jetzt auch Bremen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland Anschluß an das Tempo gewonnen haben, mit dem sich die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ausweitet. Diese Länder hatten in der Vergangenheit u. a. durch verschleppten Strukturwandel besondere Anpassungslasten in altindustriellen Problemgebieten bewältigen müssen.

Die guten Ergebnisse der nunmehr seit acht Jahren zu verzeichnenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommen auch Nordrhein-Westfalen zugute. Diese günstige Wirtschaftsentwicklung eröffnet Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit den umfassenden spezifischen Hilfen gute Chancen, den notwendigen Umstrukturierungsprozeß weiter voranzutreiben, sich den Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes und den Veränderungen auf dem Weltmarkt offensiv zu stellen und durch konsequentes Hineinwachsen in neue Beschäftigungs- und Produktionsfelder die noch bestehenden Strukturschwächen zu überwinden und Strukturstärken entschlossen auszubauen. Es kommt jetzt besonders darauf an, diese mit maßgeblicher politischer und finanzieller Hilfe des Bundes erzeugte Aufbruchstimmung in Nordrhein-Westfalen für die Zukunft zu nutzen. Die positiven wirtschaftlichen Perspektiven sind durch die Entwicklung zur deutschen Einheit dabei mittelfristig noch günstiger einzuschätzen.

I. *Wirtschaftliche Entwicklung*

1. Wie hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1980 in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zwischen 1971 und 1980 sowie zwischen 1980 und 1989 insgesamt und jahresdurchschnittlich entwickelt?

Um wieviel Prozent hat 1989 das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 in Nordrhein-Westfalen und in sämtlichen anderen Ländern zugenommen?

Wie hat sich der relative Anteil Nordrhein-Westfalens am BIP des Bundesgebietes in den einzelnen Jahren entwickelt?

Das Bruttoinlandsprodukt und der Anteil Nordrhein-Westfalens haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Nordrhein-Westfalen Mrd. DM	Bundesgebiet Mrd. DM	Anteil NRW am Bundesgebiet in v. H.
1971	331,280	1 165,600	28,42
1972	341,290	1 214,700	28,10
1973	358,872	1 271,650	28,22
1974	360,817	1 275,100	28,30
1975	353,227	1 254,830	28,15
1976	369,855	1 322,740	27,96
1977	378,621	1 361,790	27,80
1978	387,552	1 400,900	27,66
1979	404,214	1 459,040	27,70
1980	406,361	1 478,940	27,48
1981	404,586	1 481,390	27,31
1982	398,459	1 471,830	27,07
1983	400,552	1 493,920	26,81
1984	408,045	1 535,990	26,57
1985	414,042	1 566,480	26,43
1986	417,988	1 603,210	26,07
1987	425,451	1 632,680	26,06
1988	440,519	1 692,930	26,02
1989*)	453,200	1 750,730	25,89

*) (vorläufiges Ergebnis)

Veränderungsraten in v. H.	insgesamt		jahresdurchschnittlich	
	NRW	Bund	NRW	Bund
1980/1971	22,7	26,9	2,3	2,7
1989/1980	36,8	50,2	1,2	1,9

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich 1989 in den einzelnen Bundesländern wie folgt entwickelt:

	Zunahme des BIP 1989 in Preisen von 1980 in v. H.
Schleswig-Holstein	1,9
Hamburg	3,5
Niedersachsen	3,8
Bremen	2,4
Nordrhein-Westfalen	2,9
Hessen	3,5
Rheinland-Pfalz	3,7
Baden-Württemberg	3,5
Bayern	4,1
Saarland	3,1
Berlin (West)	3,5
Bundesgebiet	3,4

2. Wie hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Einwohner und je Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zwischen 1971 und 1980 sowie zwischen 1980 und 1989 insgesamt und jahresdurchschnittlich entwickelt?

   In welchem Verhältnis steht die jährliche Entwicklung des BIP je Einwohner in Nordrhein-Westfalen zur Entwicklung im Bundesgebiet?

Die Entwicklung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

BIP je Einwohner bzw. Erwerbstätigen in Preisen von 1980
(in tausend DM)

Jahr	Nordrhein-Westfalen*) BIP je Einwohner TDM	Nordrhein-Westfalen*) BIP je Erwerbstätigen TDM	Bundesgebiet BIP je Einwohner TDM	Bundesgebiet BIP je Erwerbstätigen TDM	Verhältnis BIP/Einwohner NRW zu BIP/Einwohner Bund in v. H.
1971	19,39	46,88	19,02	43,62	101,94
1972	19,88	48,66	19,70	45,56	100,94
1973	20,84	50,87	20,52	47,36	101,55
1974	20,94	51,74	20,55	48,12	101,91
1975	20,57	52,13	20,30	48,74	101,33
1976	21,63	55,09	21,50	51,81	100,64
1977	22,20	56,26	22,18	53,42	100,12
1978	22,78	57,55	22,84	54,63	99,71
1979	23,77	59,16	23,78	56,13	99,98
1980	23,84	58,75	24,02	56,28	99,25
1981	23,73	59,20	24,02	56,78	98,81
1982	23,43	59,54	23,88	57,38	98,11
1983	23,70	61,27	24,32	59,14	97,45
1984	24,32	62,66	25,11	60,75	96,87
1985	24,81	63,24	25,67	61,55	96,66
1986	25,07	63,38	26,25	62,36	95,50
1987	25,53	64,22	26,71	63,01	95,60
1988	26,23	66,24	27,55	64,92	95,19
Veränderungsraten in v. H.			insgesamt		
1980/1971	23,0	25,3	26,3	29,0	(9 Jahre!)
1988/1980	10,0	12,8	14,7	15,3	(8 Jahre!)
			jahresdurchschnittlich		
1980/1971	2,3	2,5	2,6	2,9	
1988/1980	1,2	1,5	1,7	1,8	

*) Daten für Einwohner und Erwerbstätige stehen nur bis 1988 zur Verfügung.

3. Um wieviel DM und um wieviel DM je Einwohner hätte 1989 das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 in Nordrhein-Westfalen seinen tatsächlichen Wert überstiegen, wenn es seit 1971 wie im Bundesdurchschnitt gewachsen wäre?

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980

Jahr	Nordrhein-Westfalen tatsächlich Mrd. DM	Nordrhein-Westfalen fiktiv Mrd. DM	Bundesgebiet Mrd. DM
1971	331,280	331,280	1 165,600
1972	341,290	345,235	1 214,700
1973	358,872	361,421	1 271,650
1974	360,817	362,401	1 275,100
1975	353,227	356,640	1 254,830
1976	369,855	375,941	1 322,740
1977	378,621	387,040	1 361,790
1978	387,552	398,156	1 400,900
1979	404,214	414,680	1 459,040
1980	406,361	420,336	1 478,940
1981	404,586	421,032	1 481,390
1982	398,459	418,315	1 471,830
1983	400,552	424,593	1 493,920
1984	408,045	436,550	1 535,990
1985	414,042	445,216	1 566,480
1986	417,988	455,655	1 603,210
1987	425,451	464,031	1 632,680
1988	440,519	481,155	1 692,930
1989*)	453,200	497,582	1 750,730

*) (vorläufiges Ergebnis)

Bei gleichem Wachstum wie der Bundesdurchschnitt hätte das BIP in Nordrhein-Westfalen 1989 seinen tatsächlichen Wert um 44,38 Mrd. DM überstiegen.

BIP je Einwohner in Preisen von 1980 in tausend DM

Jahr	Nordrhein-Westfalen tatsächlich TDM	Nordrhein-Westfalen fiktiv TDM	Bundesgebiet TDM
1971	19,39	19,39	19,02
1972	19,88	20,08	19,70
1973	20,84	20,92	20,52
1974	20,94	20,95	20,55
1975	20,57	20,69	20,30
1976	21,63	21,91	21,50
1977	22,20	22,61	22,18
1978	22,78	23,29	22,84
1979	23,77	24,24	23,78
1980	23,84	24,49	24,02
1981	23,73	24,48	24,02
1982	23,43	24,34	23,88
1983	23,70	24,79	24,32
1984	24,32	25,60	25,11
1985	24,81	26,17	25,67
1986	25,07	26,76	26,25
1987	25,53	27,23	26,71
1988	26,23	28,09	27,55

Bei gleichem Wachstum wie der Bundesdurchschnitt hätte das BIP je Einwohner 1988 in Nordrhein-Westfalen seinen tatsächlichen Wert um 1 860 DM überstiegen.

4. Wie haben sich die Insolvenzen (insgesamt, Unternehmensinsolvenzen) in den Jahren 1980 und 1988 in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet entwickelt (absolute Zahlen/Zuwachsraten, Insolvenzen pro 10 000 Unternehmen)?

Die Insolvenzen haben sich wie folgt entwickelt:

	Insolvenzen [1]				Häufigkeiten[2] der Unternehmensinsolvenzen
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	darunter: Unternehmen	darunter: Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
1980					
Nordrhein-Westfalen	2 927	+ 17,5	2 182	+ 19,2	47
Bund	9 140	+ 9,9	6 315	+ 15,2	38
1988					
Nordrhein-Westfalen	4 600	– 10,0	3 150	– 13,2	61
Bund	15 936	– 9,4	10 562	– 12,7	55
%-Veränderung 1988 zu 1980					
Nordrhein-Westfalen	+ 57,2 %		+ 44,4 %		+ 29,8 %
Bund	+ 74,4 %		+ 67,3 %		+ 44,7 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, Reihe 4.1 und Wirtschaft und Statistik 2/81

[1]) Konkurs- und Vergleichsverfahren zusammen, jedoch ohne Anschlußkonkurse.

[2]) Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1986 (Steuerpflichtige mit Umsatz ab 20 000 DM) für 1988 und der Umsatzsteuerstatistik 1978 (Steuerpflichtige mit Umsatz ab 12 000 DM) für 1980. Bezogen auf 10 000 Unternehmen.

5. Wie hat sich die Zahl der Erwerbstätigen, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Arbeitslosen insgesamt sowie der Langzeitarbeitslosen, der Kurzarbeiter und der offenen Stellen zwischen 1980 und 1989 in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet insgesamt und jahresdurchschnittlich entwickelt?

(Soweit möglich, sind die entsprechenden Daten für Frauen und Männer getrennt auszuweisen.)

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Arbeitslosen ingesamt sowie der Langzeitarbeitslosen ebenso wie die der Kurzarbeiter und offenen Stellen ergibt sich aus den nachstehenden Tabellen Nr. 1 bis 7.

Dabei zeigt sich zwar, daß Nordrhein-Westfalen in längerfristigen Vergleichen mit der Bundesentwicklung im Einklang steht. Im einzelnen ergeben sich allerdings unterschiedliche Entwicklungen, so hat Nordrhein-Westfalen bei den Erwerbstätigen noch nicht wieder und bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftig-

ten gerade erst wieder das Niveau von 1980 erreicht. Der bundesweite Rückgang der Arbeitslosenzahl schlägt auch auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt durch. Insbesondere die offenen Stellen zeigen die Trendwende am Arbeitsmarkt sowohl im Bundesgebiet als auch in Nordrhein-Westfalen bereits seit 1984 an.

Die Politik der Bundesregierung hat den längsten Wirtschafts- und Beschäftigungsaufschwung der Nachkriegszeit ermöglicht. Daran hat auch Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen insgesamt langsamer verlaufen ist als in anderen Bundesländern.

Tabelle 1

Erwerbstätige[1]) 1980 bis 1988[3]) – Ergebnisse des Mikrozensus –
– in 1 000 –

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987[2])	1988
				Nordrhein-Westfalen zusammen				
6 946	6 983	6 884	6 723	6 771	6 775	6 829	6 872	6 892
				Männlich				
4 574	4 576	4 485	4 355	4 369	4 358	4 381	4 386	4 390
				Weiblich				
2 374	2 407	2 399	2 368	2 402	2 417	2 448	2 486	2 502
				Bundesgebiet Insgesamt				
26 874	26 947	26 774	26 477	26 608	26 626	26 940	27 083	27 366
				Männlich				
16 782	16 773	16 592	16 351	16 436	16 402	16 564	16 578	16 759
				Weiblich				
10 092	10 174	10 182	10 126	10 172	10 224	10 376	10 505	10 607

Quelle: Statistisches Bundesamt
[1]) Die Zahlen vor 1987 sind aufgrund der Volkszählung 1987 noch nicht rückwirkend revidiert.
[2]) Ab 1987 revidierte Hochrechnung auf der Basis der Volkszählung 1987.
[3]) Vergleichszahlen liegen für 1989 in aufbereiteter Form noch nicht vor.

Tabelle 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bundesgebiet
Juni 1980 bis Juni 1989

Stichtag	Beschäftigte insgesamt	Männer	Frauen
Juni 1980	20 953 864	12 855 864	8 098 000
Juni 1981	20 863 972	12 754 068	8 109 904
Juni 1982	20 471 526	12 443 601	8 027 925
Juni 1983	20 146 521	12 244 332	7 902 189
Juni 1984	20 040 338	12 105 410	7 934 928
Juni 1985	20 378 397	12 286 529	8 091 868
Juni 1986	20 730 107	12 497 047	8 233 060
Juni 1987	21 045 193	12 591 969	8 453 224
Juni 1988	21 265 123	12 652 295	8 612 828
Juni 1989[1])	21 619 283	12 811 173	8 808 110

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit
[1]) letzte verfügbare Zahl

Tabelle 3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen
Juni 1980 bis Juni 1989

Stichtag	Beschäftigte insgesamt	Männer	Frauen
Juni 1980	5 648 763	3 641 653	2 007 110
Juni 1981	5 634 660	3 614 938	2 019 722
Juni 1982	5 493 833	3 498 583	1 995 250
Juni 1983	5 376 440	3 427 080	1 949 360
Juni 1984	5 351 678	3 398 208	1 953 470
Juni 1985	5 393 575	3 409 754	1 983 821
Juni 1986	5 479 477	3 455 590	2 023 887
Juni 1987	5 543 959	3 463 234	2 080 725
Juni 1988	5 590 203	3 466 310	2 123 893
Juni 1989[1])	5 683 551	3 511 974	2 171 577

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit
[1]) letzte verfügbare Zahl

Tabelle 4

Arbeitslose im Bundesgebiet und in Nordrhein-Westfalen

– Jahresdurchschnittswerte –

Bundesgebiet	Arbeitslose insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil an den ALO
1980	888 900	426 417	462 483	52,0
1981	1 271 574	652 205	619 370	48,7
1982	1 833 244	1 021 090	812 154	44,3
1983	2 258 235	1 273 116	985 120	43,6
1984	2 265 559	1 276 654	988 906	43,6
1985	2 304 014	1 289 055	1 014 959	44,1
1986	2 228 004	1 199 991	1 028 013	46,1
1987	2 228 788	1 207 430	1 021 358	45,8
1988	2 241 556	1 198 773	1 042 783	46,5
1989	2 037 781	1 069 803	967 978	47,5

Nordrhein-Westfalen	Arbeitslose insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil an den ALO
1980	291 122	145 148	145 974	50,1
1981	402 732	213 558	189 174	47,0
1982	566 993	322 378	244 615	43,1
1983	706 158	407 750	298 409	42,3
1984	717 283	411 229	306 054	42,7
1985	733 107	413 912	319 195	43,5
1986	725 345	394 784	330 562	45,6
1987	737 043	405 618	331 424	45,0
1988	752 446	409 680	342 767	45,6
1989	687 728	368 528	319 200	46,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 5

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und offenen Stellen im Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und Bundesgebiet Jahresdurchschnitt 1980 bis 1989

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
1) Arbeitslose										
– Nordrhein-Westfalen	291 122	402 732	566 993	706 158	717 283	733 107	725 345	737 043	752 446	687 728
– Bundesgebiet	888 900	1 271 574	1 823 244	2 258 235	2 265 559	2 304 014	2 228 004	2 228 788	2 241 556	2 037 781
2) Kurzarbeiter										
– Nordrhein-Westfalen	43 006	89 050	161 492	195 014	129 922	62 739	60 662	100 699	69 761	35 757
– Bundesgebiet	136 562	346 859	606 064	675 102	383 700	234 515	197 371	277 967	207 768	107 873
3) Offene Stellen										
– Nordrhein-Westfalen	73 968	47 175	22 771	15 941	17 260	22 023	33 273	35 912	40 556	52 746
– Bundesgebiet	308 348	207 928	104 871	75 797	87 929	109 996	153 866	170 690	188 621	251 415

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 6

Arbeitslose (darunter Langzeitarbeitslose) nach dem Geschlecht
Ende September 1980 bis 1989
– Bundesgebiet –

Geschlecht/ Erhebungszeitpunkt	Arbeitslose insgesamt	dar. (Sp.1) Langzeit-arbeitslose	Anteil (Sp. 2 an Sp. 1)
	1	2	3
Insgesamt			
Ende September 1980	822 701	106 145	12,9
Ende September 1981	1 256 396	162 504	12,9
Ende September 1982	1 818 638	326 632	18,0
Ende September 1983	2 133 900	531 632	24,9
Ende September 1984	2 143 008	617 462	28,8
Ende September 1985	2 150 897	665 793	31,0
Ende September 1986	2 045 837	654 008	32,0
Ende September 1987	2 106 950	670 170	31,8
Ende September 1988	2 099 638	684 670	32,6
Ende September 1989	1 880 644	591 306	31,4
Männer			
Ende September 1980	368 502	49 320	13,4
Ende September 1981	616 329	74 922	12,2
Ende September 1982	982 410	167 342	17,0
Ende September 1983	1 144 912	291 730	25,5
Ende September 1984	1 154 594	340 304	29,5
Ende September 1985	1 132 244	363 730	32,1
Ende September 1986	1 039 969	336 038	32,3
Ende September 1987	1 082 368	344 175	31,8
Ende September 1988	1 073 852	353 664	32,9
Ende September 1989	951 031	308 711	32,5
Frauen			
Ende September 1980	454 199	56 825	12,5
Ende September 1981	640 067	87 582	13,7
Ende September 1982	836 228	159 290	19,0
Ende September 1983	988 988	239 902	24,3
Ende September 1984	988 414	277 158	28,0
Ende September 1985	1 018 653	302 063	29,7
Ende September 1986	1 005 868	317 970	31,6
Ende September 1987	1 024 582	325 995	31,8
Ende September 1988	1 025 786	331 006	32,3
Ende September 1989	929 613	282 595	30,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 7

Arbeitslose (darunter Langzeitarbeitslose) nach dem Geschlecht

Ende September 1980 bis 1989

– Nordrhein-Westfalen –

Geschlecht/ Erhebungszeitpunkt	Arbeitslose insgesamt	dar. (Sp.1) Langzeit-arbeitslose	Anteil (Sp. 2 an Sp. 1)
	1	2	3
Insgesamt			
Ende September 1980	275 695	43 362	15,7
Ende September 1981	411 597	64 783	15,7
Ende September 1982	581 092	124 268	21,4
Ende September 1983	695 056	200 216	28,8
Ende September 1984	698 580	234 664	33,6
Ende September 1985	713 030	253 522	35,6
Ende September 1986	699 436	258 220	36,9
Ende September 1987	728 970	267 410	36,7
Ende September 1988	726 474	275 458	37,9
Ende September 1989	646 814	238 003	36,8
Männer			
Ende September 1980	132 452	22 220	16,8
Ende September 1981	215 347	32 948	15,3
Ende September 1982	325 906	67 432	20,7
Ende September 1983	389 946	114 812	29,4
Ende September 1984	389 500	134 618	34,6
Ende September 1985	387 122	143 314	37,0
Ende September 1986	368 590	137 850	37,4
Ende September 1987	390 454	143 488	36,7
Ende September 1988	386 298	150 375	38,9
Ende September 1989	338 787	131 660	38,9
Frauen			
Ende September 1980	143 243	21 142	14,8
Ende September 1981	196 250	31 835	16,2
Ende September 1982	255 186	56 836	22,3
Ende September 1983	305 110	85 404	28,0
Ende September 1984	309 080	100 046	32,4
Ende September 1985	325 908	110 208	33,8
Ende September 1986	330 846	120 370	36,4
Ende September 1987	338 516	123 922	36,6
Ende September 1988	340 176	125 083	36,8
Ende September 1989	308 027	106 343	34,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

6. Wie haben sich der Umfang der Kurzarbeit und das Angebot an offenen Stellen in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet seit 1980 entwickelt?

Der Arbeitsmarkt im Bundesgebiet und auch in Nordrhein-Westfalen zeigt wachsende Dynamik. Die bessere Ertragssituation der Unternehmer ermöglicht mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen.

Der Arbeitsmarkt liegt voll im Sog der Hochkonjunktur. Das drückt sich in der lebhaften Kräftenachfrage sowohl im Bundesgebiet wie auch in Nordrhein-Westfalen deutlich aus.

Die Kurzarbeit ist fast restlos beseitigt, die Zahl der Kurzarbeiter liegt sowohl im Bundesgebiet als auch in Nordrhein-Westfalen auf einem Tiefstand. Die Zahl hat sich zwischen Januar 1983 (Höchststand mit 1,192 Mio. Kurzarbeitern) und Januar 1990 (90 400 Kurzarbeiter) im Bundesgebiet um 1,101 Mio. oder 92,4 Prozent reduziert. In Nordrhein-Westfalen hatte die Kurzarbeit im Januar 1983 ebenfalls ihren Höchststand erreicht (319 000 Kurzarbeiter), sie hat sich hier im Januar 1990 auf 13 600 Personen reduziert, das ist eine Abnahme um 305 400 oder 95,7 Prozent.

Hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der offenen Stellen und der Kurzarbeit wird auf die Tabelle 5 zur Frage I.5 verwiesen.

7. Wie haben sich die Bruttoanlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zwischen 1971 und 1980 sowie zwischen 1980 und 1989 gegliedert nach Wirtschaftszweigen insgesamt und jahresdurchschnittlich entwickelt?

Die Bruttoanlageinvestitionen (Daten liegen nur bis 1987 vor) haben sich wie folgt entwickelt:

Anlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen in Preisen von 1980

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	1 048	28 966	11 321	25 597	14 455	81 387
1972	1 035	26 564	11 787	27 570	13 364	80 319
1973	1 106	23 772	12 051	30 611	13 695	81 235
1974	1 010	20 703	10 369	27 247	14 142	73 471
1975	1 047	21 908	9 912	24 838	14 256	71 959
1976	1 099	22 663	10 464	25 799	13 382	73 406
1977	1 220	22 309	10 247	28 216	12 371	74 364
1978	1 274	20 152	10 383	31 319	13 051	76 180
1979	1 271	22 689	11 160	33 760	13 038	81 918
1980	1 154	23 524	11 240	35 079	13 304	84 301
1981	999	23 321	11 300	33 265	12 144	81 029
1982	921	20 878	9 722	31 069	10 599	73 189
1983	1 043	22 272	10 580	34 406	9 525	77 827
1984	1 025	21 206	11 302	36 639	9 041	79 213
1985	1 004	23 160	12 144	34 651	10 282	81 240
1986	1 006	23 083	12 432	32 407	9 809	78 738
1987	988	23 102	12 765	32 285	9 219	78 360
Veränderungsraten in v.H.						
			insgesamt			
1980/1971	10,1	– 18,8	– 0,7	37,0	– 8,0	3,6
1987/1980	– 14,4	– 1,8	13,6	– 8,0	– 30,7	– 7,0
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	1,1	– 2,3	– 0,1	3,6	– 0,9	0,4
1987/1980	– 2,2	– 0,3	1,8	– 1,2	– 5,1	– 1,0

Anlageinvestitionen im Bundesgebiet in Preisen von 1980

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	8 440	90 230	43 360	114 010	57 140	313 180
1972	8 250	85 350	44 610	128 210	55 440	321 860
1973	9 300	79 250	44 130	133 270	54 530	320 480
1974	8 310	71 330	38 670	114 870	57 430	290 610
1975	8 540	69 590	35 170	106 180	55 800	275 280
1976	9 200	70 790	37 730	112 900	54 020	284 640
1977	10 100	71 930	39 570	120 880	52 080	294 560
1978	10 370	73 370	40 370	130 710	53 480	308 300
1979	10 310	79 590	40 780	144 540	54 890	330 110
1980	9 280	84 920	40 660	148 920	55 630	339 410
1981	8 220	80 600	39 540	145 160	51 020	324 540
1982	8 110	76 490	37 740	138 120	46 690	307 150
1983	9 100	77 130	40 640	146 820	43 090	316 780
1984	8 320	76 500	41 580	150 850	42 320	319 570
1985	8 210	82 600	44 300	142 510	42 340	319 960
1986	7 980	87 550	46 700	142 900	45 530	330 660
1987	7 780	90 440	47 970	146 190	45 740	338 120
Veränderungsraten in v. H.						
			insgesamt			
1980/1971	10,0	– 5,9	– 6,2	30,6	– 2,6	8,4
1987/1980	– 16,2	6,5	18,0	– 1,8	– 17,8	– 0,4
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	1,1	– 0,7	– 0,7	3,0	– 0,3	0,9
1987/1980	– 2,5	0,9	2,4	– 0,3	– 2,8	– 0,1

Anlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen in jeweiligen Preisen

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	656	18 988	7 538	15 587	9 041	51 810
1972	678	17 974	8 082	17 686	8 655	53 075
1973	765	16 799	8 601	20 947	9 278	56 389
1974	754	15 864	8 003	19 819	10 221	54 660
1975	846	17 950	7 964	18 645	10 498	55 903
1976	932	19 356	8 693	20 308	10 121	59 411
1977	1 077	19 521	8 759	23 233	9 704	62 294
1978	1 168	18 311	9 239	27 113	10 872	66 703
1979	1 212	21 465	10 477	31 227	11 862	76 244
1980	1 154	23 524	11 240	35 079	13 304	84 301
1981	1 059	24 425	11 791	35 001	12 620	84 895
1982	1 025	22 762	10 429	33 700	11 048	78 964
1983	1 196	24 838	11 496	38 097	10 010	85 635
1984	1 207	24 050	12 477	41 685	9 684	89 102
1985	1 208	26 991	13 665	39 957	11 167	92 989
1986	1 225	27 329	14 182	37 748	10 839	91 323
1987	1 215	27 603	14 627	37 972	10 381	91 799

Veränderungsraten in v. H.						
			insgesamt			
1980/1971	75,9	23,9	49,1	125,1	47,2	62,7
1987/1980	5,3	17,3	30,1	8,2	– 22,0	8,9
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	6,5	2,4	4,5	9,4	4,4	5,6
1987/1980	0,7	2,3	3,8	1,1	– 3,5	1,2

Anlageinvestitionen im Bundesgebiet in jeweiligen Preisen

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	5 280	59 620	28 860	69 070	35 610	198 440
1972	5 400	58 130	30 550	81 960	35 780	211 820
1973	6 430	56 260	31 460	90 850	36 840	221 840
1974	6 200	54 930	29 850	83 450	41 450	215 880
1975	6 880	57 130	28 220	79 380	41 140	212 750
1976	7 760	60 490	31 310	88 370	40 860	228 790
1977	8 900	63 060	33 720	99 040	40 860	245 580
1978	9 490	66 700	35 830	112 720	44 540	269 280
1979	9 830	75 260	38 250	133 380	49 930	306 650
1980	9 280	84 920	40 660	148 920	55 630	339 410
1981	8 710	84 400	41 260	152 860	53 070	340 300
1982	9 030	83 280	40 510	149 930	48 820	331 570
1983	10 430	85 880	44 200	162 720	45 480	348 710
1984	9 790	86 800	45 950	171 910	45 600	360 050
1985	9 870	96 240	49 650	164 650	46 210	366 620
1986	9 720	103 610	53 040	166 930	50 540	383 840
1987	9 560	108 230	54 900	172 790	51 680	397 160
Veränderungsraten in v. H.						
			insgesamt			
1980/1971	75,8	42,4	40,9	115,6	56,2	71,0
1987/1980	3,0	27,4	35,0	16,0	– 7,1	17,0
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	6,5	4,0	3,9	8,9	5,1	6,1
1987/1980	0,4	3,5	4,4	2,1	– 1,0	2,3

8. Wie hat sich die Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 gegliedert nach Wirtschaftszweigen in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zwischen 1971 und 1980 sowie zwischen 1980 und 1989 insgesamt und jahresdurchschnittlich entwickelt?

Die Bruttowertschöpfung hat sich wie folgt entwickelt:

BWS Nordrhein-Westfalen[1]) in Preisen von 1980

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	4 646	162 793	48 944	60 581	39 163	316 129
1972	4 500	165 532	50 787	64 099	40 945	325 862
1973	4 552	173 631	53 662	68 161	42 731	342 736
1974	4 867	173 147	53 338	69 815	44 492	345 659
1975	4 820	163 770	52 362	70 732	45 718	337 401
1976	4 667	173 144	55 536	74 091	46 399	353 837
1977	4 826	175 391	57 970	77 152	47 089	362 427
1978	5 111	177 377	59 677	80 724	48 785	371 674
1979	4 837	185 438	62 040	84 507	50 513	387 335
1980	4 996	183 491	61 199	87 315	52 271	389 271
1981	5 094	177 741	62 243	89 361	53 496	387 934
1982	5 690	171 401	60 570	91 084	54 097	382 842
1983	5 228	170 799	61 310	92 445	54 243	384 026
1984	5 884	173 109	62 758	94 955	54 849	391 555
1985	5 549	175 879	64 224	98 099	56 048	399 800
1986	6 054	172 029	66 002	102 739	57 385	404 208
1987	5 736	170 078	68 047	108 384	58 304	410 549
1988	5 951	177 449	70 346	112 915	58 818	425 479
Veränderungsraten in v. H.			insgesamt			
1980/1971	7,5	12,7	25,0	44,1	33,5	23,1
1988/1980	19,1	– 3,3	14,9	29,3	12,5	9,3
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	0,8	1,3	2,5	4,1	3,3	2,3
1988/1980	2,2	– 0,4	1,8	3,3	1,5	1,1

[1]) Daten liegen nur bis 1988 vor.

BWS Bundesgebiet[2]) in Preisen von 1980

Jahr	Land- und Forstw. Mio. DM	Warenprod. Gewerbe Mio. DM	Handel u. Verkehr Mio. DM	Dienstl. Untern. Mio. DM	Staat, Priv. Haushalte Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1971	28 140	531 290	173 010	225 390	152 120	1 109 950
1972	27 340	551 110	179 210	241 130	159 250	1 158 040
1973	29 410	580 770	187 060	251 510	166 380	1 215 130
1974	30 750	571 870	187 790	258 780	173 700	1 222 890
1975	29 170	543 070	184 840	264 970	178 530	1 200 580
1976	28 730	582 070	196 710	278 290	180 590	1 266 390
1977	30 420	593 750	206 310	292 900	182 780	1 306 160
1978	31 350	604 020	214 170	307 670	188 340	1 345 550
1979	29 960	632 570	223 350	324 490	194 410	1 404 780
1980	30 370	632 230	225 650	335 070	199 590	1 422 910
1981	30 550	619 160	229 760	345 030	204 010	1 428 510
1982	36 010	601 960	226 890	351 950	206 180	1 422 990
1983	32 840	609 430	231 430	362 350	208 010	1 444 060
1984	35 690	621 580	240 980	377 070	210 990	1 486 310
1985	33 800	634 160	245 760	392 920	214 900	1 521 540
1986	36 680	636 780	252 700	414 590	218 900	1 559 650
1987	33 350	630 790	261 030	437 630	222 240	1 585 040
1988	35 640	656 000	270 710	457 420	225 440	1 645 210
1989*)	36 360	685 740	279 970	473 350	226 980	1 702 400

*) Vorläufiges Ergebnis

Veränderungsraten in v.H.			insgesamt			
1980/1971	7,9	19,0	30,4	48,7	31,2	28,2
1988/1980	17,4	3,8	20,0	36,5	13,0	15,6
1989/1980	19,7	8,5	24,1	41,3	13,7	19,6
			jahresdurchschnittlich			
1980/1971	0,9	2,0	3,0	4,5	3,1	2,8
1988/1980	2,0	0,5	2,3	4,0	1,5	1,8
1989/1980	2,0	0,9	2,4	3,9	1,4	2,0

[2]) Veränderungsraten werden aus Vergleichsgründen auch für 1988/1980 angegeben.

9. Welche Entwicklung verzeichnete in den letzten Jahren die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet?

   Wie partizipierte insbesondere die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens an der Existenzgründungsförderung des Bundes, und worauf sind evtl. Abweichungen zum übrigen Bundesgebiet zurückzuführen?

Auf der Grundlage statistischer Daten ergibt sich für die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren keine vom gesamten Bundesgebiet deutlich abweichende Entwicklung. So nahm der Anteil der mittelständischen Betriebe (Jahresumsatz bis zu 100 Mio. DM) an allen von

der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Betrieben im Bundesgebiet von 99,83 im Jahr 1982 auf 99,81 Prozent im Jahr 1986 und in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum von 99,81 auf 99,80 Prozent ab. Auf der Basis der Statistik für das Produzierende Gewerbe stieg der Anteil der mittelständischen Betriebe (bis 500 Beschäftigte) in NRW an der Gesamtzahl der Betriebe im Bundesgebiet von 23,36 Prozent im Jahr 1982 auf 24,43 Prozent im Jahr 1988.

Die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat sich, auch gemessen an der Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an der Zahl aller Erwerbstätigen lt. Daten des Statistischen Bundesamtes und Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung, Bonn), in den letzten Jahren in der Tendenz ähnlich entwickelt wie im Durchschnitt des Bundesgebietes. So hat sich in Nordrhein-Westfalen die Selbständigenquote von 7,6 Prozent im Jahr 1983 auf 8,4 Prozent im Jahr 1985 erhöht und lag im Jahr 1987 bei 8,2 Prozent. Im Bundesgebiet stieg sie von 8,8 Prozent im Jahr 1983 auf 9,1 Prozent in den Jahren 1984 und 1985 und lag im Jahr 1987 bei 9 Prozent. Trotz des stärkeren Anstiegs im Zeitraum 1983/1987 liegt der Anteil der Selbständigen an der Zahl aller Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.

Nordrhein-Westfalen hatte in den Jahren 1987 bis 1989 folgenden Anteil an den Existenzgründungsprogrammen des Bundes:

a) Eigenkapitalhilfeprogramm

	Anzahl der geförderten Existenzgründungen	Anteil – % –	Kreditvolumen – Mio. DM –	Anteil – % –
1987	1 666	18,6	81,5	16,4
1988	1 921	21,0	100,6	19,4
1989	1 589	18,2	82,5	16,6

b) ERP-Existenzgründungs-Programm

1987	2 264	19,7	110,4	15,6
1988	2 426	21,5	127,0	17,8
1989	2 609	19,8	146,9	16,2

c) Ansparförderung

Bis zum 31. Dezember 1989 wurden 362 Anträge (23,1 Prozent) auf Gewährung des Ansparzuschusses aus dem Land NRW mit einem Zuschußvolumen von 2,1 Mio. DM (22,4 Prozent) bewilligt.

Wie die Zahlen zeigen, liegt die Inanspruchnahme der Existenzgründungsprogramme des Bundes in Nordrhein-Westfalen – bezogen auf die Einwohnerzahl (27,4 Prozent) – weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt. Die Niveauunterschiede zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes sind strukturell begründet. So sind in Nordrhein-Westfalen traditionell im Vergleich zum Bundesdurchschnitt großindustrielle Strukturen stärker ausgeprägt.

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, daß auch in den nicht zum Ruhrgebiet gehörenden Teilen Nord-

rhein-Westfalens die industrielle Entwicklung schlechter verlaufen ist als im übrigen Bundesgebiet, und daß sich insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre eine deutliche negative Abkoppelung nicht nur des Ruhrgebietes, sondern auch der übrigen Teile Nordrhein-Westfalens vom Trend in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt zeigt (Jahresgutachten 1988/89, Ziffer 388)?

Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein, daß die wirtschaftliche Entwicklung der nicht zum Ruhrgebiet gehörenden Regionen in NRW schlechter als im übrigen Bundesgebiet verlaufen ist. Dieser Trend zeigt sich besonders seit Beginn der 80er Jahre.

Diese Tatsache legt nahe, daß die Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets z. T. auch im übrigen Gebiet von NRW gelten. Zu diesen Ursachen könnten u. a. das in der Vergangenheit schlechte nordrhein-westfälische Wirtschaftsklima und Image im Vergleich zu den anderen Bundesländern, die oft beklagte Regelungsdichte für unternehmerische Aktivitäten oder auch die Tatsache, daß die Landesregierung die mit den Problemen bei Kohle und Stahl gestellte Aufgabe einer Umstrukturierung der betroffenen Regionen nicht entschlossen genug in Angriff nahm, gehören. Eine ausführliche Analyse dieser Ursachen ist der Bundesregierung jedoch nicht bekannt.

11. Stimmt die Bundesregierung weiter der Auffassung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu, daß ein erheblicher Teil der Standortdefizite des Ruhrgebietes politischen Fehlern und Versäumnissen zuzuschreiben ist (Jahresgutachten 1988/89, Ziffer 394)?

Die Bundesregierung ist wie der Sachverständigenrat der Auffassung, daß die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets nicht allein auf die Krise des Montanbereichs und dessen Erblast zurückzuführen ist. Vielmehr sind auch politische Versäumnisse bei der Flankierung des Anpassungsprozesses zu nennen. Auf der Ruhrgebietskonferenz im Februar 1988 hat die Bundesregierung daher als unerläßlich für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in NRW genannt:

- Verbesserung des Investitionsklimas, insbesondere glaubhafte Signale der Landesregierung für eine technologiefreundliche Politik;
- stärkere Akzeptanz des Strukturwandels durch die Landesregierung;
- Einführung einer aktiven Bodenpolitik, z. B. durch Mobilisierung von Flächen im Besitz von Großunternehmen;
- Verbesserung und Anpassung der beruflichen Qualifikation, z. B. durch den abgestimmten Einsatz von Umschulungs- und Fortbildungsangeboten;
- Verbesserung der Infrastruktur, z. B. Ausbau der Telekommunikation;

— Innovation bei den Kommunalverwaltungen, z. B. Abbau von administrativen Auflagen und Belastungen;

— Erleichterung von Unternehmensgründungen, z. B. durch Beratungsangebote;

— Beschleunigung des Technologietransfers, z. B. Technologieberatungsstellen;

— Verbesserung des Wohnumfelds und entsprechende Imagepflege.

Vor allem hat es an der Unterstützung der Anpassung durch die Betroffenen vor Ort gefehlt. Das betrifft sowohl die Politik der Landesregierung, aber auch die der Kommunen sowie das Verhalten von Gewerkschaften und Unternehmen. Daher kommt der Ruhrgebietskonferenz, die Ende Februar 1988 auf Einladung des Bundeskanzlers stattgefunden hat, besondere Bedeutung zu. Sie hat den Beteiligten deutlich gemacht, daß öffentliche Hilfen des Bundes nur Hilfe zur Selbsthilfe sein können. Um Wachstums- und Beschäftigungspotentiale in den strukturschwachen Regionen zu mobilisieren, Hemmnisse für den positiven Strukturwandel zu beseitigen und sich neuen Marktbedingungen dynamisch anzupassen, ist die Eigeninitiative der Verantwortlichen vor Ort unerläßliche Voraussetzung.

So hat die Ruhrgebietskonferenz maßgeblich zu einer Aufbruchstimmung und dem vom Sachverständigenrat hervorgehobenen Umdenkprozeß (Ziffer 416 JG) beigetragen.

12. Falls die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Nordrhein-Westfalen von der Entwicklung im übrigen Bundesgebiet abweicht, wo sieht die Bundesregierung die Ursachen für diese Abweichung?

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung von NRW zeigt, daß NRW seit Jahren mit der Wirtschaftsentwicklung im übrigen Bundesgebiet nicht Schritt gehalten hat und daß eine grundlegende Umkehr des Trends noch nicht erfolgt ist.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind sehr vielfältig. Entscheidend sind das Gewicht der Anpassungsprobleme im Montanbereich, eine noch immer unzureichende positive Umstrukturierung, ein vergleichsweise schlechtes Investitionsklima und die in der Antwort zu Frage I.11 angesprochenen Versäumnisse der Politik.

Zwar zeichnen sich gewisse Erfolge ab, insbesondere was das Image des Ruhrgebiets betrifft. Die Intensität des Wandels insgesamt hat bislang noch nicht ausgereicht, um die schrumpfenden Produktionen in vollem Umfang durch solche zu ersetzen, die im interregionalen Wettbewerb überdurchschnittliche Marktchancen besitzen.

II. *Hilfen des Bundes für Nordrhein-Westfalen*

1. Wie entwickelten sich die Bundeshilfen an Nordrhein-Westfalen im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" seit 1970?

Welche regional- und strukturpolitischen Effekte konnten damit erzielt werden?

Die verfügbaren Haushaltsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" haben sich seit Einrichtung der Gemeinschaftsaufgabe im Jahre 1972 wie folgt entwickelt:

Tabelle 1

Verfügbare Haushaltsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1972 bis 1990
(NA und SP/SM jeweils in Mio. DM)

Land: Nordrhein-Westfalen

Jahr	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
NA	6,0	6,0	6,0	44,0	44,0	44,0	44,0
SP/SM	–	–	–	–	–	3,0	18,7
in %	1,1	1,1	1,1	7,5	6,4	7,0	7,4

Jahr	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
NA	44,0	44,0	39,2	44,1	78,2	82,9	82,9
SP/SM	11,2	4,5	–	–	–	–	–
in %	6,8	6,9	7,4	9,0	14,5	14,1	13,6

Jahr	1986	1987	1988	1989	1990
NA	82,9	83,0	85,9	89,0	89,0
SP/SM	–	–	60,0	270,0	270,0
in %	14,0	12,3	18,5	34,5	37,4

Erläuterung: NA = Normalansatz, SP/SM = Sonderprogramm/Sondermaßnahmen, % = Anteil an insgesamt verfügbaren Haushaltsmitteln der GA

Quelle: Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe hat sich von 9 Prozent im Jahre 1982 auf 37½ Prozent im Jahre 1990 erhöht; in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre hatte der Mittelanteil bei rd. 7 Prozent stagniert.

Aus der Entwicklung der Haushaltsmittel für NRW wird deutlich, daß die Gemeinschaftsaufgabe in den letzten Jahren die dort durch sektorale Krisen entstandenen regionalen Anpassungsprobleme in hohem Maße durch Sonderprogramm-Mittel flankiert hat. Nordrhein-Westfalen partizipiert an folgenden regionalen Sonderprogrammen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe:

– Sonderprogramm „Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb von Sektoren, die in besonderem Maße vom Strukturwandel betroffen sind": Für den Zeitraum vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 1990 erhält NRW für die Arbeitsmarktregionen Dortmund, Duisburg-Oberhausen und

Bochum 90 Mio. DM; dies sind 50 Prozent der insgesamt für dieses Sonderprogramm verfügbaren Bundesmittel.

- Sonderprogramm Montanregionen: Für den Zeitraum 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 1991 erhält NRW für die Arbeitsmarktregionen Dortmund-Lüdinghausen, Duisburg-Oberhausen, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Wesel-Moers und Hamm-Beckum (teilweise) Bundesmittel in Höhe von 400 Mio. DM; dies sind 80 Prozent der für dieses Sonderprogramm verfügbaren Bundesmittel.
- Sonderprogramm Aachen-Jülich: Für den Zeitraum 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 1991 erhält NRW für die Arbeitsmarktregionen Aachen und Jülich Bundesmittel in Höhe von 100 Mio. DM. Dieses Sonderprogramm gilt ausschließlich für die zwei genannten Arbeitsmarktregionen.

Das Land NRW stellte für alle Sonderprogramme Komplementärmittel in gleicher Höhe bereit.

Den Erfolg der Regionalpolitik und die damit verbundenen regional- und strukturpolitischen Effekte belegen die Förderergebnisse. Seit 1982 wurde mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe in strukturschwachen Regionen von NRW ein gewerbliches Investitionsvolumen in Höhe von rd. 22,7 Mrd. DM und Infrastrukturinvestitionen im Umfang von 741 Mio. DM gefördert. Mit den geförderten gewerblichen Investitionen wurden rd. 70 000 zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen und 7 700 Arbeitsplätze gesichert. Zu unterstreichen ist, daß seit 1985 die Zahl der jährlich geförderten neuen Arbeitsplätze kontinuierlich gestiegen ist und 1989 mit rd. 15 900 fast dreimal so hoch war wie 1985 mit 5 400. Weitere Einzelheiten enthält die Tabelle 2.

Tabelle 2:

Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum 1972 bis 1989

Jahr	Gewerbliche Wirtschaft				Infrastruktur	
	gefördertes Investitions-volumen – Mio. DM –	Anzahl der geförderten Investitionsvorhab.	zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze	gesicherte Arbeitsplätze	gefördertes Investitions-volumen – Mio. DM –	Anzahl der geförderten Vorhaben
1972	169,1	151	2 302	272	1,1	1
1973	585,6	426	9 164	489	–	–
1974	777,4	347	8 370	3	–	–
1975	1 647,1	433	9 701	1 482	–	–
1976	1 371,6	580	11 683	4 990	–	–
1977	1 121,1	490	8 752	4 830	12,8	33
1978	848,5	471	6 782	1 250	53,3	36
1979	836,5	479	5 416	472	49,7	8
1980	1 246,9	490	6 979	396	36,7	5
1981	1 362,0	457	7 057	1 302	22,8	3
1982	1 958,8	374	7 137	797	22,9	7
1983	1 797,5	384	9 328	1 978	9,4	6
1984	2 178,0	312	6 039	504	5,4	3
1985	2 079,7	327	5 419	1 790	1,5	2
1986	1 391,5	410	5 902	369	24,2	3
1987	2 184,1	461	7 513	452	17,3	8
1988	5 192,5	759	12 993	502	390,8	25
1989	5 906,5	957	15 893	1 309	269,6	29

Quelle: Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe

2. Wie hoch sind die direkten und indirekten Hilfen des Bundes an die nordrhein-westfälischen Montanbereiche Kohle und Stahl seit 1970?

   Welche struktur- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen zeitigten diese Hilfen in Nordrhein-Westfalen?

Der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie hat der Bund seit 1970 folgende Hilfen gewährt:

— Bedingt rückzahlbare Strukturverbesserungshilfen in Höhe von 749,5 Mio. DM zur Finanzierung außerplanmäßiger Abschreibungen und von Aufwendungen zugunsten von Stahlarbeitnehmern, die von Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen waren. Von diesen Hilfen sind inzwischen rd. 190 Mio. DM – vor allem aufgrund erzielter Jahresüberschüsse – wieder zurückgezahlt worden.

— Investitionszulage für ein bescheinigtes Investitionsvolumen in Höhe von 799 Mio. DM.

— Zuwendungen zu sozialen Flankierungen der Strukturanpassung in Höhe von 136 Mio. DM.

Mit diesen Hilfen, die im wesentlichen nach 1978 gewährt wurden, hat der Bund die Umstrukturierung der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie begleitet und einen Belegschaftsabbau von

rd. 152 000 im Jahre 1974 auf rd. 86 000 Beschäftigte im Jahre 1989 flankiert. Die Umstrukturierung hat bewirkt, daß die Stahlunternehmen in Nordrhein-Westfalen jetzt mit einer wesentlich verbesserten Produktivität arbeiten und 1988 und 1989 spürbar verbesserte Jahresabschlüsse ausweisen konnten.

Aus dem Bundeshaushalt sind zugunsten des Bereichs Steinkohle in Nordrhein-Westfalen verschiedene, z. T. inzwischen ausgelaufene Hilfen gewährt bzw. Maßnahmen getroffen worden. Dabei wurden im einzelnen Mittel bereitgestellt für Kokskohlenbeihilfe, Steinkohlenbevorratung, Investitionshilfe, Altlastendeckung, Stillegungshilfen, Sozialmaßnahmen, gezielte unternehmensspezifische Hilfen, Kohleforschung bzw. -veredelung. Für diese direkten Hilfen und Maßnahmen sind seit 1970 bis einschließlich 1989 insgesamt rd. 31,8 Mrd. DM zur Verfügung gestellt worden. Daneben sind – gespeist durch den sog. Kohlepfennig – aus Mitteln des „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes" an deutsche Kraftwerksbetreiber im Interesse der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung seit 1975 bis 1989 finanzielle Leistungen in Höhe von insgesamt 33,6 Mrd. DM erbracht worden, die mit der Abnahme von Kohle aus nordrhein-westfälischen Revieren korrespondieren.

Nach Richtlinien des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zu Artikel 56 § 2b des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) erhalten Arbeitnehmer der Montanbereiche Kohle und Stahl, die von strukturell bedingten Stillegungs-, Teilstillegungs- oder Betriebseinschränkungsmaßnahmen betroffen werden, zusätzliche soziale Anpassungshilfen.

Es sind dies

— Beihilfen zur Förderung der regionalen Mobilität,

— Beihilfen bei Wiederbeschäftigung,

— Beihilfen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit,

— Beihilfen bei vorzeitigen Pensionierungen.

Seit 1970 sind an die Arbeitnehmer der beiden Montanbereiche Anpassungsbeihilfen in Höhe von insgesamt rd. 1 155 Mio. DM gezahlt worden. Davon entfielen rd. 75 Prozent = 866 Mio. DM auf Arbeitnehmer der nordrhein-westfälischen Kohle- und Stahlindustrie.

Die Gewährung dieser Beihilfen hat mit dazu beigetragen, daß die Anpassungsprozesse im Kohle- und Stahlbereich, die in Nordrhein-Westfalen seit 1970 mit einem Abbau von insgesamt rd. 200 000 Arbeitsplätzen verbunden waren, sozialverträglich durchgeführt werden konnten.

3. Wie entwickelten sich die investiven und konsumtiven Finanzströme von Verwaltungen des Bundes, insbesondere der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn und der Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen seit 1970?

   Wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundenen struktur- und arbeitsmarktpolitischen Effekte?

Die Buchungen der investiven und konsumtiven Ausgaben der Deutschen Bundesbahn enthalten kein Buchungsmerkmal, daß eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ermöglicht.

Für investive Maßnahmen hat die Deutsche Bundesbahn seit 1981 aufgrund von laufenden Sondererhebungen für Nordrhein-Westfalen insgesamt Ausgaben von 9 962 Mio. DM ermittelt, die sich wie folgt auf die einzelnen Jahre verteilen:

1981	1 420 Mio. DM
1982	1 037 Mio. DM
1983	1 037 Mio. DM
1984	967 Mio. DM
1985	966 Mio. DM
1986	883 Mio. DM
1987	910 Mio. DM
1988	898 Mio. DM
1989	944 Mio. DM
1990	900 Mio. DM
Summe:	9 962 Mio. DM

(Diese Zahlen beinhalten die Zuschüsse des Bundes an die Deutsche Bundesbahn, die in der Antwort zu Frage 4 ausgewiesen sind. Die Angaben für die Jahre 1989 und 1990 sind vorläufige Werte; die genauen Angaben liegen noch nicht vor.)

Diese Investitionen dienen der Erhaltung (Instandhaltung und Ersatz) sowie der Modernisierung und Rationalisierung der Bahnanlagen unter Berücksichtigung eines hohen Sicherheitsstandards; sie tragen wesentlich dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn zu sichern und fließen fast ausschließlich der nordrhein-westfälischen Bauwirtschaft zu.

Die konsumtiven und investiven Ausgaben der Deutschen Bundespost in Nordrhein-Westfalen haben sich in den Jahren 1970 bis 1989 wie folgt entwickelt:

Jahr	Konsumtive Ausgaben Mio. DM	Investive Ausgaben Mio. DM	Ausgaben insgesamt Mio. DM
1	2	3	4
1970	2 464,8	1 207,6	3 672,4
1971	2 916,1	1 572,0	4 488,1
1972	3 199,3	1 880,9	5 080,2
1973	3 598,6	2 084,6	5 683,2
1974	4 000,8	1 955,5	5 956,3
1975	4 132,5	1 519,7	5 652,2
1976	4 240,1	1 355,3	5 595,4
1977	4 428,6	1 351,5	5 780,1
1978	4 617,0	1 382,9	5 999,9
1979	4 938,8	1 618,3	6 557,1
1980	5 371,9	1 896,7	7 268,6
1981	5 719,7	2 976,6	7 796,3
1982	5 835,0	2 337,0	8 172,0
1983	5 888,6	2 279,3	8 167,9
1984	5 907,7	2 572,3	8 480,0
1985	6 096,4	2 863,4	8 959,8
1986	6 415,4	3 119,6	9 535,0
1987	6 690,5	3 194,6	9 885,1
1988	6 786,8	3 400,0	10 186,8
1989	7 160,3	3 544,8	10 705,1
Zusammen	100 408,9	43 212,6	143 621,5

Als konsumtive Finanzströme sind die Betriebsausgaben, als investive Ströme die Anlageausgaben angesehen worden, die in den vier im Land Nordrhein-Westfalen liegenden Oberpostdirektionsbezirken Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster aufgekommen sind.

Was den Abfluß dieser Finanzströme in die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen betrifft, so kann davon ausgegangen werden, daß die konsumtiven Ausgaben in vollem Umfang in die Wirtschaft dieses Landes geflossen sind; dabei ist darauf hinzuweisen, daß rund die Hälfte dieser konsumtiven Ausgaben in Form von Personalausgaben (Bezüge der aktiven Kräfte und der Versorgungsempfänger der Deutschen Bundespost) aufgekommen ist.

In welchem Umfang die dargelegten investiven Finanzströme in die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen selbst und inwieweit sie etwa in andere Bundesländer geflossen sind, läßt sich aus den Informationen über das Volumen dieser Ströme nicht ersehen. Dazu ist aber zu sagen, daß einem Abfluß von Ausgaben, die die Deutsche Bundespost im Land Nordrhein-Westfalen leistet, in andere Bundesländer auch ein Zufluß aus anderen Ländern gegenüberstehen kann. Ob und inwieweit die dargelegten investiven Ausgabenströme anhand anderer Unterlagen, z. B. einer Auftragsstatistik, deswegen zu korrigieren wären, könnte nur

durch weitere und möglicherweise zeitaufwendige Ermittlungen festgestellt werden.

Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß ein Ausgabevolumen in der geschilderten Höhe – im Durchschnitt der 20 Jahre rund 7 Milliarden DM jährlich – die Wirtschaftskraft des Landes Nordrhein-Westfalen ganz beträchtlich stärkt und daß entsprechende struktur- und vor allem arbeitsmarktpolitische Effekte erzielt werden. Diese Effekte können aber naturgemäß von der Deutschen Bundespost selbst nicht ihrer Art nach festgestellt oder quantifiziert werden.

Ausgaben der Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen
(in Mio. DM)*)

Jahr	Investive Ausgaben (Infrastruktur)	Konsumtive Ausgaben
1984	330	3 642
1985	301	2 814
1986	344	2 864
1987	331	2 603
1988	307	3 135

*) z. T. geschätzt; weitergehende Angaben sind in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

4. Wie entwickelten sich die Investitionen und Investitionshilfen des Bundes im Bereich des Ausbaus der nordrhein-westfälischen Verkehrsinfrastruktur seit 1980?

Wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundenen regional- und strukturpolitischen Impulse?

Die Entwicklung der Investitionen des Bundes im Bereich der nordrhein-westfälischen Verkehrsinfrastruktur im Zeitraum von 1980 bis 1988 geht aus der nachfolgenden Tabelle für die einzelnen Verkehrsbereiche hervor.

Verkehrsinvestitionen des Bundes in Nordrhein-Westfalen
(Ist in Mio. DM)

Verkehrsbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Deutsche Bundesbahn	483,9	430,0	557,4	433,4	319,2	279,3	240,5	208,1	334,4
Bundesfernstraßen	1 223,7	1 215,6	1 190,9	1 246,4	1 197,4	1 171,7	1 139,5	1 084,7	1 102,4
Bundeswasserstraßen	88,9	92,4	99,0	92,2	131,8	143,8	128,4	152,8	137,4
Luftfahrt und Flugsicherung	14,4	11,9	14,6	8,3	7,5	8,3	4,5	4,4	6,9
Kommunaler Straßenbau	190,2	251,0	254,1	266,3	291,0	297,0	283,2	327,1	251,5
ÖPNV	499,1	475,0	553,3	514,2	566,4	584,2	583,3	599,7	567,4
davon für DB	(109,1)	(114,6)	(131,0)	(173,7)	(179,3)	(181,3)	(181,8)	(175,9)	(148,0)
Sonstiges	31,2	40,3	33,9	36,6	14,1	9,8	8,3	8,8	11,0
Summe Investitionen	2 531,4	2 516,2	2 703,2	2 597,4	2 527,4	2 494,1	2 387,7	2 385,6	2 385,6

Danach wurden die unter Antwort zu Frage 3 aufgezeigten baulichen Investitionen der Deutschen Bundesbahn überwiegend (zu

etwa 80 Prozent) aus Investitionszuschüssen des Bundes finanziert.

Bei Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen hat der Bund im Zeitraum 1980 bis 1988 für den Bau, die Unterhaltung und Instandsetzung insgesamt rd. 12,4 Mrd. DM aufgewendet, wovon rd. 10,6 Mrd. DM auf Investitionen entfielen.

Mit diesen Mitteln konnten eine große Anzahl von Ortsumgehungen und insbesondere Ausbauvorhaben an hochbelasteten Autobahnen sowie Netzergänzungen und Lückenschlüsse im Autobahnnetz realisiert werden. Als Beispiele größerer Autobahn-Neubaumaßnahmen sind zu nennen:

- A 1 Euskirchen – Tondorf
- A 31 Teilstrecken zwischen Bottrop und Gronau
- A 33 Teilstrecken zwischen Haren (A 44) und Paderborn
- A 46 Teilstrecken zwischen Neuss (A 57) und Düsseldorf
- A 57 Letzter Abschnitt zwischen Moers und Grenze NL/D
- A 61 Letzte Teilstrecken zwischen Kerpen und Grenze NL/D

Weitere Schwerpunkte der Verkehrsinvestitionen des Bundes in Nordrhein-Westfalen lagen bei der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die Investitionshilfen des Bundes belaufen sich im Zeitraum 1980 bis 1988 auf insgesamt rd. 5,5 Mrd. DM. Mit diesen Mitteln wurden U-Bahn-Abschnitte vor allem in den Städten Essen, Dortmund, Düsseldorf, Herne/Bochum und Köln sowie S-Bahn-Vorhaben im gesamten Ruhrgebiet, Köln und Düsseldorf gebaut und zum Teil bereits in Betrieb genommen.

Als Einzelprojekte sind vor allem die Ost-West-S-Bahn (Hagen–Mönchengladbach) sowie die Stammstrecke in Köln zu nennen. Die durch ÖPNV-Förderung ausgelösten strukturpolitischen Impulse müssen als außerordentlich positiv beurteilt werden, da als Folgemaßnahmen nach den Erfahrungen des Landes in den entsprechenden Regionen für die Verbesserung der städtebaulichen Infrastruktur Investitionen in etwa der gleichen Größenordnung getätigt worden sind.

Schließlich wird auch auf die hohen Investitionen des Bundes von insgesamt rd. 1 Mrd. DM im Zeitraum 1980 bis 1988 für die Bundeswasserstraßen in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Damit wurden alleine für den Ausbau der westdeutschen Kanäle Ausgaben in Höhe von rd. 750 Mio. DM getätigt, an denen sich das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel beteiligte.

Die hohen Investitionen des Bundes von rd. 22,5 Mrd. DM haben im Zeitraum 1980 bis 1988 die verkehrliche Anbindung und Erschließung des Landes Nordrhein-Westfalen wesentlich verbessert und zudem während der Bauphase über 400 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.

5. Welche Restriktionen stehen in Nordrhein-Westfalen selbst einer nachhaltigeren Förderung des Umweltschutzes durch den Bund entgegen?

In Nordrhein-Westfalen bestehen keine wesentlichen Restriktionen für die Förderung von Umweltschutzmaßnahmen durch den Bund.

Die bei der Ruhrkonferenz des Bundeskanzlers im Jahr 1988 in Aussicht genommene Förderung von 20 Umweltschutz-Demonstrationsvorhaben durch den Bund mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 120 Mio. DM wurde in der Umsetzung deutlich übertroffen (Investitionsvolumen Stand Dez. 1989: 226 Mio. DM).

Im Rahmen des „Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern" (Strukturhilfegesetz) hat Nordrhein-Westfalen einen Schwerpunkt auf die Förderung von Umweltschutzinvestitionen gelegt. 66 Prozent (Stand Juli 1989) der förderfähigen Ausgaben entfallen auf Umweltschutzmaßnahmen.

6. Gibt es ein integriertes Abfallentsorgungskonzept und flächendeckende Abfallentsorgungspläne, und reichen die vorhandenen Kapazitäten zur Entsorgung von Sonderabfällen und Hausmüll in Nordrhein-Westfalen aus?

Gemäß Artikel 30, 83 GG verfügt die Bundesregierung im Bereich der Abfallentsorgung über keine eigene Vollzugskompetenz. Maßnahmen zur Sicherung der Entsorgung sind daher grundsätzlich von den zuständigen Landesbehörden bzw. Gebietskörperschaften zu treffen. Dies gilt in besonderer Weise für den Gesamtbereich der Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. die Abfallentsorgungsplanung (§ 6 AbfG), die Wahrnehmung der Entorgungspflicht durch die zuständigen Gebietskörperschaften (§ 3 Abs. 2 AbfG) und die Zulassung der Errichtung und des Betriebs von Abfallentsorgungsanlagen (§ 7 AbfG).

Nach Auskunft des Landes sind in Nordrhein-Westfalen die Kreise und kreisfreien Städte entsorgungspflichtige Körperschaften i. S. § 3 Abs. 2 Abfallgesetz. Diese müssen für die in ihrem Gebiet anfallenden Abfälle, soweit sie nicht gemäß § 3 AbfG ausgeschlossen werden, Abfallwirtschaftskonzepte erarbeiten, wozu die Landesregierung ökologisch orientierte Leitlinien vorgegeben hat.

Den übergeordneten Rahmen dieser Abfallwirtschaftskonzepte bilden der Abfallbeseitigungsplan, Teilplan Siedlungsabfall, der Landesregierung und dessen Fortschreibung in den Abfallentsorgungsplänen der Regierungspräsidenten.

Die konzeptionellen und planerischen Grundlagen für die Sonderabfallentsorgungsplanung bilden das von der Landesregierung beschlossene „Rahmenkonzept zur Planung von Sonderabfallentsorgungsanlagen" und dessen Konkretisierung in den Abfallentsorgungsplänen der Regierungspräsidenten. Diese Abfallentsorgungspläne liegen vor oder sind im fortgeschrittenen Stadium der Erarbeitung bzw. Beschlußfassung.

Trotz einer insgesamt ausgebauten Entsorgungsinfrastruktur müssen für künftig zu entsorgende Abfallrestmengen zusätzliche

Entsorgungskapazitäten geschaffen werden. Entsprechende Planungen und Planfeststellungsverfahren zur Ergänzung der Entsorgungsinfrastruktur laufen in Nordrhein-Westfalen.

7. Wie bewertet die Bundesregierung im Hinblick auf die verschärften bundesrechtlichen Anforderungen an die kommunale Abwasserreinigung die Tatsache, daß die Landesregierung finanzielle Zuwendungen an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen für die Abwasserreinigung in den letzten Jahren drastisch gekürzt hat?

Nach Angaben der Landesregierung sind in Nordrhein-Westfalen in den letzten drei Jahren folgende Mittel zur Förderung von Abwassermaßnahmen bewilligt worden:

Landesmittel an Gemeinden und Zweckverbände

1987	339,4 Mio. DM
1988	462,9 Mio. DM
1989	497,3 Mio. DM

Abwasserabgabemittel an Gemeinden und Zweckverbände

1987	79,4 Mio. DM
1988	58,3 Mio. DM
1989	93,7 Mio. DM

Abwasserabgabemittel an private Unternehmen

1987	18,1 Mio. DM
1988	12,2 Mio. DM
1989	31,6 Mio. DM

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß sich das Gesamtvolumen an bewilligten Fördermitteln in den letzten Jahren nominell zwar erhöht hat; gleichwohl haben sich – bezogen auf einzelne kommunale Projekte – Kürzungen bei den Fördermittelsätzen ergeben. Dies beruht auf einer Änderung der Förderpraxis des Landes insbesondere in bezug auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Gesamtsummen, wie sie in der Förderrichtlinie vom 1. Februar 1989 beschrieben wird.

Ausgehend von dem im Landeswassergesetz festgelegten Grundsatz der Abwasserbeseitigung als kommunale Pflichtaufgabe, die auch die Verpflichtung zum Tragen der damit verbundenen finanziellen Lasten enthält, verfolgt die Förderrichtlinie folgende Zielsetzungen:

– Verteilung der Fördermittel in Abhängigkeit von der Höhe der Belastung der Bürger der Gemeinde durch Abgaben zur Finanzierung der Abwasserbeseitigung (Einführung einer Abwasserlastzahl)
– Verteilung der Fördermittel in Abhängigkeit von der Finanzkraft der Gemeinde (erhöhte Förderung für Ausgleichsstock-Gemeinden)
– Lenkung der Fördermittel auf besonders vordringliche Maßnahmen (Beschleunigungsförderung z. B. für Phosphor- und Stickstoffelemination)

Die Steuerung der Verteilung von Fördermitteln erfolgt weiterhin wie bisher über Dringlichkeitslisten der Bezirksplanungsräte.

Aus der neuen Förderpraxis ergibt sich bei gleichbleibender Gesamtfördersumme und gleichzeitiger Verringerung der Einzelfördersummen die Verteilung auf eine größere Anzahl von kommunalen Abwasserprojekten.

Eine Bewertung dieses Ansatzes kommt zu dem Ergebnis, daß, durch den Zwang zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die Abwasserbehandlung einerseits und die Verbreiterung der Förderbasis durch Verteilung der Mittel auf eine größere Anzahl von Projekten andererseits, die Möglichkeit einer flächendeckenden Erhöhung des Investitionsanreizes im Abwasserbereich gegeben ist.

8. Wie entwickelten sich die Hilfen des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit für eine aktive Arbeitsmarktpolitik seit 1980 (u. a. für berufliche Fortbildung und Umschulung, ABM, Kurzarbeitergeld, Rehabilitation, Vorruhestandsgeld)?

   Welche beschäftigungspolitischen Wirkungen gingen von diesen Hilfen aus?

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben in hohem Maße zur starken Entlastung des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen beigetragen. Ohne den Einsatz dieser Instrumente wäre die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen weitaus höher ausgefallen (Tabelle 2). Die Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik sind für Nordrhein-Westfalen seit 1980 stärker gestiegen als im Bundesgebiet (Tabelle 4); die Steigerung beträgt in Nordrhein-Westfalen fast das 1¼fache (Bund: gute Verdoppelung). Damit hat die Arbeitsmarktpolitik in überdurchschnittlichem Maße zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Sie trug damit dem Sachverhalt Rechnung, daß Nordrhein-Westfalen aufgrund besonderer regionaler und wirtschaftsstruktureller Gegebenheiten eine hohe Arbeitslosenquote aufweist.

Tabelle 1

Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den Haushaltsjahren 1980 bis 1989
Bundesgebiet

Haushaltsjahr	Ausgaben in 1 000 DM							
	Berufliche Fortbildung (F)	Berufliche Umschulung (U) einschließlich Einarbeitungszuschuß	Unterhaltsgeld für Teilnehmer an FuU-Maßnahmen	Förderung der Arbeitsaufnahme und sonst. Maßn. i.R. der Arbeitsmarktpolitik	Leistungen zur Rehabilitation	Kurzarbeitergeld	Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz/Altersteilzeitgesetz
	1	2	3	4	5	6	7	8
1980	484 025	454 213	1 497 836	725 856	1 650 262	471 226	1 025 441	–
1981	613 732	536 011	2 120 515	586 057	1 963 742	1 284 581	1 053 882	–
1982	627 474	510 193	2 186 377	297 832	1 912 785	2 216 190	964 529	–
1983	671 716	547 613	1 815 416	261 655	1 884 290	3 074 561	1 228 616	–
1984	806 474	566 987	1 784 162	327 382	1 885 848	1 792 427	1 764 286	167
1985	953 536	627 759	1 850 080	359 907	1 899 810	1 228 388	2 218 092	95 340
1986	1 272 179	848 948	2 301 073	523 970	2 130 319	880 401	2 793 111	288 892
1987	1 665 206	1 105 787	2 844 273	596 225	2 450 850	1 240 669	3 344 711	397 513
1988	1 671 543	1 187 796	3 049 687	654 659	2 821 071	978 308	3 717 885	476 721
1989	1 380 103	981 334	3 023 425	295 903	2 941 080	452 732	3 391 047	545 564
Summe	10 145 988	7 366 641	22 472 844	4 629 446	21 540 057	13 619 483	21 501 600	1 804 197

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 2

Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den Haushaltsjahren 1980 bis 1989
LAA-Bezirk Nordrhein-Westfalen

Haushaltsjahr	Ausgaben in 1 000 DM							
	Berufliche Fortbildung (F)	Berufliche Umschulung (U) einschließlich Einarbeitungszuschuß	Unterhaltsgeld für Teilnehmer an FuU-Maßnahmen	Förderung der Arbeitsaufnahme und sonst. Maßn. i.R. der Arbeitsmarktpolitik	Leistung zur Rehabilitation	Kurzarbeitergeld	Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz/Altersteilzeitgesetz
	1	2	3	4	5	6	7	8
1980	135 587	130 629	414 123	276 686	260 122	149 401	233 568	–
1981	182 082	161 805	609 597	219 188	333 877	349 021	292 347	–
1982	201 294	165 226	648 705	113 278	374 547	551 687	234 032	–
1983	221 794	186 410	557 700	87 071	381 372	868 101	289 485	–
1984	258 714	183 977	540 388	95 592	393 580	491 868	457 027	17
1985	291 433	201 331	540 647	94 131	390 379	317 256	636 111	21 334
1986	362 751	278 831	653 283	143 127	427 336	222 290	821 675	64 350
1987	467 589	347 544	771 284	149 983	510 477	390 689	936 434	97 389
1988	454 587	362 532	793 701	175 201	609 669	260 346	1 056 938	110 840
1989	407 249	308 530	817 999	75 153	625 634	128 175	1 068 410	129 941
Summe	2 983 080	2 324 815	6 347 427	1 429 410	4 306 993	3 728 834	6 026 027	416 871

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 3

Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit ab 1980
– Bundesgebiet –

Maßnahmeart	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
A. Inanspruchnahme (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1]	137	347	606	675	384	235	197	278	208	108
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) [2]	41	38	29	45	71	87	102	115	115	97
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3]	91	111	120	117	128	134	154	187	199	194
Vorruhestandsgeld [4]	–	–	–	–	–	12	30	40	48	50
Zusammen	269	496	755	837	583	468	483	620	570	449
B. Beschäftigungsäquivalent (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1]	46	108	202	216	132	90	75	97	70	35
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung [2]	68	63	46	67	105	128	142	161	161	136
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3]	91	111	120	117	128	134	154	187	199	194
Vorruhestandsgeld [4]	–	–	–	–	–	12	30	40	48	50
Zusammen	205	282	368	400	365	364	401	685	478	415
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1]	30	72	141	151	92	63	53	68	49	25
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung [2]	59	55	40	60	95	116	129	146	146	124
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3]	74	92	103	105	118	124	143	172	181	174
Vorruhestandsgeld [4]	–	–	–	–	–	12	30	40	48	50
Zusammen	163	219	284	316	305	315	355	426	424	373

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

[1]) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Flachsenhar, H.-R., Kurzarbeit – Strukturen und Beschäftigungswirkungen, in: MittAB 3/1979.

[2]) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Spitznagel, E., Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), in: Beitr. AB 45.

[3]) Fortbildung und Umschulung ohne Einarbeitung, einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

[4]) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld.

Tabelle 4

Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit ab 1980

– Nordrhein-Westfalen –

Maßnahmeart	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
A. Inanspruchnahme (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1])	43,0	89,1	161,5	195,0	129,9	62,7	60,7	100,7	69,8	35,8
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) [2])	9,3	10,3	6,3	9,2	16,4	21,5	25,5	28,1	29,5	28,0
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3])	26,0	32,0	36,0	37,0	40,0	40,0	46,0	52,0	52,0	53,0
Vorruhestandsgeld [4])	–	–	–	–	–	2	8	13	17	22
Zusammen	78,3	131,4	203,8	241,2	186,3	126,2	140,2	193,8	168,3	138,8
B. Beschäftigungsäquivalent (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1])	14,4	27,2	49,5	57,8	42,0	20,9	19,5	32,2	22,1	11,5
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung [2])	13,0	14,4	8,8	12,9	23,0	30,1	35,7	39,3	41,3	39,2
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3])	26,0	32,0	36,0	37,0	40,0	40,0	46,0	52,0	52,0	53,0
Vorruhestandsgeld [4])	–	–	–	–	–	2	8	13	17	22
Zusammen	53,4	73,6	94,3	107,7	105,0	93,0	109,2	136,5	132,4	125,7
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl (Jahresdurchschnitte in 1000)										
Kurzarbeit [1])	10,1	19,0	34,7	40,5	29,4	14,6	13,7	22,5	15,5	8,1
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung [2])	11,8	13,1	8,0	11,7	20,9	27,3	32,4	35,6	37,5	35,6
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) [3])	23,6	29,1	32,7	33,6	36,4	36,4	41,8	47,3	47,3	48,2
Vorruhestandsgeld [4])	–	–	–	–	–	2	8	13	17	22
Zusammen	45,5	61,2	75,4	85,8	86,7	80,3	95,9	118,4	117,3	113,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Vollzeitmaßnahmen FuU geschätzt.

[1]) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Flachsenhar, H.-R., Kurzarbeit – Strukturen und Beschäftigungswirkungen, in: MittAB 3/1979.

[2]) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Spitznagel, E., Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), in: Beitr. AB 45.

[3]) Fortbildung und Umschulung ohne Einarbeitung, einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

[4]) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld.

9. Wie entwickelten sich die Bundeshilfen im Bereich Familie, Gesundheit und Soziales seit 1980?

   Welche Verbesserungen der sozialen Situation, insbesondere der Familien, konnten dadurch in Nordrhein-Westfalen erzielt werden?

Die Förderung der Familien durch den Bund stellt sich für Nordrhein-Westfalen, bezogen auf einzelne Maßnahmen der Familienpolitik, wie folgt dar:

Erziehungsgeld:

Erziehungsgeld wurde 1986 zusammen mit dem Erziehungsurlaub eingeführt. Mütter oder Väter, die sich in der ersten Lebensphase des Kindes seiner Betreuung und Erziehung widmen und nicht mehr als 19 Stunden in der Woche erwerbstätig sind, erhalten 600 DM monatlich, vom 7. Lebensmonat des Kindes an abhängig von Einkommensgrenzen. Erziehungsgeld wurde 1986 und 1987 für zehn Monate, ab 1. Januar 1988 für zwölf Monate und wird für Kinder, die vom 1. Juli 1989 an geboren sind, für fünfzehn Monate gezahlt. Die Leistungen für Erziehungsgeld in Nordrhein-Westfalen betrugen

– 1986: 432 Mio. DM
– 1987: 867 Mio. DM
– 1988: 914 Mio. DM
– 1989: 1 111 Mio. DM.

Kindergeld:

Beim Kindergeld – es wird ganz aus dem Bundeshaushalt gezahlt – haben sich seit dem 1. Januar 1980 folgende Änderungen ergeben:

a) Entwicklung der Kindergeldsätze:

	Monatliches Kindergeld in DM für das			
	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. und jedes weitere Kind
1980	50	100	200	200
1985	50	70–100*)	140–220*)	140–240*)
1990	50	70–130*)	140–220*)	140–240*)

*) Seit dem 1. Januar 1983 wird das Kindergeld für das 2. und jedes weitere Kind bei Eltern mit höherem Einkommen stufenweise bis auf Sockelbeträge gemindert.

b) Einführung eines Zuschlags zum Kindergeld für Eltern, die den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, zum 1. Januar 1986 (Höhe: bis zu 46 DM – ab 1990: 48 DM – monatlich je Kind).

c) Erhöhung der Altersgrenze für die Berücksichtigung von Kindern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz von der Vollendung des 18. auf die Vollendung des 21. Lebensjahres zum 1. Januar 1985.

Aufgrund des Bundeskindergeldgesetzes wurden bzw. werden in Nordrhein-Westfalen gezahlt (in Mio. DM):

1980	1985	1990 (Ansatz)
5 020	4 121	4 199

Wohngeld:

Die Wohngeldausgaben, die je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen werden, haben sich seit 1980 folgendermaßen entwickelt:

1980: 1 829,7 Mio. DM
1985: 2 462,1 Mio. DM
1989: 3 678,0 Mio. DM.

Von diesen Mitteln sind jeweils ca. 36 Prozent nach Nordrhein-Westfalen geflossen.

Im Bundesgebiet und in NRW sind 35 Prozent der Wohngeldempfänger Haushalte mit Kindern.

BAföG:

Die Mittel des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bundesanteil = 65 v. H. der Gesamtleistungen) haben sich seit 1980 wie folgt entwickelt:

Jahr:	Bundesanteil Mio. DM
1980	691,1
1985	418,0
1990	460,0 (Ansatz).

Damit leistete der Bund einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs für Familien mit Kindern in Ausbildung.

Unterhaltsvorschußgesetz:

Zum 1. Januar 1980 trat das Unterhaltsvorschußgesetz vom 23. Juli 1979 (BGBl. I S. 1184) in Kraft. Danach wird ein am Regelbedarf der Regelunterhalt-Verordnung orientierter Mindestbedarf unter sechs Jahre alter, bei einem alleinerziehenden Elternteil lebender Kinder für längstens drei Jahre aus öffentlichen Mitteln (je zur Hälfte vom Bund und den Ländern) gedeckt, soweit er nicht von dem anderen Elternteil gedeckt wird. Der Regelbedarf betrug bei Inkrafttreten des Gesetzes 188 DM, er beträgt jetzt 251 DM monatlich.

Aufgrund des Unterhaltsvorschußgesetzes wurden bzw. werden in Nordrhein-Westfalen gezahlt (in Mio. DM):

1980	1985	1990 (Ansatz)
23,4	56,5	68,0

Leistungen für Mütter aufgrund von Kindererziehung in der Alterssicherung:

Das finanzielle Volumen der Leistungen der Rentenversicherung aufgrund von Kindererziehung für in Nordrhein-Westfalen wohnende Mütter kann auf empirischer Basis nicht ermittelt werden. Daher sind nur Schätzungen auf der Basis der Einwohnermeldezahlen Nordrhein-Westfalens im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland möglich. Danach sind im Zeitraum 1986 bis 1989 den in Nordrhein-Westfalen lebenden Müttern insgesamt rund 1,5 Mrd. DM an Leistungen für Kindererziehung gezahlt worden. Im Jahr 1990 werden schätzungsweise weitere 1,1 Mrd. DM hinzukommen.

Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens"

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" stellt seit Mitte 1984 Zuwendungsempfängern in den Ländern Mittel zur Verfügung, die als ergänzende Hilfe im Rahmen der Schwangerschaftsberatung über die anerkannten Beratungsstellen nach § 218d StGB an schwangere Frauen in Not vergeben werden.

Die Mittel werden auf die einzelnen Länder nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt.

Danach hat Nordrhein-Westfalen erhalten:

1984	6 065 000 DM
1987	30 014 985 DM
1990	37 889 139 DM.

Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen seit 1984 177 054 534 DM Zuwendungen aus der Bundesstiftung erhalten.

Zuwendungen für Familienferienstätten:

Seit 1980 haben sich die Zuwendungen für Familienferienstätten an Träger, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, wie folgt entwickelt:

1980	878 750 DM
1985	1 539 900 DM
1989	654 520 DM.

Diese Investitionen kommen vorrangig Familien aus Nordrhein-Westfalen zugute, sind aber auch in Baumaßnahmen von Familienferienstätten in andere Länder geflossen.

Die Höhe der Bundeszuwendungen ist an Komplementärmittel des Landes Nordrhein-Westfalen gebunden.

10. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die nordrhein-westfälische Landwirtschaft seit 1980?

    Welche wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Effekte konnten damit erzielt werden?

Die nordrhein-westfälische Landwirtschaft partizipiert an allen agrarischen und sonstigen Förderungsmaßnahmen des Bundes, soweit die Förderungsbedingungen für die einzelnen Maßnah-

men erfüllt werden. In Übersicht 1 sind die wichtigsten aus dem Agrarhaushalt des Bundes finanzierten oder mitfinanzierten Förderungsmaßnahmen sowie die dazugehörigen Beträge und ihre Anteile an den insgesamt für den jeweiligen Zweck verausgabten Mitteln von 1980 bis 1989 zusammengestellt. Darüber hinaus profitiert die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen von weiteren nicht regionalisierbaren Maßnahmen, insbesondere von Bundesausgaben für die Marktordnung und von Steuervergünstigungen.

Die Maßnahmen der Agrarpolitik des Bundes tragen dazu bei, die landwirtschaftlichen Einkommen zu sichern, die Strukturen in der Landwirtschaft weiterzuentwickeln und die sozialen Auswirkungen des Agrarstrukturwandels abzumildern.

Gemessen an den jährlichen für den Agrarbericht der Bundesregierung ermittelten Gewinnen je landwirtschaftlichem Unternehmen ist die Einkommensentwicklung in der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft mit der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet vergleichbar; abgesehen vom Wirtschaftsjahr 1987/88 lag der Gewinn je Unternehmen jeweils über dem Bundesdurchschnitt.

Zur Entwicklung leistungsfähiger Betriebe und zur sozial verträglichen Abfederung des Strukturwandels tragen die Agrarsozialpolitik und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" bei. Darüber hinaus wurden und werden mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserungen der regionalen Wirtschaftsstruktur" Erwerbsalternativen zur Landwirtschaft geschaffen, die den Berufswechsel oder die Bewirtschaftung im Nebenerwerb erlauben.

Die agrarischen Förderungsmaßnahmen sind in der Regel nicht unmittelbar auf ökologische Wirkungen ausgerichtet; positive ökologische Wirkungen werden jedoch angestrebt. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Augleichszulage in benachteiligten Gebieten, der Flurbereinigung, der Schaffung von Abwasseranlagen in ländlichen Gebieten sowie der Flächenstillegung und Extensivierung zu.

Eine exakte Quantifizierung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Effekte ist aus methodischen Gründen nicht zu leisten, da dafür eine Situation ohne Mitteleinsatz der gegebenen Situation mit Einsatz agrarpolitischer Mittel gegenübergestellt werden müßte.

Istausgaben des Bundes für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen aus dem Einzelplan 10 von 1980 bis 1989

Maßnahmen	1980		1981		1982		1983		1984		1985		1986		1987		1988		1989	
	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW	TDM	%-Ant. NW
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	(19)	(20)	(21)
Allgemeine Maßnahmen	639 120	13,8	611 448	13,4	610 863	13,5	564 064	13,3	596 123	13,3	632 511	13,4	708 164	13,3	743 852	13,2	773 753	13,3	900 387	9,5
– Gasölverbilligung	103 358	15,3	69 923	15,0	69 568	14,3	64 500	15,0	93 652	14,9	96 543	15,2	98 798	15,3	99 594	15,0	98 213	15,1	99 788	15,0
– Landwirtschaftliche Sozialpolitik [1]	487 286	13,9	512 564	13,8	514 130	13,8	474 926	13,5	480 425	13,5	517 534	13,5	583 165	13,2	629 313	13,3	661 570	13,4	681 816	13,5
– Sonstige Maßnahmen	48 476	10,8	28 961	7,7	27 165	8,0	24 638	8,0	22 046	7,3	18 424	6,8	26 201	9,8	14 945	6,0	13 970	5,2	118 783 [2]	13,5
Rahmenplan Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	146 378	10,6	118 101	11,2	110 481	10,6	126 404	11,0	131 926	11,0	138 057	10,6	149 378	11,0	139 903	9,4	146 449	9,9	149 741	9,9
– Vorplanung	581	27,7	546	39,7	443	35,6	457	31,0	330	19,4	380	22,9	620	35,8	842	60,9	922	51,4	852	68,2
– Flurbereinigung	50 222	14,8	43 904	16,6	35 504	12,6	42 123	13,5	36 233	11,5	33 467	10,7	24 643	10,1	19 430	6,9	19 884	8,2	19 240	7,8
– Einzelbetr. Maßn. u. ländl. Siedlung	39 702	10,6	35 865	11,5	31 146	10,6	31 205	10,2	27 228	9,2	39 707	10,4	45 755	9,3	65 932	7,6	47 386	7,3	53 915	7,9
– Rationalisierung in Erzeugungsber.	4 817	13,6	2 078	7,3	2 270	8,7	3 544	12,8	4 122	11,3	6 142	13,4	6 251	10,6	7 213	10,5	9 809	11,7	6 571	8,3
– Sonstige Maßnahmen	35	0,7	27	0,6	0		21	0,7	2 364	18,0	4 854	15,1	7 549	17,4	9 029	18,1	10 840	21,2	12 039	23,8
– Wasserw. u. kulturbautechn. Maßnahmen	44 418	10,0	33 545	11,6	40 177	14,4	48 109	14,7	60 393	16,5	51 607	14,4	62 318	17,4	55 401	17,4	55 248	19,4	51 634	18,3
– Verbesserung d. Marktstruktur	6 603	14,6	2 136	7,9	941	3,4	945	3,2	1 256	3,8	1 900	6,2	2 262	7,5	2 056	6,6	2 360	6,4	5 490	12,0
Sonderrahmenpläne:																				
Progr. f. Zukunftsinvestitionen	26 959	12,4			4 341	25,4														
– Dorferneuerung	3 290	9,4																		
– Trinkwasservers./Kanalisation Kläranlagen	13 875	13,7			1 641	13,4														
– Abwehr v. Erosion/ Überschwemmungen	9 794	23,1			2 700	67,8														
Marktentlastung																			13 170	10,1
Insgesamt	812 457	13,0	729 549	13,0	725 685	13,0	690 468	12,8	728 049	12,8	770,568	12,8	857 542	12,8	883 755	12,4	920 202	12,6	1 063 298	12,9

[1]) Aufteilung geschätzt
[2]) einschl. soziostruktureller Einkommensausgleich Anteil WW 94 250 000 DM = 14,3 Prozent

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der Grundsätze für die Förderung der Flächenstillegung und der Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Nordrhein-Westfalen?

Die bundeseinheitlichen Grundsätze für die Förderung der Flächenstillegung und der Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung wurden in entsprechende Richtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Die Landesrichtlinien wurden bei der EG-Kommission notifiziert; die EG-Kommission hat in der Sitzung des Ausschusses für Agrarstrukturen und ländliche Entwicklung (STAR) am 27. Februar 1990 mitgeteilt, daß sie gegen beide Richtlinien keine Bedenken erhebt.

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 1988/89 rd. 16 000 ha stillgelegt; weitere rd. 4 500 ha kommen nach vorläufigen Ergebnissen im Jahr 1989/90 hinzu, so daß in Nordrhein-Westfalen insgesamt rd. 20 500 ha stillgelegt sind. Dies entspricht einem Anteil von rd. 1,9 Prozent der Ackerfläche in Nordrhein-Westfalen. Der Anteil stillgelegter Flächen an der Ackerfläche des Landes ist im Vergleich zu anderen Ländern gering (Niedersachsen 4 Prozent, Schleswig-Holstein und Hessen jeweils 3,7 Prozent, Bund 3,1 Prozent); dabei ist zu berücksichtigen, daß das Stillegungsergebnis im Landesteil Ostwestfalen/Lippe in etwa dem Bundesdurchschnitt entspricht. Die Akzeptanz im Landesteil Rheinland und im Münsterland ist hingegen unterdurchschnittlich. Dies kann darin begründet sein, daß die Prämienhöhe für die relativ günstigen Standorte des Rheinlandes nicht attraktiv genug ist. Im Münsterland dürfte der Hinderungsgrund für die Teilnahme darin liegen, daß viehstarke Betriebe die Flächen zur Ausbringung von Gülle benötigen.

Bei der Extensivierung ist es den Ländern überlassen, ob sie die Maßnahme auf die quantitative oder die produktionstechnische Methode beschränken. Darüber hinaus haben die Länder die Möglichkeit, zunächst Pilotvorhaben durchzuführen.

Das Land Nordrhein-Westfalen bietet bei der quantitativen Methode Pilotvorhaben in den Sektoren Rindfleisch und Getreide an, bei der produktionstechnischen Methode deckt das Angebot in Nordrhein-Westfalen alle Bereiche flächendeckend ab.

Da in den Ländern das Extensivierungsangebot recht unterschiedlich ist, ist bei der Extensivierung ein direkter Vergleich nur bei der weniger intensiven Wirtschaftsweise „Umstellung der Betriebsbewirtschaftung auf alternative Produktion" im Rahmen der produktionstechnischen Methode möglich, die in allen Ländern angeboten wird.

Hier wurden in Nordrhein-Westfalen nach vorläufigen Ergebnissen 76 Anträge mit 2 214 ha gestellt; zum Vergleich: Schleswig-Holstein 91/5 830, Niedersachsen 108/3 807, Hessen 184/5 416, Rheinland-Pfalz 30/1 051, Baden-Württemberg 620/12 802, Bund 1 095/31 880. Abgesehen von Baden-Württemberg ist bei dieser Maßnahme die Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen mit den Ergebnissen anderer Länder vergleichbar.

12. Wie entwickelten sich die Hilfen des Bundes zur Förderung des ländlichen Raumes in Nordrhein-Westfalen seit 1980?

Für die Förderung des ländlichen Raumes ist neben den Hilfen des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft und den Hilfen zur Förderung der Stadt- und Dorferneuerung die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" von besonderer Bedeutung. In Nordrhein-Westfalen werden daraus neben den Umstrukturierungshilfen für die Altindustriegebiete schwerpunktmäßig Maßnahmen im ländlichen Raum gefördert, über deren konkrete Durchführung das Land im Rahmen der ihm zustehenden verfügbaren Haushaltsmittel entscheidet. Zur Entwicklung der Hilfen wird auf die Antworten zu den Fragen II.1, II.10 und II.15 verwiesen.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die zwischen den Bundesländern unterschiedlich durchgeführten Förderungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten?

Die Ausgleichszulage als wichtigste Förderungsmaßnahme in benachteiligten Gebieten ist eine regional-spezifische Maßnahme. Nach dem geltenden EG-Recht können die Mitgliedstaaten den Betrag der Ausgleichszulage je nach Wirtschaftslage des Betriebes und Einkommen des Landwirts variieren. Der Betrag der Zulage kann auch nach Maßgabe der Anwendung landwirtschaftlicher Methoden, die mit den Erfordernissen des Umweltschutzes oder der Erhaltung des natürlichen Lebensraums in Einklang stehen, gestaffelt werden.

Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder die einschlägigen Förderungsgrundsätze für die benachteiligten Gebiete im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" bewußt flexibel gestaltet, damit die Länder den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen können.

Die Bundesregierung beurteilt diese differenzierte Förderungspraxis der Bundesländer bei der Gewährung der Ausgleichszulage positiv.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die erheblichen Vollzugsdefizite in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes, insbesondere im Hinblick auf die Ausweisung von Wasserschutzgebieten und den Nachteilsausgleich für die Landwirtschaft in solchen Gebieten?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß in allen Bundesländern ein Vollzugsdefizit bei der Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes besteht. Sie hat bereits in ihrer Antwort (Drucksache 11/6146) auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Wernitz u. a. und der Fraktion der SPD „Umweltverträgliche Landwirtschaft" (Drucksache 11/4879) darauf hingewiesen, daß u. a. die Festsetzung von Wasserschutzgebieten intensiviert werden muß. Dies trifft auch

für Nordrhein-Westfalen zu. Der in § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes normierte Ausgleichsanspruch ist inzwischen durch § 15 des Landeswassergesetzes NRW umgesetzt worden. Allerdings ließ sich die ursprüngliche Absicht, abgestimmte Länderregelungen über Art und Umfang der Gewährung von Ausgleichsleistungen an Landwirte zu erlassen, nicht verwirklichen. Die Bundesregierung hätte es begrüßt, wenn dies geschehen wäre. Nach der Umsetzung dieser Vorschrift in allen Bundesländern wird sie daher prüfen, welche Änderungen und Verbesserungen im Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes ggf. notwendig sind.

15. Wie entwickelten sich die Hilfen des Bundes zur Förderung der Stadt- und Dorferneuerung in Nordrhein-Westfalen seit 1980?

    Welche wirtschaftlichen und sozialen Effekte konnten damit erzielt werden?

Die Finanzhilfen, die der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen für Maßnahmen zur Förderung der Stadt- und Dorferneuerung gewährte, sind im Zeitraum von 1980 bis 1990 erheblich ausgeweitet worden.

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms der Städtebauförderung stiegen die Finanzhilfen des Bundes für das Land Nordrhein-Westfalen von 59,5 Mio. DM im Jahr 1980 auf 63,9 Mio. DM im Jahr 1981. 1982 führte die damalige Bundesregierung die Förderung auf 54,3 Mio. DM zurück. Nach dem Regierungswechsel standen dem Land wieder Finanzhilfen von mehr als je 71 Mio. DM und im Jahr 1985 von rd. 85 Mio. DM zur Verfügung. Die Rekordhöhe von je rd. 262 Mio. DM wurde in den Jahren 1986 und 1987 erreicht. Seit 1988 haben sich die Bundesfinanzhilfen auf dem hohen Niveau von 173,3 Mio. DM verstetigt.

Das Land Nordrhein-Westfalen erhielt im Zeitraum von 1980 bis 1990 mithin rd. 1,45 Mrd. DM und damit etwa das 3,8fache dessen, was es zuvor in den Jahren 1971 bis 1979 empfangen hatte (das waren 383,6 Mio. DM).

Seit dem Jahr 1989 fördert der Bund die Stadt- und Dorferneuerung darüber hinaus mit Mitteln aus dem Strukturhilfegesetz nach Artikel 104a Grundgesetz. Hiernach erhielt das Land Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 1989 – neben den bereits erwähnten 173,3 Mio. DM Finanzhilfen aus dem Bund-Länder-Programm – Mittel in Höhe von 136 Mio. DM für städtebauliche Maßnahmen. Im laufenden Haushaltsjahr 1990 stellt der Bund für das Land weitere 174 Mio. DM bereit. Nordrhein-Westfalen stehen damit zusammen mit den Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm 1990 Finanzhilfen des Bundes zur Stadt- und Dorferneuerung in einer Gesamthöhe von 347,3 Mio. DM zur Verfügung.

Darüber hinaus wurden in Nordrhein-Westfalen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" seit Aufnahme der Maßnahme im Jahr 1984 bis zum Jahr 1989 insgesamt rd. 46 Mio. DM Bundesmittel für die Dorferneuerung in ländlichen Gebieten eingesetzt.

Zu diesen Finanzhilfen des Bundes treten die verbilligten Darlehen hinzu, die die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit 1988 für die Stadt- und Dorferneuerung gewährt. Das Land Nordrhein-Westfalen erhielt im Jahr 1988 zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 107 Mio. DM und im Jahre 1989 in Höhe von 158 Mio. DM.

Von der Förderung des Bundes gehen deutliche wirtschaftliche und soziale Effekte aus:

Die Bundesfinanzhilfen haben mehrfache Anstoßwirkung. Sie führen zum einen dazu, daß das Land und die Gemeinden Komplementärmittel aufbringen. Zum anderen stärken sie die Fähigkeit und die Bereitschaft zu privaten Investitionen.

Die ausgelösten – in der Regel kleinteiligen und beschäftigungsintensiven – Investitionen beleben die Bauwirtschaft und das Bauhandwerk. Sie konnten dadurch zur Linderung beschäftigungspolitischer Probleme beitragen. Der Stadt- und Dorferneuerung kommt aber auch deshalb wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu, weil sie hilft, die Attraktivität der Städte und Gemeinden zu erhöhen, und so günstige Voraussetzungen für die Ansiedlungen zukunftsweisender Industrien schafft, der Abwanderung der Bevölkerung entgegenwirkt und die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum unterstützt.

16. Mit welchen Mitteln förderte der Bund den sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen seit 1980?

Der Bund förderte in den Jahren 1980 bis 1990 den sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen durch Gewährung von Finanzhilfen in Höhe von insgesamt (nominal) 4 463,2 Mio. DM, davon im Jahr 1990 mit 595,2 Mio. DM. Unter Berücksichtigung der Bereitstellung von Finanzhilfen an die Länder von jährlich jeweils 2 Mrd. DM für die Jahre 1991 bis 1993 und einem gleichbleibenden Verteilungsschlüssel wird sich der Bund in Nordrhein-Westfalen in diesen Jahren mit ca. 1,8 Mrd. DM am sozialen Wohnungsbau beteiligen.

Die Durchführung der Wohnungsbauförderung ist Länderangelegenheit. Sie setzen die Bundesfinanzhilfen zusammen mit ihren eigenen Fördermitteln ein, ohne daß die Bundesmittel einzelnen geförderten Maßnahmen zuordenbar wären. Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1989 rd. 214 000 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau gefördert.

Für das Jahr 1990 plant Nordrhein-Westfalen die Förderung von rd. 23 000 Wohneinheiten mit insgesamt rd. 2,4 Mrd. DM, der Bundesanteil an der Förderung wird rd. ein Drittel betragen.

Ergänzend sei noch erwähnt, daß dem Land Nordrhein-Westfalen darüber hinaus Mittel für den „Bergarbeiterwohnungsbau" zur Verfügung gestellt wurden und noch werden, die zum überwiegenden Teil dem Ruhrgebiet zugute kommen. Insgesamt wurden Nordrhein-Westfalen vom Bund in den Jahren 1983 bis 1989 rd.

1 095 Mio. DM (davon für das Ruhrgebiet 890 Mio. DM) bereitgestellt; im Jahr 1990 werden diese Mittel rd. 200 Mio. DM betragen.

17. Mit welchen Mitteln förderte der Bund den Städtebau in Nordrhein-Westfalen seit 1980?

Der Bund förderte den Städtebau in Nordrhein-Westfalen zum einen mit umfassenden Finanzhilfen in der Stadt- und Dorferneuerung. Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen. Darüber hinaus stellte der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaues" im Zeitraum von 1980 bis einschließlich 1989 rd. 45,7 Mio. DM zur Verfügung. Schwerpunktmäßig wurden die Mittel für Maßnahmen zur Nachbesserung von Großsiedlungen (z. B. in Dortmund-Clarenberg), für städtebauliche Dorferneuerungsmaßnahmen (z. B. in Sankt Augustin-Niederpleis und Oberhausen-Holten), für Stadtökologie und umweltgerechtes Bauen (z. B. in Stolberg-Vichtbachtal und Köln-Humboldt/Gremberg), für den Bereich Städtebau und Wirtschaft (z. B. in Solingen, Wuppertal, Dortmund und Velbert), für die Verbesserung von Wohnquartieren für ältere Menschen (z. B. in der Duisburger Rheinpreußen-Siedlung) sowie für kosten- und flächensparendes Bauen (z. B. in Essen-Vogelheim/Ost, Düren-Rölsdorf und Herne) bereitgestellt. Diese Mittel kamen in besonderem Maße den Städten des Ruhrgebietes zugute.

18. Welche regionalwirtschaftlichen Effekte konnten durch die vielfältigen Hilfen des Bundes im Bereich des Wohnungsbaus sowie der Stadt- und Dorferneuerung in Nordrhein-Westfalen seit 1980 aktiviert werden?

Die Hilfen des Bundes im Bereich des Wohnungsbaues sowie der Stadt- und Dorferneuerung kommen allen Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen zugute. Zusammen mit der Vielfalt der anderen Finanzhilfen des Bundes und der EG tragen sie dazu bei, Strukturschwächen zu überwinden, den Strukturwandel in der Montanindustrie und der Landwirtschaft zu bewältigen sowie Standortnachteile zu beseitigen. Sie helfen die ökologischen, städtebaulichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern. Zugleich erlauben sie dem Land Nordrhein-Westfalen, sich auf die Öffnung des Binnenmarktes einzustellen. Die Finanzhilfen des Bundes leisten ferner einen wichtigen Beitrag zur Stärkung privater und öffentlicher Investitionen, zur Verbesserung von Infrastrukturen, zur Verstetigung der Baunachfrage und damit gleichzeitig zur Sicherung von Beschäftigung. Sie ermöglichen die Erschließung alternativer Standorte für saubere und zukunftsorientierte Industrien, die Umnutzung nicht mehr benötigter Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Besonders deutlich entfalten sich diese regionalwirtschaftlichen Effekte im Ruhrgebiet. Von den für das Haushaltsjahr 1990 bereit-

gestellten 173,3 Mio. DM an Bundesfinanzhilfen im Rahmen des Bund-Länder-Programms der Städtebauförderung entfallen entsprechend dem Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen rd. 86,5 Mio. DM auf das vom Strukturwandel in der Kohle- und Stahlindustrie besonders betroffene Ruhrgebiet. Das sind rd. 49,9 Prozent der Mittel. Darin eingeschlossen sind erstmals auch Maßnahmen, die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park verwirklicht werden. Darüber hinaus erhält das Ruhrgebiet 1990 aufgrund des Strukturhilfegesetzes voraussichtlich weitere rd. 105 Mio. DM für städtebauliche Maßnahmen. Diese Mittel dienen vornehmlich der Unterstützung, Ergänzung und Beschleunigung von Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung sowie der städtischen Aufschließung von Flächen für Industrie und Gewerbe und werden im Ruhrgebiet zusätzlich helfen, die Grundlagen für neues wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.

19. Wie entwickelte sich die Förderung des gesamten Bereiches Forschung und Technologie durch den Bund seit 1980, und welche Auswirkungen hat dies auf die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen?

Die Entwicklung für die Förderung des gesamten Bereichs Forschung und Technologie durch den Bund für Nordrhein-Westfalen wird durch die folgende Tabelle 1 veranschaulicht. Für die Jahre vor 1985 liegen solche Angaben nicht vor.

Tabelle 1

FuE-Ausgaben des Bundes in Nordrhein-Westfalen 1985 bis 1988

– in Mio. DM –

Jahr	Mio. DM
1985	2539
1986	2445
1987	2177
1988	2224

Quelle: BMFT

Für den Bundesminister für Forschung und Technologie kann jedoch ab 1980, wie in Tabelle 2 dargestellt, der entsprechende Anteil der Fördermittel angegeben werden.

Tabelle 2

Ausgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Nordrhein-Westfalen
– in Mio. DM –

1980	1478
1981	1516
1982	1932
1983	1618
1984	1686
1985	1712
1986	1666
1987	1465
1988	1551
1989	1668[1])

Quelle: BMFT
[1]) vorläufig

Die starke Ausweitung der Förderung des BMFT in den Jahren 1982 bis 1986 ergab sich insbesondere durch die Finanzierung des Schnellen Brüters, dessen forschungsmäßige Nutzung bisher nicht erfolgen konnte. Erfreulich ist die Entwicklung der Fördermittel für NRW gerade in den letzten beiden Jahren. Damit hält NRW in der BMFT-Förderung im Vergleich mit anderen Ländern seine Spitzenstellung.

Die Förderung von Forschung und Technologie hat langfristig auch positive Auswirkungen auf die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Denn FuE sowie darauf aufbauende Innovationsfähigkeit stehen in einem engen sachlichen Zusammenhang. FuE-Kapazitäten sind nach Auffassung der Bundesregierung von zunehmender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung und für die Erhaltung und Schaffung angemessener Lebensverhältnisse insbesondere in vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Regionen.

Dabei muß man allerdings die finanziellen Relationen im Auge behalten: Von dem Gesamtbudget für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland finanzierten die Unternehmen im Jahre 1988 63,4 Prozent, der Bund 22,3 Prozent und die Länder 12,9 Prozent. Dabei sind die Anteile des Bundes und der Länder fallend, derjenige der Wirtschaft dagegen steigend (von 56,1 Prozent in 1981 auf die genannten 63,4 Prozent in 1988). Bei der Durchführung von Forschung und Entwicklung liegt der Anteil der Wirtschaft jetzt sogar bei über 70 Prozent.

Für die regionale Entwicklung kommt daher innovativen, Forschung treibenden Unternehmen eine hohe Bedeutung zu. Die Bundesregierung hat dies durch entsprechende Anreize etwa bei der indirekten FuE-Förderung und durch günstige Rahmenbedingungen für FuE gezielt unterstützt, ohne die Verantwortung der jeweiligen Landesregierungen für die regionale Wirtschaftspolitik damit zu schmälern. Die indirekten Fördermaßnahmen wie etwa das Personalkostenzuschußprogramm für FuE-Personal haben gerade in Nordrhein-Westfalen außerhalb der Ballungsräume bei den KMU positive Wirkungen ausgelöst. Daneben haben auch die

vom Bund überwiegend finanzierten großen Forschungseinrichtungen im Land Nordrhein-Westfalen vielfältige positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gebracht. So hat die KFA zusammen mit der TH Aachen und der dortigen IHK ein Technologietransferprojekt gestartet. Das FhI für Lasertechnik in Aachen hat die Entwicklung entsprechender Unternehmen im Aachener Raum begünstigt, das gleiche gilt im Ruhrgebiet für das neue Fraunhofer-Institut für Mikroelektronik in Duisburg und für das ausgebaute Fraunhofer-Institut für Materialfluß und Logistik (IML) in Dortmund. Diese Fraunhofer-Institute hat der BMFT im Zusammenhang mit der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler im Jahre 1988 im Rahmen der Ausbauplanung der Fraunhofer-Gesellschaft besonders unterstützt. Diese Konferenz hat im übrigen durch ein Bündel von Maßnahmen einen Innovationsschub für den Strukturwandel in dieser Region ausgelöst, der zu einer Aufbruchstimmung gerade auch in technologieintensiven Bereichen in diesem Gebiet geführt hat.

20. Welche exemplarischen Projekte zur Erforschung und Entwicklung von Spitzentechnologien in Nordrhein-Westfalen werden von der Bundesregierung gefördert?

Der Bund, insbesondere der BMFT, fördert FuE vor allem in Bereichen, bei denen die Umsetzung in neue Technologien ein wichtiges Hauptziel bildet. Dabei geht es schwerpunktmäßig darum, Spitzen- bzw. Schlüsseltechnologien zu fördern, bei denen das FuE-Risiko besonders hoch ist und die sonst womöglich nicht oder nicht mit dieser Intensität angegangen würden.

In Nordrhein-Westfalen ist traditionell besonders stark mit z. Z. über 50 Prozent aller auf diesem Gebiet verausgabten BMFT-Mittel der Bereich „Energieforschung und -technologie". Vorhaben mit exemplarischer Bedeutung im Sinne von Spitzentechnologien sind etwa

- Magnetbahnfördersystem für den Steinkohlenbergbau
- Kohleveredelungsverfahren
- druckbetriebene Wirbelschicht-Dampferzeugungsanlagen
- im Bereich alternativer Energien:
  - FuE-Arbeiten für das Solartestzentrum in Spanien (Almeria) durch die DLR
  - Solardemonstrationssiedlung in Griechenland mit dem Einbau neuer Energietechnologien durch eine führende deutsche Firma in NRW
- im Bereich der europäischen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung von Brutreaktoren Projekte einer führenden deutschen Firma mit Sitz in NRW.

Im BMFT-Förderbereich „Informationstechnik einschließlich Fertigungstechnik" ist insbesondere das Verbundprojekt „Suprenum" – Superrechner für numerische Anwendungen – zu nennen. Im Rahmen der EUREKA-Initiative läuft FAMOS (Flexibel automatisierte Montagesysteme) mit einem Projekt zur Rationalisie-

rung von komplexen Montageproblemen bei der Herstellung von Werkzeugmaschinen in NRW.

Im Förderbereich Materialforschung, physikalische und chemische Technologien sind folgende Vorhaben besonders bedeutsam:

- Materialien für Supraleitung,
- Keramikwerkstoffe,
- Faserverbundwerkstoffe.

In der „Biotechnologie" ist das Genzentrum Köln mit der Gen- und Zelltechnologie für Pflanzen auf einem international führenden Stand.

Im Bereich „Umweltforschung" wird ein neues Verfahren zur Nitratentfernung bei der Trinkwasseraufbereitung mittels Mikroorganismen entwickelt.

Für Ziele der Grundlagenforschung werden vom BMFT Hochtechnologieentwicklungen bei der im Bau befindlichen Dortmunder Elektronenspeicherringanlage (DELTA) gefördert. Industrielle Folgeplanungen dazu in Dortmund weisen auf die mittelfristig auch wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme hin.

21. Welche internationalen Forschungseinrichtungen konnten mit Hilfe des Bundes in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen angesiedelt werden?

Die Bundesregierung hat unter schwierigsten internationalen Wettbewerbsbedingungen den Bau des Europäischen Transschallwindkanals (ETW) in Köln erreicht. Neben der Bundesrepublik Deutschland sind Frankreich, Großbritannien und die Niederlande beteiligt. Durch die ETW soll die europäische Luftfahrtindustrie in die Lage versetzt werden, Reiseflugbedingungen für Großflugzeuge in einem bisher nicht möglichen Maße vorher vollständig zu simulieren, um das hohe Entwicklungsrisiko zu vermindern. Die Gesamtkosten für den ETW belaufen sich auf ca. 600 Mio. DM und stellen damit eine der großen Investitionsmaßnahmen im FuE-Bereich in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeit dar. Die Inbetriebnahme ist für 1994 vorgesehen. Köln-Porz wird damit seine Rolle als eines der Zentren der europäischen Luftfahrtforschung weiter ausbauen.

Im Zuge der Beschlüsse der Europäischen Weltraumorganisation ESA zum Einstieg in die bemannte Raumfahrt konnte die Bundesregierung erreichen, daß ebenfalls Köln-Porz als Sitz für das neue Europäische Astronautenzentrum EAC gewählt wurde. Das EAC – die zweite selbständige ESA-Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland – wird für die Leitung der gesamten europäischen Astronautenausbildung zuständig sein. Gleichzeitig wird das EAC die „Homebase" für das europäische Astronautencorps und deren Familien. Die ersten Mitarbeiter dieser neuen ESA-Niederlassung haben 1989 ihre Tätigkeit in Köln aufgenommen. Im Endausbau Mitte der 90er Jahre wird das EAC etwa 160 Mitarbeiter haben. In Verbindung mit dem Crew Training Center

(CTC) bei der DLR, in dem die technische Ausbildung der Astronauten stattfindet, wird dieser Standort damit das bedeutendste Zentrum für Astronautenausbildung in Westeuropa sein.

22. Wie hoch ist der Anteil Nordrhein-Westfalens bei den Projekten im Rahmen der europäischen Technologiegemeinschaft Eureka?

Von derzeit rd. 100 laufenden EUREKA-Projekten mit deutscher Beteiligung sind an 20 Projekten 27 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Nordrhein-Westfalen beteiligt.

An die NRW-Projektbeteiligten sind bisher aus BMFT-Fördermitteln rd. 93 Mio. DM bewilligt worden (für den Zeitraum von 1986 bis 1993). Damit hat NRW eine gute Position in der europäischen Technologiegemeinschaft EUREKA erreicht.

23. Mit welchen Maßnahmen fördert der Bund die nordrhein-westfälischen Hochschulen seit 1980?
Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Hilfen, insbesondere auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft (Techniktransfer) zur Anpassung und Weiterentwicklung wirtschaftlicher Strukturen?

Der Bund hat seit 1980 die nordrhein-westfälischen Hochschulen wie folgt gefördert:

1. Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken

   Bundesanteil 1980 bis 1989: 2,1 Mrd. DM.

   Nach dem Stand des 19. Rahmenplans für den Hochschulbau (ohne Nachmeldungen), der für den Zeitraum von 1990 bis 1993 aufgestellt ist, sind gegenwärtig 407 Vorhaben mit einem Gesamtkostenvolumen von rd. 8,4 Mrd. DM in die Mitfinanzierung aufgenommen worden; davon 243 bereits begonnene und 96 noch nicht begonnene Vorhaben der höchsten Dringlichkeitsstufe (Kategorie I).

   Der Bund beteiligt sich zu 50 Prozent an den mitfinanzierungsfähigen Gesamtausgaben.

   Die Bauindustrie wie auch die mittelständischen Bauunternehmen erhalten in der kontinuierlichen Förderung des Hochschulbaus, im Ausbau und der Erneuerung der Hochschulkliniken ein verläßliches Auftragspotential, das Konjunkturschwankungen nicht unterworfen ist, vielfach sogar antizyklische Bedeutung gewinnt. Die Großbauvorhaben geben die Möglichkeit, neue Fertigungstechnologien und Projektsteuerungsmechanismen zu erproben.

   Die Erkenntnisse, die die Hochschulen bei der Anwendung von Großgeräten gewinnen, fließen unmittelbar wieder den Herstellern zu.

2. Studentenwohnraumförderung

In den Jahren 1980 bis 1986 hat der Bund Finanzhilfen zur Studentenwohnraumförderung in Höhe von 57,7 Mio. DM geleistet. Die Förderung neuer Vorhaben wurde Ende 1980 im Bestreben um Verringerung der Mischfinanzierungstatbestände eingestellt.

Der Bund stellt nach der neuen Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung vom 21. Dezember 1989 zur Förderung des Studentenwohnraums in der Zeit von 1990 bis 1993 für Nordrhein-Westfalen allein 83,4 Mio. DM bereit.

3. Förderung von Sonderforschungsbereichen

Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführten Programms der Sonderforschungsbereiche an deutschen Hochschulen, das zu 75 Prozent über den Haushalt des BMBW finanziert wird, flossen seit 1980 673 Mio. DM nach NRW (allein 1989 73,5 Mio. DM). Mehr als ein Drittel entfielen davon auf ingenieurwissenschaftliche Sonderforschungsbereiche mit unmittelbar praxisrelevanten Fragestellungen. Dies hat ebenso wie auch die Förderung der Grundlagenforschung positive Auswirkungen auf die Weiterentwicklung wirtschaftlicher Strukturen im Lande.

4. Modellversuche im Hochschulbereich

Der BMBW hat seit 1980 35 Modellversuche im Bereich der Bildungsplanung mit insgesamt 25,6 Mio. DM gefördert, davon 9 Vorhaben im Fernstudium zu rd. 10 Mio. DM mit seinen positiven Auswirkungen besonders für berufstätige Studierende.

5. Gemeinsames Hochschulsonderprogramm
(nach der Vereinbarung vom 10. März 1989)

Im Rahmen des 1989 angelaufenen Sonderprogramms zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und zum Offenhalten der Hochschulen in besonders belasteten Fachrichtungen hat NRW bisher rd. 44,2 Mio. DM an Bundesmitteln erhalten.

6. Förderprogramm Montanregionen

Im Rahmen des Montanprogramms zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft, das in der zweiten Hälfte 1989 angelaufen ist, konnte 1989 mit der Förderung von 51 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 10,7 Mio. DM (Bundesanteil davon 75 Prozent) begonnen werden.

Die Tatsache, daß die neun antragsberechtigten Hochschulen allein schon im ersten Jahr 101 Anträge gestellt haben, belegt die hohe Akzeptanz dieses Programms, wonach jährlich pro Vorhaben bis zu 200 000 DM gewährt werden können (Landesanteil 25 Prozent). Es werden z. B. Verbundvorhaben der Hoch- und Fachhochschulen für den Technologietransfer eingerichtet, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in die Hochschulkooperation einbeziehen.

Mit der Aufnahme weiterer Vorhaben in das Programm kann in der zweiten Hälfte 1990 begonnen werden.

7. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

1988 flossen von den 62,8 Mio. DM, die der Bund über die Begabtenförderungswerke für die Studienförderung ausgab, etwa ein Viertel (14,5 Mio. DM) nach Nordrhein-Westfalen, und von den 22,9 Mio. DM der Bundesmittel für die Promotionsförderung erhielten nordrhein-westfälische Stipendiaten mit 6,5 Mio. DM fast 30 Prozent dieser Mittel.

Abschließend läßt sich zusammenfassen, daß die Impulse, die durch die Finanzierung bzw. Mitfinanzierung von hochschulbezogenen Vorhaben in NRW durch den Bund die Wirtschaft des Landes positiv determiniert haben und einen weiteren Austausch zwischen Lehre, Forschung und praxisorientierter Anwendung bewirken.

8. Ausgaben des BMFT für die Projektförderung an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen[1]) 1980 bis 1989
– in Mio. DM –

1980	70,2
1981	70,4
1982	86,3
1983	89,8
1984	93,9
1985	88,3
1986	108,7
1987	115,3
1988	129,4
1989	140,1

Quelle: BMFT

[1]) Ohne die Mittel über die DFG an NRW, da deren regionale Verteilung hier nicht bekannt ist.

24. Mit welchen Hilfen und in welchem finanziellen Umfang hat der Bund seit 1982 Nordrhein-Westfalen insgesamt unterstützt?

Leistungen aus dem Bundeshaushalt
Land: Nordrhein-Westfalen

Art der Leistung	Ist 1982	Ist 1983	Ist 1984	Ist 1985	Ist 1986	Ist 1987	Ist 1988	Soll 1989[1])	Summe[3]) 1982-1989
				– Mio. DM –					
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a GG:									
– Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	114,8	126,4	129,4	138,3	149,4	139,9	146,4	150,2	1 094,8
– Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	21,7	34,6	28,1	38,0	33,1	41,5	73,0	178,2	448,2
– Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken	237,0	370,0	240,0	150,0	160,0	135,0	135,0	135,0	1 562,0
2. Zusammenwirken von Bund und Land aufgrund von Vereinbarungen nach Artikel 91 b GG:									
– Bildungsplanung	18,7	14,9	11,9	10,4	11,2	10,8	10,8	16,6	105,3
– Wissenschaftliche Forschung[2])	185,3[1])	191,4[1])	198,8[1])	204,0[1])	246,7[1])	274,3[1])	260,0[1])	264,3[1])	1 824,8[1])
Nachrichtlich: Förderung der Großforschung	420,5[1])	456,3[1])	469,2[1])	474,2[1])	498,9[1])	518,3[1])	543,2[1])	590,8[1])	3 971,4[1])
3. Finanzhilfen nach Artikel 104 a Abs. 4 GG:									
– Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden									
· kommunaler Straßenbau	254,1	266,3	291,0	297,0	283,2	327,1	251,5	320,3	290,5
· Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs (ohne DB)	422,3	340,5	387,1	402,9	401,5	423,8	390,5	258,9	3 027,5
– Krankenhausfinanzierung	241,2	268,4	–	–	–	–	–	–	509,6
– Stadtsanierung und -entwicklung	64,1	49,9	61,5	55,3	73,4	115,3	164,9	244,1	828,5
– Sozialer Wohnungsbau	307,3	295,6	413,4	470,5	454,8	411,3	320,2	346,5	3 019,6
– Modernisierungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen an Wohngebäuden	102,4	74,0	47,9	36,7	30,7	20,4	13,0	8,6	333,7
– Studentenwohnraumförderung	15,5	4,1	–	–	–	–	–	–	19,6
– Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für berufliche Bildung	2,3	29,1	–	–	–	–	–	–	31,4
– Ausbau der Fernwärmeversorgung im Rahmen des ZIP	11,9	3,4	–	–	–	–	–	–	15,3
– Bau regionaler Erdgasleitungen	1,8	1,2	–	–	–	–	–	–	3,0
– Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbau	11,2	25,3	28,2	26,3	28,4	18,5	14,6	10,8	163,3
– Strukturhilfegesetz****)	–	–	–	–	–	–	–	756,0	756,0
4. Ausgaben aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Abs. 3 GG:									
– Kindergeld für Bedienstete des Landes, landesunmittelbarer Körperschaften, Anstalten sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts und Gemeinden (GV)	569,5	520,6	507,2	498,7	491,3	483,7	479,7	463,9	4 014,6
– Sparprämien	543,1	720,6	437,0	306,9	263,1	190,7	0,5	–	2 461,9
– Ausbildungsförderung (BAföG)	668,6	585,5	426,3	418,0	403,5	403,6	400,1	400,0	3 705,6
– Wohnungsbauprämien	204,9	109,8	97,1	190,0	184,8	179,0	176,0	185,4	1 327,0
– Wohngeld	483,8	469,9	433,3	571,5	736,8	795,2	799,6	796,4	5 086,5

Art der Leistung	Ist 1982	Ist 1983	Ist 1984	Ist 1985	Ist 1986	Ist 1987	Ist 1988	Soll 1989[1])	Summe 1982-1989
				– Mio. DM –					
– Erziehungsgeld*)	–	–	–	–	433,2	867,0	914,3	992,0	3 206,5
– Graduiertenförderung	1,7	0,6	–	–	–	–	–	–	2,3
– Gasölverbilligung Landwirtschaft	69,6	64,5	93,6	96,6	98,8	99,6	98,2	100,2	721,1
– Sozialversicherung Behinderter	39,1	44,5	42,0	87,2	104,9	110,3	119,7	128,0	675,1
– Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	1,1	1,5	1,2	1,9	2,0	2,1	2,4	2,6	14,8
– Sicherung des Unterhalts von Kindern	21,8	22,0	23,0	28,2	32,4	30,6	31,6	39,1	228,7
Nachrichtlich:									
– Ergänzungszuweisungen**)						124,0	70,6	82,0	276,6
– Bundesfernstraßen***)							1 102,4	1 110,7	2 213,1
– Bundeswasserstraßen***)							142,4	152,6	295,0

*) Erziehungsgeld erfaßt ab 1986
**) Ergänzungszuweisungen erfaßt ab 1987
***) Bundesfernstraßen/Bundeswasserstraßen erfaßt ab 1988
****) Strukturhilfegesetz erfaßt ab 1989

[1]) geschätzt
[2]) einschl. Projektförderung; ohne Deutsche Forschungsgemeinschaft und Heisenberg-Programm
[3]) soweit jahresmäßig hier erfaßt

25. Welche Anstöße sind von der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler vom 24. Februar 1988 für die wirtschaftliche Erneuerung dieser Region ausgegangen, und inwieweit sind die dort in Aussicht genommenen Aktivitäten inzwischen umgesetzt worden?

Zwei Jahre nach der Ruhrgebietskonferenz des Bundeskanzlers vom 24. Februar 1988 ist die zügige Abwicklung der beschlossenen Maßnahmen festzustellen. (Eine detaillierte Übersicht über den Stand der Umsetzung gibt die zum zweiten Jahrestag der Konferenz gefertigte Bilanz der Bundesregierung.)

Die wichtigsten auf der Ruhrgebietskonferenz verabredeten Projekte sind bereits umgesetzt oder in der Bearbeitungsphase. Bei der überwiegenden Zahl der langfristig angelegten Maßnahmen sind die Verhandlungen zwischen Bundes- und Landesressorts sowie Kommunen und sonstigen Beteiligten weitgehend abgeschlossen. Viele Projekte sind in der konkreten Planung bzw. in der Projektdurchführung.

Insbesondere hat der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" schon am 14. April 1988 das Sonderprogramm Montanregionen mit zusätzlichen Bundesmitteln in Höhe von 500 Mio. DM für eine Laufzeit von 1988 bis 1991 beschlossen (vgl. auch Antwort auf Frage II.1). Damit war gleichzeitig eine Ausdehnung des Regionalfördergebiets in NRW sowie eine Verbesserung der Förderintensität verbunden. Des weiteren hat die Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung u. a. Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensansiedlungen, zur Verbesserung der Luftreinhaltung, im Bereich der Abfallentsorgung sowie zur Technologieförderung und besonders zur Sicherung sowie Erweiterung von Ausbildungsplätzen in den Bereichen der modernen metallverarbeitenden Berufe vorangetrieben.

Daß mit der Ruhrgebietskonferenz zugleich Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wurde, zeigen die zahlreichen Folgeinitiativen, wobei besonders auf die allseits anerkannte „Initiative Ruhrgebiet" der deutschen Wirtschaft hinzuweisen ist (vgl. auch Antwort zu Frage I.11).

Das nachhaltige politische und finanzielle Engagement der Bundesregierung für das Ruhrgebiet zahlt sich mehr und mehr aus. Durch den Signalcharakter der Ruhrgebietskonferenz konnten neue Aktivitäten geweckt werden, die einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel der Montanregionen in Nordrhein-Westfalen leisten. Durch aktive Strukturanpassung ist es gelungen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

26. Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) und Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN) sind die Zusammenfassungen einiger (ZIM) bzw. aller (ZIN) strukturrelvanter EG-Bundes- und Landesprogramme zur Erleichterung des strukturellen Wandels und zur allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung.

In welcher Höhe können und konnten im Rahmen dieser Initiativen Bundes- und EG-Mittel eingesetzt werden?

Die ZIM ist als Koordinierungsinstrument die Weiterführung der ZIN. Im Rahmen der ZIM werden Bundes- und Landesmittel für regionalpolitische und strukturrelevante Maßnahmen eingesetzt.

Bundesmittel und EG-Mittel aus folgenden Quellen können eingesetzt werden:

— Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach Artikel 91 a GG. Zum Mittelvolumen wird auf die Antwort zu Frage II.1 verwiesen.

— Im Rahmen des Strukturhilfegesetzes nach Artikel 104 a (4) GG erhält NRW im Zeitraum 1989 bis 1998 jährlich Bundesmittel in Höhe von 750 Mio. DM, über den 10-Jahreszeitraum also 7,5 Mrd. DM; dies sind knapp 31 Prozent der insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel.

— Aus dem EG-Regionalfonds wurden für NRW von 1985 bis 1991 insgesamt Mittel in Höhe von 257,7 Mio. ECU (nach derzeitigem Kurs 525,7 Mio. DM) gebunden; dies entspricht knapp 29 Prozent der insgesamt für die Bundesrepublik Deutschland gebundenen EG-Regionalfondsmittel. Einzelheiten enthalten die folgenden Tabellen.

Mittelbindungen des EG-Regionalfonds für NRW

	Mio. ECU	Anteil an Mittelbindung für D in %
1985	16,03	19,3
1986	19,52	20,82
1987	21,14	16,0
1988	29,98	21,4
1989	75,26	42,9
1990	59,70	39,1
1991	36,10	30,3
	257,73	

Quelle: – Entscheidungen der EG-Kommission
– Eigene Berechnungen

Aufgegliedert nach der Art der Intervention kann NRW folgende Mittel in der ZIM einsetzen:

Mittelbindungen des EG-Regionalfonds: Land NRW
– Mio. ECU –

Art der Intervention	1987	1988	1989	1990	1991
1. Einzelvorhaben	13,24	0,58	15,56	–	–
2. hors quota Programme					
– Stahl	5,80	5,80	–	–	–
– Schiffbau	–	–	–	–	–
– Textil	2,10	2,10	2,10	2,10	–
– Fischerei	–	–	–	–	–
3. RESIDER	–	21,50	21,50	21,50	?
4. RENAVAL	–	–	–	–	–
5. NPGi	–	–	–	–	–
6. Ziel-2-Programme	–	–	36,10	36,10	36,10
7. Ziel-5b-Programme	–	–	noch nicht festgelegt		
8. RECHAR	–	–	–	noch nicht festgelegt	
Summe	21,14	29,98	75,26	59,70	36,10

Quelle: – Entscheidungen der EG-Kommission
– Eigene Berechnungen

27. Über welche spezifischen Standortvorteile und -nachteile verfügt Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt, und welche Chancen dürften für die Wirtschaft des Landes aus dessen Verwirklichung resultieren?

Nordrhein-Westfalen verfügt über Standortfaktoren, die sich im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt als günstig erweisen könnten. Dazu gehören

– die gute Verkehrsinfrastruktur im Fernstraßenbereich, bei den Wasserstraßen und im Schienenbereich;
– leistungsfähige Universitäten, Technische Hochschule und Forschungseinrichtungen;
– eine breit gefächerte Industriestruktur;
– qualifizierte Facharbeiter;
– ein wirtschaftliches Potential von über zehn Millionen Menschen.

Ungeachtet dieser Vorzüge gibt es Engpaßfaktoren, die zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf den Binnenmarkt beseitigt werden müßten. Die Mikat-Kommis-

sion hat hierzu Vorschläge unterbreitet. Danach liegt besonderer Handlungsbedarf in folgenden zwei Bereichen:

Nach wie vor herrscht in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Ruhrgebiet, ein Mangel an kurzfristig verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen. Die zum Teil stark kontaminierten Böden machen eine langwierige und teure Wiederaufbereitung erforderlich.

Im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt könnte sich als Standortnachteil erweisen, daß die Altindustrien Bergbau und Stahl nach wie vor – zumindest in Teilen Nordrhein-Westfalens – ein großes Gewicht haben. Der Strukturwandel ist in diesen Bereichen noch nicht abgeschlossen. Hier müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Nach vorliegenden Untersuchungen über die regionalen Effekte des Binnenmarktes sind vor allem zwei Ursachen für die Betroffenheit einer Region hervorzuheben: die Wirtschaftsstruktur und die geographische Lage.

Durch den Abbau von Handelsbeschränkungen wird der Wettbewerb zwischen Unternehmen und auch zwischen Regionen um günstige Standortbedingungen verstärkt. Einem besonderen Anpassungsdruck dürften Regionen mit altindustrieller Struktur ausgesetzt werden; relativ schnell dürften die Auswirkungen des Binnenmarktes auch spürbar werden in Regionen mit jenen Branchen, für die weitgehende Liberalisierungsmaßnahmen bereits getroffen wurden oder noch vorgesehen sind (z. B. Telekommunikation, Transportsektor, Bankdienstleistungen).

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, daß der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes – und darunter des Verarbeitenden Gewerbes – in NRW größer und der Anteil des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie der sonstigen Dienstleistungen geringer als im Bundesdurchschnitt ist, könnte für NRW ein relativ hoher Anpassungsbedarf bestehen. Dessen Ausmaß hängt auch von den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen ab, die der Binnenmarkt mit sich bringt. Durch die günstige Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird die Anpasung in NRW begünstigt und erleichtert.

Die geographischen Effekte des Binnenmarktes führen zu einer Verschiebung von Zentral- und Randlagen; damit geht eine Veränderung der Standortattraktivität einher. Konkrete Auswirkungen auf NRW sind nicht vorhersagbar. Von der Südintegration der EG dürfte NRW – zumindest kurzfristig – wenig profitieren. NRW hat keine räumlichen Standortvorteile gegenüber diesen Ländern; doch kann der zu erwartende Importbedarf der südlichen Länder an Investitionsgütern Absatzchancen für NRW bedeuten. Die räumliche Nähe zu den Niederlanden und Belgien prägt auch nach der Süderweiterung die Regionalstruktur des nordrheinwestfälischen Außenhandels.

Mit einem Anteil von ca. 33 Prozent waren die Niederlande 1989 (Januar bis November) der größte Exportpartner von NRW, ge-

folgt von Belgien/Luxemburg mit zusammen knapp 41 Prozent und Frankreich mit 13 Prozent (vgl. Bundesanteil: NL 9 Prozent, B/L 7 Prozent, F 13 Prozent).

Auf der Importseite zeigt sich ein ähnliches Bild: 49 Prozent der Importe nach NRW stammten 1989 (Januar bis November) aus den Niederlanden, 47 Prozent aus Belgien/Luxemburg und 26 Prozent aus Frankreich (vgl. Bundesanteil: NL 10 Prozent, B/L 7 Prozent, F 12 Prozent).

Es ist insgesamt davon auszugehen, daß durch den Binnenmarkt keine wesentlichen Impulse mehr im Hinblick auf die Integration von NRW und den Benelux-Ländern ausgehen.

Die Chancen von NRW als Unternehmensstandort in dem Gemeinsamen Markt werden sich aber nicht nur aus den sog. harten Standortfaktoren ergeben, sondern werden sicherlich maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, sog. weiche Standortfaktoren, die eine zunehmende Bedeutung bei Standortentscheidungen erlangen, zu schaffen oder zu verbessern. Im wesentlichen zählen zu den „weichen" Standortfaktoren das Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebot sowie landschaftliche Vorteile und Wohnwert. In diesem Bereich sind in den letzten Jahren in NRW Fortschritte erzielt worden. Insbesondere für das Ruhrgebiet hat die Ruhrgebietskonferenz des Bundeskanzlers hier wichtige Impulse gegeben. Zu erwähnen ist besonders die von den Unternehmen ins Leben gerufene Ruhrgebietsinitiative, die das Image der Region deutlich verbessern konnte.

NRW ist ein Bundesland mit unterschiedlichen Strukturen: Es gibt ländlich-strukturierte Gebiete, Mittelzentren und industrielle Ballungsräume. Für diese unterschiedlichen Regionstypen müssen die Verantwortlichen in Land und Regionen Entwicklungsstrategien entwickeln, die auf den jeweiligen Regionstyp sowie seine spezifischen Stärken und Schwächen zugeschnitten sind. Je mehr die Verantwortlichen vor Ort hier entsprechendes Engagement und Geschick zeigen, die Eigeninitiative der Menschen in den Regionen wecken, deren Stärken ausbauen und deren Schwäche verringern oder beseitigen können, um so besser werden sich die Regionen von NRW auch im Gemeinsamen Binnenmarkt behaupten.

III. *Finanzwirtschaftliche Situation des Landes*

a) *Entwicklung der Einnahmen und des Steueraufkommens*

1. Wie haben sich die Gesamteinnahmen (nach Finanzausgleich) Nordrhein-Westfalens, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die bereinigten Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	17 953	2 842	7 659	6 396	4 195	10 452	11 590	1 247	61 658	74 010
1971	20 413	3 256	8 424	7 172	4 728	12 113	12 804	1 408	69 389	83 243
1972	23 774	3 747	10 489	8 631	5 637	14 454	15 518	1 666	82 464	98 496
1973	27 716	4 344	12 192	9 807	6 564	16 249	17 849	1 907	94 924	113 162
1974	30 268	4 803	13 328	10 717	6 982	17 775	19 354	2 044	103 326	124 046
1975	29 848	4 781	13 628	10 503	7 174	18 021	19 733	2 116	103 762	125 407
1976	33 211	5 158	14 788	11 519	7 645	20 088	21 602	2 273	114 292	137 966
1977	36 700	5 751	16 601	12 760	8 564	22 204	23 918	2 529	126 683	152 528
1978	38 936	6 180	17 641	13 965	8 926	23 873	26 006	2 734	135 773	162 336
1979	42 008	6 662	18 920	15 056	9 576	25 675	28 075	2 859	146 547	174 889
1980	43 905	7 043	20 353	15 376	9 947	27 318	29 639	3 040	154 259	182 531
1981	44 012	6 945	20 614	15 287	10 066	27 351	30 168	2 984	154 780	184 660
1982	46 217	7 243	21 790	15 738	10 458	28 720	31 195	2 933	161 928	193 024
1983	46 939	7 605	22 387	16 389	10 816	30 069	32 774	3 033	167 957	200 008
1984	48 571	7 846	23 126	17 255	11 273	31 299	34 408	3 295	175 062	208 667
1985	49 300	8 470	24 655	18 627	11 867	32 613	36 293	3 534	182 781	218 240
1986	52 019	8 809	25 073	19 275	12 219	34 370	37 774	3 710	190 601	226 582
1987	54 455	9 098	24 733	20 210	12 677	35 126	38 741	3 815	195 987	232 930
1988	55 918	9 527	26 367	21 178	13 523	36 306	39 704	3 899	203 429	241 417
1989[2])	61 512	9 999	28 110	23 180	14 816	39 272	43 066	4 112	221 229	261 860

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

Die bereinigten Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	13,7	14,6	10,0	12,1	12,7	15,9	10,5	12,9	12,5	12,5
1972	16,5	15,1	24,5	20,3	19,2	19,3	21,2	17,3	18,8	18,3
1973	16,6	15,9	16,2	13,6	16,4	12,4	15,0	14,5	15,1	15,0
1974	9,2	13,3	9,3	9,3	6,4	9,4	8,4	7,2	8,9	9,7
1975	– 1,4	– 0,5	2,3	– 2,0	2,7	1,4	2,0	3,5	0,3	1,1
1976	11,3	7,9	8,5	9,7	6,5	11,5	9,5	7,4	10,1	10,0
1977	10,5	11,2	12,3	10,8	12,0	10,5	10,7	11,3	10,8	10,5
1978	5,0	9,8	6,3	9,4	6,3	7,5	9,0	8,1	7,1	7,0
1979	7,9	7,8	7,5	7,8	7,6	8,6	8,0	4,6	8,2	7,9
1980	4,5	6,4	7,7	2,1	3,9	6,4	5,6	6,3	5,3	4,9
1981	0,2	– 1,4	3,4	2,2	1,2	2,3	1,8	4,2	1,2	2,1
1982	5,0	4,3	5,7	3,0	3,9	5,0	3,4	– 1,7	4,6	4,5
1983	1,6	5,0	2,7	4,1	3,4	4,7	5,1	3,4	3,7	3,6
1984	3,5	3,2	3,3	5,3	4,2	4,1	5,0	8,6	4,2	4,3
1985	4,0	8,0	6,3	8,0	5,3	4,2	5,5	7,3	5,1	5,2
1986	5,5	4,0	1,7	3,5	3,0	5,4	4,1	5,0	4,3	3,8
1987	4,7	3,3	– 1,4	4,9	3,7	2,2	5,4	2,8	3,4	3,3
1988	2,7	4,7	6,5	4,8	6,7	3,4	2,5	2,2	3,8	3,7
1989	10,2	5,0	6,7	9,5	8,9	8,0	8,6	6,2	8,7	8,5

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

Die bereinigten Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– 1980 = 100 –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer	Länder insgesamt
1970	41,3	38,4	37,5	41,6	41,3	37,9	39,0	41,4	40,0	40,0
1971	47,0	44,0	41,2	46,7	46,5	43,9	43,1	46,7	45,0	45,0
1972	54,7	50,6	51,3	56,2	55,5	52,4	52,2	54,8	53,4	53,3
1973	63,8	58,7	59,6	63,8	64,6	58,9	60,0	62,7	61,5	61,3
1974	69,7	66,5	65,2	69,7	68,7	64,4	65,1	67,2	67,0	67,2
1975	68,7	66,2	66,7	68,3	70,5	65,3	66,4	69,6	67,2	67,9
1976	76,4	71,4	72,4	75,0	75,1	72,9	72,7	74,8	74,0	74,7
1977	84,5	79,4	81,3	83,0	84,1	80,5	80,4	83,2	82,0	82,6
1978	88,7	87,2	86,4	90,9	89,4	86,5	87,7	89,9	87,8	88,3
1979	95,7	94,0	92,9	97,9	96,2	94,0	94,7	94,1	95,0	95,3
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	100,2	98,6	103,4	102,2	101,2	102,3	101,8	104,2	101,2	102,1
1982	105,2	102,8	109,3	105,3	105,1	107,4	105,3	102,4	105,9	106,7
1983	106,9	108,0	112,2	109,6	108,7	112,5	110,6	105,9	109,8	110,5
1984	110,6	111,4	115,9	115,4	113,3	117,1	116,2	115,0	114,4	115,3
1985	115,1	120,4	123,3	124,6	119,3	122,0	122,5	123,4	120,2	121,3
1986	121,4	125,2	125,3	129,0	122,9	128,6	127,6	129,6	125,4	125,9
1987	127,1	129,3	123,6	135,3	127,4	131,4	134,5	133,2	129,6	130,0
1988	130,5	135,4	131,6	141,8	136,0	135,9	137,8	136,1	134,6	134,9
1989	143,8	142,1	140,4	155,3	148,1	146,7	149,7	144,6	146,3	146,3

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

2. Wie hat sich der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Gesamteinnahmen der Länder in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil[1]) des Landes Nordrhein-Westfalen an den bereinigten Einnahmen der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[2])

– v. H. –

Jahr	Nordrhein-Westfalen
1970	24,0
1971	24,2
1972	23,8
1973	24,1
1974	24,0
1975	23,4
1976	23,7
1977	23,7
1978	23,6
1979	23,7
1980	23,7
1981	23,5
1982	23,6
1983	23,2
1984	23,0
1985	22,3
1986	22,7
1987	23,0
1988	22,8
1989[3])	23,2

[1]) Der Anteil wurde auf die Summe der bereinigten Einnahmen der Länder insgesamt (nicht konsolidiert) bezogen.
[2]) Nach Kassenstatistik
[3]) Vorläufiges Ergebnis

Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den bereinigten Einnahmen der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrhein-Westfalen
1970	101,2
1971	102,2
1972	100,2
1973	101,7
1974	101,2
1975	98,7
1976	100,0
1977	99,8
1978	99,5
1979	99,8
1980	100,0
1981	99,1
1982	99,6
1983	97,8
1984	97,1
1985	94,0
1986	95,5
1987	97,2
1988	96,3
1989[2])	97,8

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

3. Wie haben sich die Steuereinnahmen (vor Finanzausgleich) Nordrhein-Westfalens, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., DM je Einwohner, Zuwachs 1980 = 100)?

Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	14 640	1 848	5 104	4 854	2 658	7 802	8 331	817	46 054	52 158
1971	16 319	2 096	5 751	5 370	2 979	8 951	9 389	919	51 775	58 563
1972	19 113	2 415	6 968	6 464	3 459	10 656	11 261	1 072	61 408	69 226
1973	21 833	2 794	8 016	7 362	4 119	12 046	12 891	1 225	70 285	79 195
1974	24 040	3 101	8 634	8 057	4 407	13 075	13 794	1 314	76 422	86 603
1975	23 355	3 071	8 641	7 688	4 380	12 972	13 372	1 291	74 771	84 770
1976	26 197	3 343	9 338	8 538	4 748	14 460	15 109	1 429	83 163	94 070
1977	29 283	3 816	10 931	9 727	5 501	16 670	17 181	1 635	94 744	106 816
1978	31 218	4 086	11 534	10 756	5 878	17 813	18 887	1 752	101 925	114 451
1979	33 775	4 421	12 554	11 708	6 433	19 263	20 349	1 825	110 328	123 825
1980	35 406	4 762	13 365	11 885	6 788	20 656	21 323	1 903	116 088	129 385
1981	35 080	4 691	13 137	12 182	6 733	20 965	21 629	1 986	116 394	130 072
1982	36 118	4 859	13 369	12 432	7 054	21 851	22 727	1 952	120 362	134 417
1983	37 676	5 174	14 348	13 112	7 390	22 629	24 303	2 003	126 636	141 270
1984	39 277	5 392	14 931	14 020	7 792	23 721	26 002	2 188	133 321	148 516
1985	41 015	5 755	16 038	15 117	8 182	25 199	27 349	2 274	140 928	157 487
1986	43 559	6 074	16 576	15 760	8 386	26 927	28 708	2 448	148 439	165 169
1987	45 251	6 197	17 283	16 597	8 960	27 411	30 269	2 516	154 483	171 388
1988	47 312	6 554	18 006	17 227	9 545	28 525	31 234	2 533	160 937	178 121
1989[2])	52 479	6 937	19 369	19 148	10 287	30 731	34 085	2 783	175 817	194 409

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	11,5	13,4	12,7	10,6	12,1	14,7	12,7	12,5	12,4	12,3
1972	17,1	15,2	21,2	20,4	16,1	19,0	19,9	16,6	18,6	18,2
1973	14,2	15,7	15,0	13,9	19,1	13,0	14,5	14,3	14,5	14,4
1974	10,1	11,0	7,7	9,4	7,0	8,5	7,0	7,3	8,7	9,4
1975	– 2,8	– 1,0	0,1	– 4,6	– 0,6	– 0,8	– 3,1	– 1,8	– 2,2	– 2,1
1976	12,2	8,9	8,1	11,1	8,4	11,5	13,0	10,7	11,2	11,0
1977	11,8	14,1	17,1	13,9	15,9	15,3	13,7	14,4	13,9	13,5
1978	6,6	7,1	5,5	10,6	6,9	6,9	9,9	7,2	7,6	7,1
1979	8,2	8,2	8,8	8,9	9,4	8,1	7,7	4,2	8,2	8,2
1980	4,8	7,7	6,5	1,5	5,5	7,2	4,8	4,3	5,2	4,5
1981	– 0,9	– 1,5	– 1,7	2,5	– 0,8	1,5	1,4	4,4	0,3	0,5
1982	3,0	3,6	1,8	2,0	4,8	4,2	5,1	– 1,7	3,4	3,3
1983	4,3	6,5	7,3	5,5	4,8	3,6	6,9	2,6	5,2	5,1
1984	4,2	4,2	4,1	6,9	5,4	4,8	7,0	9,2	5,3	5,1
1985	4,4	6,7	7,4	7,8	5,0	6,2	5,2	3,9	5,7	6,0
1986	6,2	5,5	3,4	4,3	2,5	6,9	5,0	7,7	5,3	4,9
1987	3,9	2,0	4,3	5,3	6,8	1,8	5,4	2,8	4,1	3,8
1988	4,6	5,8	4,2	3,8	6,5	4,1	3,2	0,7	4,2	3,9
1989	10,9	5,8	7,6	11,1	7,8	7,7	9,1	9,8	9,2	9,1

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– 1980 = 100 –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	41	39	38	41	39	38	39	43	40	40
1971	46	44	43	45	44	43	44	48	45	45
1972	54	51	52	54	51	52	53	56	53	53
1973	62	59	60	62	61	58	61	64	61	61
1974	68	65	65	68	65	63	65	69	66	67
1975	66	64	65	65	65	63	63	68	64	66
1976	74	70	70	72	70	70	71	75	72	73
1977	83	80	82	82	81	81	81	86	82	83
1978	88	86	86	90	87	86	89	92	88	88
1979	95	93	94	99	95	93	95	96	95	96
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	99	99	98	103	99	102	101	104	100	101
1982	102	102	100	105	104	106	107	103	104	104
1983	106	109	107	110	109	110	114	105	109	109
1984	111	113	112	118	115	115	122	115	115	115
1985	116	121	120	127	121	122	128	119	121	122
1986	123	127	124	133	124	130	135	129	128	128
1987	128	130	129	140	132	133	142	132	133	132
1988	134	138	135	145	141	138	146	133	139	138
1989	148	146	145	161	152	149	160	146	151	150

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– DM je Einwohner –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	865	740	720	901	729	876	794	729	822	859
1971	956	828	804	983	812	992	883	819	914	955
1972	1 114	945	968	1 173	939	1 169	1 049	956	1 076	1 122
1973	1 268	1 086	1 108	1 325	1 114	1 308	1 192	1 098	1 224	1 278
1974	1 396	1 201	1 189	1 444	1 192	1 415	1 272	1 186	1 328	1 396
1975	1 360	1 189	1 192	1 382	1 191	1 410	1 235	1 173	1 303	1 371
1976	1 533	1 294	1 292	1 541	1 299	1 583	1 399	1 308	1 456	1 529
1977	1 718	1 475	1 513	1 756	1 509	1 828	1 589	1 506	1 660	1 740
1978	1 835	1 578	1 596	1 940	1 617	1 952	1 747	1 627	1 788	1 867
1979	1 988	1 704	1 737	2 106	1 772	2 103	1 876	1 706	1 933	2 019
1980	2 078	1 828	1 844	2 127	1 866	2 237	1 957	1 782	2 025	2 102
1981	2 058	1 793	1 809	2 174	1 849	2 260	1 977	1 866	2 026	2 109
1982	2 123	1 855	1 841	2 218	1 938	2 354	2 073	1 841	2 095	2 181
1983	2 229	1 977	1 979	2 348	2 034	2 445	2 217	1 901	2 212	2 300
1984	2 341	2 062	2 065	2 527	2 148	2 566	2 371	2 081	2 337	2 427
1985	2 458	2 202	2 226	2 733	2 261	2 723	2 495	2 169	2 476	2 581
1986	2 614	2 325	2 304	2 849	2 323	2 897	2 611	2 346	2 607	2 706
1987	2 708	2 426	2 413	3 013	2 467	2 950	2 774	2 384	2 719	2 805
1988	2 818	2 561	2 512	3 109	2 622	3 043	2 842	2 405	2 818	2 900
1989[2])	3 105	2 703	2 694	3 433	2 813	3 249	3 079	2 640	3 059	3 145

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

4. Wie hat sich der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Steuereinnahmen der Länder in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– v.H. –

Jahr	Nordrhein-Westfalen
1970	28,1
1971	27,9
1972	27,6
1973	27,6
1974	27,8
1975	27,6
1976	27,8
1977	27,4
1978	27,3
1979	27,3
1980	27,4
1981	27,0
1982	26,9
1983	26,7
1984	26,4
1985	26,0
1986	26,4
1987	26,4
1988	26,6
1989[2])	27,0

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrhein-Westfalen
1970	102,6
1971	101,8
1972	100,9
1973	100,7
1974	101,4
1975	100,7
1976	101,8
1977	100,2
1978	99,7
1979	99,7
1980	100,0
1981	98,6
1982	98,2
1983	97,5
1984	96,6
1985	95,2
1986	96,4
1987	96,5
1988	97,1
1989[2])	98,6

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

b) *Zahlungen des Bundes an die Haushalte der Länder*

1. Wie haben sich die Zahlungen des Bundes an die Haushalte von Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v.H., Zuwachs 1980 = 100)?

Zahlungen des Bundes an die Haushalte von Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1977

Jahr	Nordrhein-Westfalen			Baden-Württemberg			Bayern		
	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100
1977	2 581,8	–	59,2	1 412,1	–	55,2	1 761,8	–	50,8
1978	4 410,9	+70,8	101,1	2 327,6	+64,8	91,0	3 267,8	+85,5	94,2
1979	4 430,6	+ 0,4	101,6	2 423,1	+ 4,1	94,7	3 388,2	+ 3,7	97,7
1980	4 360,8	– 1,6	100,0	2 557,4	+ 5,5	100,0	3 469,2	+ 2,4	100,0
1981	4 570,8	+ 4,8	104,8	2 503,7	– 2,1	97,9	3 572,9	+ 3,0	103,0
1982	4 635,3	+ 1,4	106,3	2 515,7	+ 0,5	98,4	3 460,5	– 3,1	99,7
1983	4 634,1	– 0,0	106,3	2 486,3	– 1,2	97,2	3 492,6	+ 0,9	100,7
1984	3 898,2	–15,9	89,4	2 306,1	– 7,2	90,2	3 102,7	–11,2	89,4
1985	3 028,4	–22,3	69,4	2 361,6	+ 2,4	92,3	3 416,7	+10,1	98,5
1986	4 623,1	+52,7	106,0	2 726,6	+15,5	106,6	3 763,1	+10,1	108,5
1987	5 203,7	+12,6	119,3	2 996,4	+ 9,9	117,2	3 922,7	+ 4,2	113,1
1988	4 872,8	– 6,4	111,7	2 896,0	– 3,4	113,2	3 791,9	– 3,3	109,3
1989	5 879,1	+20,7	134,8	3 029,9	+ 4,6	118,5	3 909,6	+ 3,1	112,7

Jahr	Hessen			Niedersachsen			Rheinland-Pfalz		
	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100
1977	737,4	–	50,1	1 352,0	–	48,7	617,7	–	52,2
1978	1 422,6	+92,9	96,7	2 504,4	+85,2	90,2	1 111,8	+80,0	93,9
1979	1 436,5	+ 1,0	97,7	2 655,6	+ 6,0	95,7	1 165,8	+ 4,9	98,5
1980	1 470,9	+ 2,4	100,0	2 776,3	+ 4,5	100,0	1 183,9	+ 1,6	100,0
1981	1 445,6	– 1,7	98,3	2 781,9	+ 0,2	100,2	1 246,0	+ 5,2	105,2
1982	1 509,4	+ 4,4	102,6	2 808,2	+ 0,9	101,1	1 224,3	– 1,7	103,4
1983	1 467,7	– 2,8	99,8	2 848,1	+ 1,4	102,6	1 250,4	+ 2,1	105,6
1984	1 221,2	–16,8	83,0	2 579,4	– 9,4	92,9	1 153,9	– 7,7	97,5
1985	1 286,8	+ 5,4	87,5	2 706,4	+ 4,9	97,5	1 183,6	+ 2,6	100,0
1986	1 455,0	+13,1	98,9	2 959,9	+ 9,4	106,6	1 351,5	+14,2	114,2
1987	1 592,3	+ 9,4	108,3	3 151,2	+ 6,5	113,5	1 406,9	+ 4,1	118,8
1988	1 566,0	– 1,7	106,5	3 427,6	+ 8,8	123,5	1 567,2	+11,4	132,4
1989	1 651,4	+ 5,5	112,3	4 309,7	+25,7	155,2	1 914,2	+22,1	161,7

Jahr	Saarland			Schleswig-Holstein		
	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100
1977	198,0	–	47,0	620,2	–	58,1
1978	377,3	+90,6	89,6	944,7	+52,3	88,6
1979	403,5	+ 6,9	95,8	991,6	+ 5,0	93,0
1980	421,3	+ 4,4	100,0	1 066,7	+ 7,6	100,0
1981	413,4	– 1,9	98,1	1 011,7	– 5,2	94,8
1982	397,9	– 3,7	94,4	1 003,1	– 0,9	94,0
1983	417,6	+ 5,0	99,1	1 024,2	+ 2,1	96,0
1984	392,6	– 6,0	93,2	1 002,0	– 2,2	93,9
1985	419,5	+ 6,9	99,6	1 060,3	+ 5,8	99,4
1986	538,5	+28,4	127,8	1 158,6	+ 9,3	108,6
1987	666,5	+23,8	158,2	1 353,9	+16,9	126,9
1988	625,3	– 6,2	148,4	1 386,6	+ 2,4	130,0
1989	794,8	+27,1	188,7	1 656,6	+19,5	155,3

Jahr	Summe Flächenländer			Summe Berlin/Bremen/Hamburg			Summe Länder insgesamt		
	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100	Mio. DM	v.H.	1980 =100
1977	9 281,0	–	53,6	7 815,8	–	74,2	17 096,8	–	61,4
1978	16 367,1	+76,4	94,6	9 185,5	+17,5	87,2	25 552,6	+49,5	91,8
1979	16 894,9	+ 3,2	97,6	9 710,2	+ 5,7	92,2	26 605,1	+ 4,1	95,6
1980	17 306,5	+ 2,4	100,0	10 535,2	+ 8,5	100,0	27 841,7	+ 4,6	100,0
1981	17 546,0	+ 1,4	101,4	11 215,5	+ 6,5	106,5	28 761,5	+ 3,3	103,3
1982	17 554,4	+ 0,0	101,4	11 749,7	+ 4,8	111,5	29 304,1	+ 1,9	105,3
1983	17 621,0	+ 0,4	101,8	12 024,5	+ 2,3	114,1	29 645,5	+ 1,2	106,5
1984	15 656,1	−11,2	90,5	12 269,4	+ 2,0	116,5	27 925,5	− 5,8	100,3
1985	15 463,3	− 1,2	89,3	12 668,2	+ 3,3	120,2	28 131,5	+ 0,7	101,0
1986	18 576,3	+20,1	107,3	13 148,6	+ 3,8	124,8	31 724,9	+12,8	113,9
1987	20 293,6	+ 9,2	117,3	13 834,4	+ 5,2	131,3	34 128,0	+ 7,6	122,6
1988	20 133,4	− 0,8	116,3	14 137,9	+ 2,2	134,2	34 271,3	+ 0,4	123,1
1989	23 145,3	+15,0	133,7	14 648,4	+ 3,6	139,0	37 793,7	+10,3	135,7

2. Wie haben sich die Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Bundeshaushalt – gegliedert nach Sachbereichen – in den einzelnen Jahren seit 1980 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H.)?

Die Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Bundeshaushalt nach Sachbereichen in den einzelnen Jahren von 1980 bis 1988
– Mio. DM bzw. Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in v.H. –

Jahr	Gemeinschaftsaufgaben (Artikel 91a GG)		Geldleistungsgesetze (Artikel 104a Abs. 3 GG)		Finanzhilfen (Artikel 104a Abs. 4 GG)		Bundesergänzungszuweisungen		Sonstige		Zusammen	
	Mio. DM	v.H.	Mio. DM	v.H.	Mio. DM	v.H.	Mio. DM	v.H.	Mio. DM	v.H.	Mio. DM	v.H.
1980	483,7	2,3	1 720,1	10,1	1 390,1	− 3,9	–	–	1 373,4	1,5	4 967,3	2,8
1981	482,5	− 0,2	1 839,8	7,0	1 433,2	3,1	–	–	1 416,9	3,2	5 172,4	4,1
1982	446,7	− 7,4	1 828,6	− 0,6	1 392,9	− 2,8	–	–	1 392,0	−1,8	5 060,2	−2,2
1983	562,4	25,9	1 625,7	−10,1	1 323,0	− 5,0	–	–	1 356,6	−2,5	4 867,7	−3,8
1984	426,3	−24,2	1 454,1	−10,6	1 494,9	13,0	–	–	1 325,4	−2,3	4 700,7	−3,4
1985	332,5	−22,0	1 705,4	17,3	1 264,9	−15,4	–	–	1 244,2	−6,1	4 547,0	−3,3
1986	342,7	3,1	1 567,7	− 8,1	1 278,1	1,0	–	–	1 338,3	7,6	4 526,8	−0,4
1987	316,4	− 7,7	1 645,4	5,0	1 326,8	3,8	124,0	–	1 465,5	9,5	4 878,1	7,8
1988	354,4	12,0	1 630,6	− 0,9	1 180,3	−11,0	70,6	−43,1	1 463,0	−0,2	4 698,9	−3,7

3. Welche Bedeutung für den Haushalt Nordrhein-Westfalens besitzen die Hilfen des Bundes, insbesondere die nach Artikel 104a GG?

Der Anteil der Einnahmen aus dem Bundeshaushalt, insbesondere der nach Artikel 104a GG, an den bereinigten Einnahmen des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen in den einzelnen Jahren von 1980 bis 1988

Jahr	Nordrhein-Westfalen Anteile an den bereinigten Einnahmen	
	Einnahmen aus dem Bundeshaushalt insgesamt v.H.	nach Artikel 104a GG v.H.
1980	11,3	7,1
1981	11,8	7,4
1982	10,9	7,0
1983	10,4	6,3
1984	9,7	6,1
1985	9,2	6,0
1986	8,7	5,5
1987	9,0	5,5
1988	8,4	5,0

4. Inwieweit haben die finanziellen Zuwendungen des Bundes für investive Zwecke dazu beigetragen, die Investitionsquote des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen seit 1980 in den einzelnen Jahren tatsächlich zu erhöhen?

Die Auswirkungen der Investitionszuweisungen und Darlehen vom Bund auf die Investitionsquote des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen in den einzelnen Jahren von 1980 bis 1988

Jahr	Investive Ausgaben Mio. DM	Investitionszuweisungen und Darlehen vom Bund Mio. DM	Verhältnis von Investitionszuweisungen und Darlehen vom Bund zu den investiven Ausgaben v.H.	Anteil der investiven Ausgaben an den bereinigten Ausgaben (Investitionsquote) v.H.
1	2	3	4	5
1980	11 526	2 160	18,7	22,1
1981	11 208	2 100	18,7	20,7
1982	10 831	2 018	18,6	19,6
1983	9 674	2 010	20,8	17,7
1984	9 408	2 202	23,4	16,9
1985	9 184	2 135	23,2	16,3
1986	9 061	2 010	22,2	15,5
1987	8 614	1 969	22,9	14,3
1988	8 085	1 847	22,8	13,3

c) *Entwicklung der Einnahmen und des Steueraufkommens der Kommunen*

1. Wie haben sich die Gesamteinnahmen der Gemeinden (nach Finanzausgleich) in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	16 123,5	2 036,3	5 720,2	5 451,7	2 881,8	8 831,1	9 023,6	764,2	50 823,3
1971	18 370,5	2 457,3	6 510,1	6 216,7	3 337,8	10 288,6	10 421,0	865,5	58 467,5
1972	21 391,8	2 757,6	7 656,1	7 132,3	3 859,3	12 034,2	12 015,4	977,5	67 824,2
1973	24 394,1	3 261,4	9 070,4	8 393,1	4 558,3	13 969,8	14 287,9	1 198,0	79 133,1
1974	27 333,8	3 397,0	9 916,2	9 293,9	4 998,9	15 384,1	15 975,3	1 267,8	87 567,1
1975	29 015,9	3 622,2	10 536,2	9 699,1	5 062,8	15 848,0	17 077,7	1 178,1	92 040,0
1976	30 776,5	3 652,3	11 353,2	10 595,1	5 549,9	17 832,0	18 886,1	1 254,7	99 899,7
1977	32 010,1	3 664,5	12 668,6	11 088,3	6 056,9	18 838,8	19 614,4	1 325,9	105 267,3
1978	33 672,7	3 891,3	12 038,3	10 552,7	6 398,9	18 638,3	18 962,8	1 446,8	105,601,8
1979	35 440,2	4 232,6	13 017,5	11 208,0	6 041,6	19 666,7	20 833,2	1 479,4	111 919,2
1980	39 672,3	4 956,2	14 705,8	12 289,1	6 745,8	22 008,9	22 984,6	1 716,4	125 079,1
1981	40 376,1	4 687,9	14 578,0	12 146,8	6 930,0	22 154,4	23 591,1	1 758,5	126 222,9
1982	40 942,2	4 784,5	15 266,2	12 613,1	6 960,9	22 348,2	23 924,2	1 789,1	128 628,3
1983	41 205,2	5 068,6	15 741,8	13 247,2	7 158,5	23 818,2	24 715,7	1 884,1	132 839,4
1984	42 296,2	5 065,3	16 278,7	13 858,6	7 552,9	24 911,4	25 553,5	1 989,0	137 505,5
1985	43 594,0	5 456,3	17 244,4	14 872,4	7 925,4	26 206,0	27 298,4	2 024,0	144 620,9
1986	45 510,5	5 690,1	17 721,2	15 863,4	7 966,9	27 723,4	28 078,9	2 099,3	150 653,8
1987	46 589,9	5 914,0	18 124,6	16 530,2	8 187,2	28 438,4	29 357,8	2 268,2	155 410,4
1988	49 213,0	6 220,0	19 255,0	17 525,0	8 417,0	28 760,0	30 820,0	2 469,0	162 679,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik

[2]) Ab 1975 Abweichung vom Öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.

[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970									
1971	13,9	20,7	13,8	14,0	15,8	16,5	15,5	13,3	15,0
1972	16,4	12,2	17,6	14,7	15,6	17,0	15,3	12,9	16,0
1973	14,0	18,3	18,5	17,7	18,1	16,1	18,9	22,6	16,7
1974	12,1	4,2	9,3	10,7	9,7	10,1	11,8	5,8	10,7
1975	6,2	6,6	6,3	4,4	1,3	3,0	6,9	–7,1	5,1
1976	6,1	0,8	7,8	9,2	9,6	12,5	10,6	6,5	8,5
1977	4,0	0,3	11,6	4,7	9,1	5,6	3,9	5,7	5,4
1978	5,2	6,2	–5,0	–4,8	5,6	–1,1	–3,3	9,1	0,3
1979	5,2	8,8	8,1	6,2	–5,6	5,5	9,9	2,3	6,0
1980	11,9	17,1	13,0	9,6	11,7	11,9	10,3	16,0	11,8
1981	1,8	–5,4	–0,9	–1,2	2,7	0,7	2,6	2,5	0,9
1982	1,4	2,1	4,7	3,8	0,4	0,9	1,4	1,7	1,9
1983	0,6	5,9	3,1	5,0	2,8	6,6	3,3	5,3	3,3
1984	2,6	–0,1	3,4	4,6	5,5	4,6	3,4	5,6	3,5
1985	3,1	7,7	5,9	7,3	4,9	5,2	6,8	1,8	5,2
1986	4,4	4,3	2,8	6,7	0,5	5,8	2,9	3,7	4,2
1987	2,4	3,9	2,3	4,2	2,8	2,6	4,6	8,0	3,2
1988	5,6	5,2	6,2	6,0	2,8	1,1	5,0	8,9	4,7

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik

[2]) Ab 1975 Abweichung vom Öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.

[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	41	41	39	44	43	40	39	45	41
1971	46	50	44	51	49	47	45	50	47
1972	54	56	52	58	57	55	52	57	54
1973	61	66	62	68	68	63	62	70	63
1974	69	69	67	76	74	70	70	74	70
1975	73	73	72	79	75	72	74	69	74
1976	78	74	77	86	82	81	82	73	80
1977	81	74	86	90	90	86	85	77	84
1978	85	79	82	86	95	85	83	84	84
1979	89	85	89	91	90	89	91	86	89
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	102	95	99	99	103	101	103	102	101
1982	103	97	104	103	103	102	104	104	103
1983	104	102	107	108	106	108	108	110	106
1984	107	102	111	113	112	113	111	116	110
1985	110	110	117	121	117	119	119	118	116
1986	115	115	121	129	118	126	122	122	120
1987	117	119	123	135	121	129	128	132	124
1988	124	125	131	143	125	131	134	144	130

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Ab 1975 Abweichung vom Öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

2. Wie hat sich der Anteil der nordrhein-westfälischen Gemeinden an den Gesamteinnahmen der Gemeinden aller Länder in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v.H., Zuwachs 1980 = 100)?

Anteil der bereinigten Einnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen an den Einnahmen der Flächenländer in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– in v. H. und Zuwachs 1980 = 100 –

Jahr	Nordrhein-Westfalen	
	v. H.	1980 = 100
1970	31,7	100
1971	31,4	99
1972	31,5	99
1973	30,8	97
1974	31,2	98
1975	31,5	99
1976	30,8	97
1977	30,4	96
1978	31,9	101
1979	31,7	100
1980	31,7	100
1981	32,0	101
1982	31,8	100
1983	31,0	98
1984	30,8	97
1985	30,1	95
1986	30,2	95
1987	30,0	95
1988	30,3	95

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Ab 1975 Abweichung vom Öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

3. Wie haben sich die Steuereinnahmen der Gemeinden (vor Finanzausgleich) Nordrhein-Westfalens, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., DM je Einwohner, Zuwachs 1980 = 100)?

Die Steuereinnahmen (netto) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	5 506,7	570,3	1 773,4	1 837,0	973,9	2 826,2	2 952,5	235,7	16 676,0
1971	6 256,4	748,4	2 125,8	2 047,2	1 113,3	3 299,9	3 424,9	250,8	19 266,0
1972	7 575,8	846,7	2 424,5	2 546,1	1 335,4	4 016,2	4 171,7	299,0	23 215,0
1973	8 679,4	1 024,3	2 907,6	3 042,8	1 576,4	4 747,8	5 030,6	362,7	27 371,0
1974	9 544,3	1 147,7	3 112,5	3 277,1	1 727,4	5 023,7	5 364,0	411,3	29 608,0
1975	9 713,5	1 183,1	3 336,1	3 327,7	1 726,4	5 130,5	5 454,4	415,5	30 287,0
1976	10 919,7	1 306,7	3 557,0	3 704,3	1 942,9	5 870,7	6 177,1	457,1	33 935,0
1977	12 121,1	1 433,4	4 246,1	4 113,2	2 209,5	6 634,9	6 800,0	571,7	38 130,0
1978	12 471,3	1 503,8	4 355,3	4 405,4	2 283,7	6 842,0	7 307,0	582,3	39 750,9
1979	12 786,1	1 540,3	4 623,7	4 436,9	2 389,8	7 183,0	7 652,3	566,0	41 178,1
1980	14 673,0	1 828,2	5 458,2	5 010,9	2 804,8	8 473,4	8 941,7	675,5	47 865,6
1981	13 761,2	1 758,0	5 137,5	4 815,1	2 677,6	8 434,6	8 803,9	686,5	46 074,3
1982	14 295,2	1 749,1	5 096,0	4 855,9	2 722,4	8 516,4	9 050,5	676,0	46 961,5
1983	15 375,6	1 813,2	5 256,5	5 337,4	2 764,5	8 876,6	9 283,9	711,5	49 419,2
1984	16 375,2	1 888,9	5 513,3	5 646,9	3 129,4	9 307,0	10 026,5	729,4	52 616,6
1985	17 216,4	1 948,1	5 992,3	6 153,2	3 340,1	10 010,2	10 949,6	749,6	56 359,6
1986	18 287,2	2 043,1	5 888,9	6 753,0	3 212,2	10 659,7	11 223,1	743,7	58 810,8
1987	18 400,3	2 077,2	6 091,9	6 781,6	3 327,2	11 004,9	11 384,6	810,0	59 877,9
1988	19 836,0	2 231,0	6 554,0	7 118,0	3 680,0	11 279,0	12 129,0	934,0	63 761,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Steuereinnahmen (netto) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970 [1] [2]

– Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970									
1971	13,6	31,2	19,9	11,4	14,3	16,8	16,0	6,4	15,5
1972	21,1	13,1	14,1	24,4	19,9	21,7	21,8	19,2	20,5
1973	14,6	21,0	19,9	19,5	18,0	18,2	20,6	21,3	17,9
1974	10,0	12,0	7,0	7,7	9,6	5,8	6,6	13,4	8,2
1975	1,8	3,1	7,2	1,5	–0,1	2,1	1,7	1,0	2,3
1976	12,4	10,4	6,6	11,3	12,5	14,4	13,2	10,0	12,0
1977	11,0	9,7	19,4	11,0	13,7	13,0	10,1	25,1	12,4
1978	2,9	4,9	2,6	7,1	3,4	3,1	7,5	1,9	4,3
1979	2,5	2,4	6,2	0,7	4,6	5,0	4,7	–2,8	3,6
1980	14,8	18,7	18,0	12,9	17,4	18,0	16,8	19,3	16,2
1981	–6,2	–3,8	–5,9	–3,9	–4,5	–0,5	–1,5	1,6	–3,7
1982	3,9	–0,5	–0,8	0,8	1,7	1,0	2,8	–1,5	1,9
1983	7,6	3,7	3,1	9,9	1,5	4,2	2,6	5,3	5,2
1984	6,5	4,2	4,9	5,8	13,2	4,8	8,0	2,5	6,5
1985	5,1	3,1	8,7	9,0	6,7	7,6	9,2	2,8	7,1
1986	6,2	4,9	–1,7	9,7	–3,8	6,5	2,5	–0,8	4,3
1987	0,6	1,7	3,4	0,4	3,6	3,2	1,4	8,9	1,8
1988	7,8	7,4	7,6	5,0	10,6	2,5	6,5	15,3	6,5

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Steuereinnahmen (netto) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	38	31	32	37	35	33	33	35	35
1971	43	41	39	41	40	39	38	37	40
1972	52	46	44	51	48	47	47	44	49
1973	59	56	53	61	56	56	56	54	57
1974	65	63	57	65	62	59	60	61	62
1975	66	65	61	66	62	61	61	62	63
1976	74	71	65	74	69	69	69	68	71
1977	83	78	78	82	79	78	76	85	80
1978	85	82	80	88	81	81	82	86	83
1979	87	84	85	89	85	85	86	84	86
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	94	96	94	96	95	100	98	102	96
1982	97	96	93	97	97	101	101	100	98
1983	105	99	96	107	99	105	104	105	103
1984	112	103	101	113	112	110	112	108	110
1985	117	107	110	123	119	118	122	111	118
1986	125	112	108	135	115	126	126	110	123
1987	125	114	112	135	119	130	127	120	125
1988	135	122	120	142	131	133	136	138	133

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Steuereinnahmen (netto) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– DM je Einwohner –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	325,4	228,5	250,2	341,0	267,0	317,4	281,4	210,4	297,5
1971	366,5	295,7	297,0	374,7	303,4	365,8	322,1	223,4	340,0
1972	441,5	331,4	336,8	461,9	362,3	440,5	388,5	266,7	406,6
1973	504,0	398,0	401,8	547,4	426,2	515,5	465,1	325,1	476,6
1974	554,1	444,4	428,6	587,3	467,4	543,8	494,5	371,1	514,6
1975	565,5	457,9	460,0	598,1	469,4	557,8	503,6	377,7	527,8
1976	638,9	505,8	492,0	668,6	531,4	642,8	572,0	418,2	594,0
1977	710,9	554,1	587,6	742,7	606,1	727,5	628,9	526,6	668,2
1978	733,2	580,8	602,8	794,5	628,4	749,6	675,9	540,8	697,1
1979	752,4	593,8	639,9	797,9	658,2	784,3	705,6	529,0	721,4
1980	861,1	701,8	753,3	896,8	770,8	917,5	820,6	632,5	835,1
1981	807,4	672,1	707,6	859,4	735,3	909,4	804,8	645,0	802,1
1982	840,4	667,7	701,8	866,2	748,1	917,6	825,7	637,5	817,6
1983	909,7	692,8	724,9	955,8	761,0	959,0	846,7	675,2	863,1
1984	976,1	722,3	762,6	1 017,7	862,6	1 006,9	914,3	693,6	922,2
1985	1 031,9	745,3	831,9	1 112,6	922,9	1 081,9	999,0	715,1	990,3
1986	1 097,3	782,0	818,6	1 220,9	889,7	1 146,8	1 020,9	712,8	1 032,7
1987	1 101,0	813,2	850,6	1 231,1	916,2	1 184,5	1 043,5	767,4	1 053,7
1988	1 181,4	871,7	914,2	1 284,6	1 011,0	1 203,2	1 103,7	886,9	1 116,3

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

4. Wie hat sich der Anteil der nordrhein-westfälischen Gemeinden an den Steuereinnahmen der Gemeinden aller Länder in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Anteil der Steuereinnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen der Flächenländer in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1] [2]

– in v. H. und Zuwachs 1980 = 100 –

Jahr	Nordrhein-Westfalen	
	v. H.	1980 = 100
1970	33,0	108
1971	32,5	106
1972	32,6	106
1973	31,7	103
1974	32,2	105
1975	32,1	105
1976	32,2	105
1977	31,8	104
1978	31,4	102
1979	31,1	101
1980	30,7	100
1981	29,9	97
1982	30,4	99
1983	31,1	101
1984	31,1	102
1985	30,5	100
1986	31,1	101
1987	30,7	100
1988	31,1	101

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

5. Wie hat sich der Anteil der laufenden Zuweisungen an die Gemeinden (GV) an den Gesamtausgaben Nordrhein-Westfalens und in den Flächenländern (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil der laufenden Zuweisungen an Gemeinden (GV) an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen in den einzelnen Jahren seit 1970 bis 1988

Jahr	Nordrhein-Westfalen[1]	
	v. H.	1980 = 100
1970	15,7	88,2
1971	15,6	87,6
1972	15,5	87,1
1973	15,4	86,5
1974	15,9	89,3
1975	17,6	98,9
1976	16,4	92,1
1977	17,5	98,3
1978	17,3	97,2
1979	17,2	96,6
1980	17,8	100,0
1981	18,2	102,2
1982	17,5	98,3
1983	15,0	84,3
1984	15,4	86,5
1985	15,6	87,6
1986	15,9	89,3
1987	16,5	92,7
1988	17,0	95,5

[1]) Ein Vergleich der Länder untereinander ist wegen der länderweise unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen Staats- und Kommunalebene nicht möglich.

6. Wie haben sich die Zuweisungen für Investitionen und Darlehen an Gemeinden (GV) Nordrhein-Westfalens, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v.H., DM je Einwohner, Zuwachs 1980 = 100)?

Die Zuweisungen für Investitionen und Darlehen an Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

	Nordrhein-Westfalen[1]			
Jahr	Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr[2]) v.H.	1980 = 100[3])	DM je Einwohner
1970	2 038	.	46,6	120
1971	2 396	17,6	54,8	140
1972	2 556	6,7	58,5	149
1973	3 098	21,2	71,0	180
1974	3 499	12,9	80,1	203
1975	3 621	3,5	82,9	211
1976	3 539	– 2,3	81,0	207
1977	3 057	–13,6	70,0	179
1978	3 742	6,1	74,2	220
1979	4 257	13,8	84,5	251
1980	5 042	18,4	100,0	296
1981	4 876	– 3,3	96,7	286
1982	4 102	–15,9	81,3	241
1983	4 067	– 0,9	80,6	241
1984	3 538	–11,0	71,7	211
1985	3 771	6,6	76,5	226
1986	3 631	– 3,7	73,6	218
1987	3 640	0,3	73,9	218
1988	3 319	– 8,8	67,4	198

1) Ein Vergleich der Länder untereinander ist wegen der länderweise unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen Staats- und Kommunalebene nicht möglich.

2) Berechnet auf der Grundlage von jeweils methodisch vergleichbaren Vorjahresdaten.

3) Berechnet unter Verwendung der jährlichen Veränderungsraten gemäß Fußnote 2.

7. Wie haben sich die Gewerbesteuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen und in den Flächenländern (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v.H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Gewerbesteuereinnahmen (brutto) [2]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [3])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	3 892,4	343,8	1 123,9	1 253,9	619,9	1 800,7	1 730,8	153,7	10 919,2
1971	4 388,9	396,1	1 277,4	1 418,9	700,1	2 255,8	2 082,5	158,2	12 677,8
1972	5 277,0	451,1	1 513,8	1 757,9	870,4	2 749,0	2 599,6	186,6	15 405,5
1973	6 061,4	551,3	1 862,2	2 111,0	1 032,1	3 343,6	3 180,4	226,9	18 368,9
1974	6 469,4	635,2	1 935,6	2 214,4	1 111,0	3 405,3	3 286,3	257,7	19 314,8
1975	6 232,6	612,2	1 851,8	2 155,3	1 009,5	3 335,7	3 092,7	228,4	18 518,6
1976	7 037,3	643,6	1 977,3	2 317,3	1 126,1	3 740,6	3 541,9	244,3	20 628,5
1977	7 805,8	725,0	2 481,6	2 618,3	1 348,4	4 357,5	3 914,4	337,4	23 588,2
1978	7 974,3	736,5	2 546,5	2 849,8	1 346,5	4 517,5	4 269,3	337,0	24 577,3
1979	8 167,6	833,5	2 707,3	2 831,6	1 433,4	4 704,4	4 545,9	298,4	25 521,9
1980	8 153,6	837,8	2 892,4	2 782,8	1 477,2	4 833,9	4 795,4	353,2	26 126,1
1981	6 966,0	772,6	2 575,0	2 561,9	1 333,8	4 682,5	4 514,8	334,7	23 741,4
1982	7 255,2	746,0	2 465,6	2 518,5	1 301,9	4 668,6	4 539,5	311,4	23 806,6
1983	7 458,7	727,1	2 317,2	2 738,3	1 193,6	4 691,9	4 464,4	312,0	23 903,1
1984	7 964,1	761,8	2 533,5	2 908,8	1 504,6	4 935,0	5 057,0	312,1	25 976,9
1985	8 431,1	772,9	2 734,0	3 294,2	1 611,7	5 244,1	5 609,2	306,6	28 004,0
1986	9 075,7	774,6	2 582,6	3 649,4	1 435,5	5 745,2	5 705,9	288,1	29 257,2
1987	9 077,2	762,5	2 558,4	3 491,2	1 409,2	5 720,2	5 413,4	337,8	28 769,9
1988	10 327,0	884,0	2 925,0	3 780,0	1 706,0	5 772,0	5 943,0	412,0	31 748,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Einschl. Lohnsummensteuer
[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Gewerbesteuereinnahmen (brutto) [2] *der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970* [1] [3]

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970									
1971	12,8	15,2	13,6	13,2	12,9	25,3	20,3	2,9	16,1
1972	20,2	13,9	18,5	23,9	24,3	21,9	24,8	18,0	21,5
1973	14,9	22,2	23,0	20,1	18,6	21,6	22,3	21,6	19,2
1974	6,7	15,2	3,9	4,9	7,6	1,8	3,3	13,6	5,1
1975	– 3,7	– 3,6	– 4,3	– 2,7	– 9,1	– 2,0	– 5,9	–11,4	– 4,1
1976	12,9	5,1	6,8	7,5	11,6	12,1	14,5	7,0	11,4
1977	10,9	12,6	25,5	13,0	19,7	16,5	10,5	38,1	14,3
1978	2,2	1,6	2,6	8,8	– 0,1	3,7	9,1	– 0,1	4,2
1979	2,4	13,2	6,3	– 0,6	6,5	4,1	6,5	–11,5	3,8
1980	– 0,2	0,5	6,8	– 1,7	3,1	2,8	5,5	18,4	2,4
1981	–14,6	– 7,8	–11,0	– 7,9	– 9,7	– 3,1	– 5,9	– 5,2	– 9,1
1982	4,2	– 3,4	– 4,2	– 1,7	– 2,4	– 0,3	0,5	– 7,0	0,3
1983	2,8	– 2,5	– 6,0	8,7	– 8,3	0,5	– 1,7	0,2	0,4
1984	6,8	4,8	9,3	6,2	26,1	5,2	13,3	0,0	8,7
1985	5,9	1,5	7,9	13,2	7,1	6,3	10,9	– 1,8	7,8
1986	7,6	0,2	– 5,5	10,8	–10,9	9,6	1,7	– 6,0	4,5
1987	0,0	– 1,6	– 0,9	– 4,3	– 1,8	– 0,4	– 5,1	17,3	– 1,7
1988	13,8	15,9	14,3	8,3	21,1	0,9	9,8	22,0	10,4

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Einschl. Lohnsummensteuer
[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Gewerbesteuereinnahmen (brutto) [2]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [3])
– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	48	41	39	45	42	37	36	44	42
1971	54	47	44	51	47	47	43	45	49
1972	65	54	52	63	59	57	54	53	59
1973	74	66	64	76	70	69	66	64	70
1974	79	76	67	80	75	70	69	73	74
1975	76	73	64	77	68	69	64	65	71
1976	86	77	68	83	76	77	74	69	79
1977	96	87	86	94	91	90	82	96	90
1978	98	88	88	102	91	93	89	95	94
1979	100	99	94	102	97	97	95	84	98
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85	92	89	92	90	97	94	95	91
1982	89	89	85	91	88	97	95	88	91
1983	91	87	80	98	81	97	93	88	91
1984	98	91	88	105	102	102	105	88	99
1985	103	92	95	118	109	108	117	87	107
1986	111	92	89	131	97	119	119	82	112
1987	111	91	88	125	95	118	113	96	110
1988	127	106	101	136	115	119	124	117	122

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Einschl. Lohnsummensteuer
[3]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

8. Wie hat sich der Anteil der nordrhein-westfälischen Gemeinden an den Gewerbesteuereinnahmen aller Gemeinden im Bundesgebiet in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Anteil der Gewerbesteuereinnahmen (brutto) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen an den Gewerbesteuereinnahmen der Flächenländer in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– in v.H. und Zuwachs 1980 = 100 –

Jahr	Nordrhein-Westfalen	
	v.H.	1980 = 100
1970	35,6	114,22
1971	34,6	110,93
1972	34,3	109,76
1973	33,0	105,74
1974	33,5	107,32
1975	33,7	107,84
1976	34,1	109,31
1977	33,1	106,03
1978	32,4	103,96
1979	32,0	102,54
1980	31,2	100,00
1981	29,3	94,02
1982	30,5	97,65
1983	31,2	99,98
1984	30,7	98,24
1985	30,1	96,47
1986	31,0	99,40
1987	31,6	101,10
1988	32,5	104,23

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

9. Wie haben sich die gemeindlichen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Lohn-/Einkommensteuer in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	2 168,0	178,6	628,4	667,4	337,3	1 130,5	1 163,7	91,8	6 365,7
1971	2 502,5	325,7	838,1	776,5	422,1	1 338,3	1 392,8	103,8	7 699,8
1972	3 102,7	367,9	954,3	967,1	495,5	1 655,7	1 697,5	124,2	9 364,8
1973	3 697,6	462,3	1 152,0	1 171,7	611,9	1 980,1	2 048,6	157,2	11 281,4
1974	4 051,6	539,3	1 362,4	1 320,6	699,9	2 213,2	2 242,1	184,0	12 613,1
1975	4 198,9	562,9	1 467,6	1 325,1	700,7	2 238,5	2 257,3	194,9	12 945,8
1976	4 631,7	612,0	1 504,1	1 478,8	783,5	2 483,8	2 482,3	207,9	14 184,1
1977	5 160,2	697,0	1 856,7	1 666,3	902,7	2 829,5	2 953,1	226,5	16 291,9
1978	5 325,8	711,9	1 871,3	1 722,1	933,4	2 851,6	3 048,8	242,4	16 707,5
1979	5 463,9	721,0	2 000,8	1 748,2	975,4	3 111,3	3 236,9	252,5	17 509,9
1980	6 387,2	885,5	2 313,2	2 077,9	1 197,4	3 724,5	3 794,5	281,5	20 661,8
1981	6 462,7	870,9	2 292,5	2 131,3	1 186,4	3 783,9	3 839,5	296,4	20 863,8
1982	6 578,9	868,2	2 305,8	2 167,2	1 238,2	3 804,0	4 007,1	298,6	21 268,1
1983	6 659,4	923,0	2 363,0	2 264,4	1 222,4	3 880,1	4 115,2	309,8	21 737,3
1984	6 924,1	943,3	2 410,1	2 370,0	1 281,1	3 987,7	4 273,8	312,7	22 502,9
1985	7 385,2	979,2	2 647,3	2 536,5	1 378,4	4 389,8	4 659,6	335,3	24 311,3
1986	7 691,0	1 068,0	2 655,5	2 793,2	1 411,2	4 638,2	4 863,0	337,6	25 457,6
1987	8 165,2	1 092,3	2 852,6	2 903,0	1 522,7	4 966,7	5 219,1	352,9	27 074,5
1988	8 378,0	1 138,0	2 976,0	3 025,0	1 578,0	5 143,0	5 510,0	403,0	28 149,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	34	20	27	32	28	30	31	33	31
1971	39	37	36	37	35	36	37	37	37
1972	49	42	41	47	41	44	45	44	45
1973	58	52	50	56	51	53	54	56	55
1974	63	61	59	64	58	59	59	65	61
1975	66	64	63	64	59	60	59	69	63
1976	73	69	65	71	65	67	65	74	69
1977	81	79	80	80	75	76	78	80	79
1978	83	80	81	83	78	77	80	86	81
1979	86	81	86	84	81	84	85	90	85
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	101	98	99	103	99	102	101	105	101
1982	103	98	100	104	103	102	106	106	103
1983	104	104	102	109	102	104	108	110	105
1984	108	107	104	114	107	107	113	111	109
1985	116	111	114	122	115	118	123	119	118
1986	120	121	115	134	118	125	128	120	123
1987	128	123	123	140	127	133	138	125	131
1988	131	129	129	146	132	138	145	143	136

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2]

Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H.

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970									
1971	15,4	82,4	33,4	16,4	25,1	18,4	19,7	13,1	21,0
1972	24,0	12,9	13,9	24,5	17,4	23,7	21,9	19,7	21,6
1973	19,2	25,7	20,7	21,2	23,5	19,6	20,7	26,5	20,5
1974	9,6	16,7	18,3	12,7	14,4	11,8	9,4	17,0	11,8
1975	3,6	4,4	7,7	0,3	0,1	1,1	0,7	5,9	2,6
1976	10,3	8,7	2,5	11,6	11,8	11,0	10,0	6,7	9,6
1977	11,4	13,9	23,4	12,7	15,2	13,9	19,0	8,9	14,9
1978	3,2	2,1	0,8	3,3	3,4	0,8	3,2	7,0	2,6
1979	2,6	1,3	6,9	1,5	4,5	9,1	6,2	4,2	4,8
1980	16,9	22,8	15,6	18,9	22,8	19,7	17,2	11,5	18,0
1981	1,2	– 1,6	– 0,9	2,6	– 0,9	1,6	1,2	5,3	1,0
1982	1,8	– 0,3	0,6	1,7	4,4	0,5	4,4	0,7	1,9
1983	1,2	6,3	2,5	4,5	– 1,3	2,0	2,7	3,8	2,2
1984	4,0	2,2	2,0	4,7	4,8	2,8	3,9	0,9	3,5
1985	6,7	3,8	9,8	7,0	7,6	10,1	9,0	7,2	8,0
1986	4,1	9,1	0,3	10,1	2,4	5,7	4,4	0,7	4,7
1987	6,2	2,3	7,4	3,9	7,9	7,1	7,3	4,5	6,4
1988	2,6	4,2	4,3	4,2	3,6	3,5	5,6	14,2	4,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Die Einnahmen der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

d) *Entwicklung der Ausgaben von Ländern und Gemeinden*

1. Wie haben sich die Gesamtausgaben Nordrhein-Westfalens, der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v.H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– in Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	18 099	3 112	7 985	7 178	4 370	10 845	11 751	1 283	63 948	77 145
1971	20 939	3 676	9 077	7 965	5 285	12 762	13 254	1 502	73 530	88 752
1972	23 739	4 026	10 524	8 867	5 998	14 406	15 143	1 706	82 955	99 939
1973	27 651	4 613	12 635	10 202	6 835	16 491	17 327	1 980	96 030	115 052
1974	32 422	5 289	14 775	11 687	7 632	18 719	19 911	2 285	110 774	132 927
1975	35 087	5 869	15 897	12 534	8 317	20 238	22 319	2 546	120 762	145 113
1976	36 481	6 114	16 868	13 805	8 650	21 669	23 415	2 616	127 628	153 304
1977	37 936	6 442	17 872	13 488	9 144	23 425	24 550	2 773	133 287	160 512
1978	43 355	6 664	19 393	14 697	9 552	25 571	27 218	2 961	146 922	174 670
1979	46 926	7 366	20 952	15 901	10 236	27 972	30 054	3 255	160 377	189 489
1980	51 972	7 976	22 775	16 818	11 056	30 463	31 941	3 520	174 160	204 881
1981	54 136	8 138	23 129	16 896	11 641	30 264	32 976	3 523	178 244	210 577
1982	55 160	8 419	24 295	17 481	11 947	30 921	34 202	3 939	183 998	217 564
1983	54 565	8 892	24 421	17 774	12 178	31 745	34 770	4 028	186 315	221 127
1984	55 517	8 865	25 016	18 573	12 412	32 992	35 482	4 073	190 918	226 716
1985	56 515	9 314	26 266	19 571	12 965	33 673	37 350	4 710	197 787	235 138
1986	58 353	9 700	27 942	20 822	13 554	35 231	38 668	4 326	205 947	243 986
1987	60 088	10 270	28 049	21 714	14 067	37 136	39 830	4 530	212 818	252 300
1988	60 756	10 525	28 340	22 371	14 458	38 559	40 957	4 714	217 708	257 850
1989[2])	62 904	10 872	29 658	23 634	15 344	40 073	42 893	4 949	227 488	269 246

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Vorläufiges Ergebnis

Die bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H.[2]) –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	15,7	18,1	13,7	11,0	20,9	17,7	12,8	17,1	15,0	15,0
1972	13,4	9,5	15,9	11,3	13,5	12,9	14,3	12,6	12,8	12,6
1973	16,5	14,6	20,1	15,1	14,0	14,5	14,4	16,1	15,8	15,4
1974	17,3	17,2	16,9	14,6	11,7	13,5	14,9	15,4	15,5	15,6
1975	8,2	11,0	7,6	7,2	9,0	8,1	11,1	11,4	8,8	9,0
1976	4,0	4,2	6,1	10,1	4,0	7,1	4,9	2,7	5,7	5,6
1977	4,0	5,1	5,9	– 2,3	5,7	8,1	4,8	6,0	4,4	4,7
1978	9,7	5,5	8,5	9,0	6,5	9,2	11,0	6,8	9,2	8,6
1979	8,2	10,5	8,3	8,2	7,5	10,3	10,4	9,9	9,4	8,7
1980	10,8	8,9	8,8	5,8	8,0	8,9	6,3	8,2	8,6	8,6
1981	4,2	2,0	3,5	3,1	5,3	1,3	3,2	5,4	3,2	3,6
1982	1,9	3,5	5,0	3,5	2,6	2,2	3,7	11,8	3,2	3,3
1983	– 1,1	5,6	0,5	1,7	1,9	2,7	1,7	2,3	1,3	1,6
1984	1,7	– 0,3	2,4	4,5	1,9	3,9	2,0	1,1	2,5	2,5
1985	3,7	5,1	4,7	5,3	4,5	2,1	5,3	15,7	4,1	4,2
1986	3,3	4,1	6,4	6,4	4,5	4,6	3,5	– 8,2	4,1	3,8
1987	3,0	5,9	0,4	4,3	3,8	5,4	5,8	4,7	3,9	3,9
1988	1,1	2,5	0,9	3,1	2,8	3,8	2,8	4,1	2,3	2,3
1989	3,6	3,3	4,7	5,5	5,6	3,9	4,8	5,1	4,4	4,4

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

Die bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1])
– 1980 = 100 –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	36,2	37,3	35,0	42,6	38,6	35,3	37,1	36,8	37,0	37,5
1971	41,9	44,1	39,8	47,3	46,7	41,5	41,8	43,0	42,6	43,1
1972	47,5	48,2	46,1	52,7	53,0	46,9	47,8	48,5	48,0	48,5
1973	55,4	55,3	55,3	60,6	60,4	53,7	54,7	56,3	55,6	56,0
1974	65,0	64,8	64,7	69,5	67,5	60,9	62,9	64,9	64,2	64,7
1975	70,3	71,9	69,6	74,5	73,6	65,9	69,8	72,3	69,8	70,6
1976	73,1	74,9	73,9	82,0	76,5	70,5	73,3	74,3	73,8	74,5
1977	76,0	78,8	78,2	80,1	80,9	76,2	76,8	78,7	77,1	78,0
1978	83,4	83,1	84,9	87,4	86,1	83,3	85,2	84,1	84,2	84,7
1979	90,3	91,8	91,9	94,5	92,6	91,8	94,1	92,4	92,1	92,1
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	104,2	102,0	103,5	103,1	105,3	101,3	103,2	105,4	103,2	103,6
1982	106,2	105,6	108,7	106,7	108,0	103,5	107,0	117,8	106,5	107,0
1983	105,0	111,5	109,2	108,5	110,1	106,3	108,8	120,5	107,9	108,7
1984	106,8	111,1	111,8	113,4	112,2	110,5	111,0	121,9	110,6	111,4
1985	110,7	116,8	117,1	119,4	117,2	112,8	116,9	141,0	115,1	116,1
1986	114,4	121,6	124,6	127,1	122,5	118,0	121,0	129,4	119,8	120,5
1987	117,8	128,8	125,1	132,5	127,2	124,3	128,0	135,5	124,5	125,2
1988	119,1	132,0	126,2	136,6	130,7	129,1	131,6	141,1	127,4	128,1
1989	123,4	136,4	132,1	144,1	138,0	134,1	137,9	148,3	133,0	133,8

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

2. Wie haben sich die Gesamtausgaben der nordrhein-westfälischen Gemeinden, der Gemeinden der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Gemeinden der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren von 1970[1]) [2]) [3])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	17 844,0	2 201,9	6 264,5	5 883,3	3 443,8	9 893,6	10 101,7	853,7	56 486,5
1971	20 865,8	2 664,0	7 548,5	7 392,4	4 106,8	11 793,9	12 047,3	994,5	67 413,3
1972	23 218,5	2 946,4	8 426,8	8 215,4	4 500,3	13 020,2	13 272,0	1 123,0	74 722,6
1973	25 896,6	3 387,8	9 598,2	9 030,4	5 042,8	14 833,0	14 956,0	1 329,3	84 074,1
1974	29 905,8	3 556,6	10 936,6	10 377,2	5 663,7	16 977,2	16 974,3	1 467,9	95 859,4
1975	32 457,7	3 789,8	11 790,1	10 707,4	5 536,5	17 508,9	18 071,0	1 377,3	101 238,7
1976	33 011,7	3 683,2	12 215,6	11 215,0	5 707,3	17 663,1	18 885,7	1 453,2	103 834,9
1977	33 388,9	3 605,1	12 917,7	11 497,7	6 035,9	18 147,5	19 583,0	1 448,9	106 624,6
1978	35 157,9	3 876,3	12 241,9	10 775,9	6 443,7	18 420,6	18 565,9	1 563,6	107 045,8
1979	37 882,8	4 283,4	13 677,5	11 707,9	6 319,2	20 479,8	20 426,3	1 692,0	116 469,0
1980	42 453,1	4 833,1	15 314,2	12 881,0	7 013,4	23 043,0	22 760,1	1 903,1	130 201,0
1981	43 729,6	4 996,8	16 226,6	13 635,7	7 507,6	23 759,8	24 042,7	1 948,1	135 846,9
1982	42 855,8	4 941,8	16 248,3	13 643,0	7 419,9	24 076,4	24 724,0	1 984,3	135 893,6
1983	41 647,2	5 034,0	15 824,0	13 366,0	7 367,9	23 938,5	24 942,4	2 011,5	134 131,5
1984	42 264,2	5 093,2	16 091,0	13 849,5	7 504,7	24 677,9	24 861,0	2 027,2	136 368,8
1985	44 164,0	5 557,6	17 100,3	14 668,4	7 844,3	25 652,3	26 466,7	2 100,0	143 553,4
1986	46 635,2	5 852,6	18 182,9	15 699,9	8 176,7	27 057,6	28 362,8	2 208,0	152 175,7
1987	47 683,9	6 054,9	18 269,1	16 871,6	8 482,1	28 693,7	29 721,3	2 306,1	158 082,7
1988	49 214,0	6 178,0	18 926,0	17 766,0	8 367,0	29 030,0	30 497,0	2 353,0	162 331,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– Veränderungen zum Vorjahr in v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	16,9	21,0	20,5	25,7	19,3	19,2	19,3	16,5	19,3
1972	11,3	10,6	11,6	11,1	9,6	10,4	10,2	12,9	10,8
1973	11,5	15,0	13,9	9,9	12,1	13,9	12,7	18,4	12,5
1974	15,5	5,0	13,9	14,9	12,3	14,5	13,5	10,4	14,0
1975	8,5	6,6	7,8	3,2	– 2,2	3,1	6,5	– 6,2	5,6
1976	1,7	– 2,8	3,6	4,7	3,1	0,9	4,5	5,5	2,6
1977	1,1	– 2,1	5,7	2,5	5,8	2,7	3,7	– 0,3	2,7
1978	5,3	7,5	– 5,2	– 6,3	6,8	1,5	– 5,2	7,9	0,4
1979	7,8	10,5	11,7	8,6	–1,9	11,2	10,0	8,2	8,8
1980	12,1	12,8	12,0	10,0	11,0	12,5	11,4	12,5	11,8
1981	3,0	3,4	6,0	5,9	7,0	3,1	5,6	2,4	4,3
1982	– 2,0	– 1,1	0,1	0,1	– 1,2	1,3	2,8	1,9	0,0
1983	– 2,8	1,9	– 2,6	– 2,0	– 0,7	– 0,6	0,9	1,4	– 1,3
1984	1,5	1,2	1,7	3,6	1,9	3,1	– 0,3	0,8	1,7
1985	4,5	9,1	6,3	5,9	4,5	3,9	6,5	3,6	5,3
1986	5,6	5,3	6,3	7,0	4,2	5,5	7,2	5,1	6,0
1987	2,2	3,5	0,5	7,5	3,7	6,0	4,8	4,4	3,9
1988	3,2	2,0	3,6	5,3	– 1,4	1,2	2,6	2,0	2,7

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.

[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.

[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	42	46	41	46	49	43	44	45	43
1971	49	55	49	57	59	51	53	52	52
1972	55	61	55	64	64	57	58	59	57
1973	61	70	63	70	72	64	66	70	65
1974	70	74	71	81	81	74	75	77	74
1975	76	78	77	83	79	76	79	72	78
1976	78	76	80	87	81	77	83	76	80
1977	79	75	84	89	86	79	86	76	82
1978	83	80	80	84	92	80	82	82	82
1979	89	89	89	91	90	89	90	89	89
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	103	103	106	106	107	103	106	102	104
1982	101	102	106	106	106	104	109	104	104
1983	98	104	103	104	105	104	110	106	103
1984	100	105	105	108	107	107	109	107	105
1985	104	115	112	114	112	111	116	110	110
1986	110	121	119	122	117	117	125	116	117
1987	112	125	119	131	121	125	131	121	121
1988	116	128	124	138	119	126	134	124	125

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

3. Wie haben sich die Gesamtzahlungen (aus den Landeshaushalten) an die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und in den Flächenländern (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Zahlungen des Landes Nordrhein-Westfalen an Gemeinden (GV) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

Jahr	Nordrhein-Westfalen[1] Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr[2] v. H.	Veränderung 1980 = 100[3]
1970	4 885	–	34,9
1971	5 670	16,1	40,5
1972	6 224	9,8	44,5
1973	7 368	18,4	52,7
1974	8 654	17,5	61,9
1975	9 784	13,1	70,0
1976	9 513	– 2,8	68,1
1977	9 695	1,9	69,3
1978	11 263	13,2	78,5
1979	12 316	9,3	85,8
1980	14 314	16,6	100,0
1981	14 742	3,0	103,0
1982	13 777	– 6,5	96,3
1983	12 253	– 8,9	87,7
1984	12 075	0,4	88,1
1985	12 587	4,2	91,8
1986	12 909	2,6	94,2
1987	13 540	4,9	98,8
1988	13 643	0,8	99,6

[1]) Ein Vergleich der Länder untereinander ist wegen der länderweise unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen Staats- und Kommunalebene nicht möglich.

[2]) Berechnet auf der Grundlage von jeweils methodisch vergleichbaren Vorjahresdaten.

[3]) Berechnet unter Verwendung der jährlichen Veränderungsraten gemäß Fußnote 2.

Der Anteil der Verschuldung aus Kreditmarktmitteln an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	6,9	46,6	34,8	30,4	38,5	25,6	16,2	69,4	23,3	25,5
1971	7,2	46,0	38,0	36,2	39,8	26,4	19,4	61,1	25,1	27,6
1972	12,1	55,1	36,5	39,9	41,8	23,4	18,5	62,0	26,7	29,4
1973	9,8	54,7	32,2	39,5	42,5	22,2	16,1	58,0	24,9	28,0
1974	12,4	56,5	35,9	44,2	45,1	24,3	16,0	57,9	27,1	30,1
1975	27,5	68,4	47,0	53,7	53,9	34,5	23,9	67,5	38,4	40,9
1976	32,5	80,8	57,8	67,2	65,0	41,3	31,3	79,9	46,9	48,9
1977	34,5	86,1	63,9	75,8	67,8	43,5	32,5	83,0	50,2	51,8
1978	39,9	94,1	67,4	74,5	71,2	47,6	33,9	84,8	53,3	54,8
1979	47,9	92,7	71,7	72,7	74,4	50,5	35,4	90,2	56,9	57,9
1980	57,9	98,4	76,7	76,0	77,8	56,2	39,9	96,0	63,2	63,5
1981	76,7	109,7	85,9	85,7	87,9	67,0	46,9	111,8	75,6	74,4
1982	91,6	121,4	91,9	93,6	98,9	72,8	53,1	124,7	85,2	83,5
1983	108,8	128,2	100,9	99,5	108,3	77,6	58,7	145,8	95,1	92,6
1984	120,0	141,6	106,4	102,7	115,0	78,5	61,2	163,2	101,3	98,9
1985	130,6	144,0	107,3	104,5	118,8	81,3	60,8	156,5	105,5	102,7
1986	136,6	147,3	108,6	104,9	121,5	80,3	61,7	185,7	108,2	105,5
1987	144,3	153,6	119,6	108,1	128,5	80,2	62,4	196,3	113,3	110,2
1988	149,2	160,8	129,1	111,1	130,9	84,4	65,5	205,0	118,0	115,0

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten.

Der Anteil der Verschuldung aus Kreditmarktmitteln an den bereinigten Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1])
in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	7,0	51,1	36,2	34,1	40,1	26,6	16,4	71,5	24,2	26,5
1971	7,4	51,9	41,0	40,3	44,5	27,8	20,0	65,1	26,6	29,4
1972	12,0	59,2	36,6	41,0	44,4	23,3	18,0	63,5	26,9	29,9
1973	9,8	58,1	33,4	41,1	44,3	22,6	15,7	60,2	25,1	28,4
1974	13,3	62,2	39,8	48,3	49,3	25,6	16,4	64,7	29,0	32,3
1975	32,3	83,9	54,8	64,1	62,5	38,7	27,0	81,2	44,7	47,4
1976	35,7	95,8	66,0	80,5	73,6	44,6	33,9	91,9	52,3	54,4
1977	35,7	96,5	68,8	80,1	72,4	45,9	33,3	91,0	52,8	54,6
1978	44,5	101,5	74,1	78,4	76,2	51,0	35,5	91,8	57,7	58,9
1979	53,5	102,5	79,5	76,8	79,5	55,0	37,9	102,7	62,3	62,8
1980	68,5	111,4	85,8	83,2	86,5	62,7	43,0	111,2	71,3	71,3
1981	94,3	128,5	96,4	94,7	101,6	74,1	51,3	131,9	87,0	84,9
1982	109,3	141,1	102,4	103,9	113,0	78,4	58,2	167,4	96,8	94,1
1983	126,5	149,9	110,0	107,9	121,9	81,9	62,2	193,6	105,5	102,4
1984	137,1	159,9	115,1	110,6	126,6	82,8	63,1	201,7	110,5	107,4
1985	149,7	158,4	114,3	109,8	129,8	84,0	62,6	208,6	114,2	110,6
1986	153,3	162,2	121,0	113,3	134,8	82,3	63,1	216,5	116,9	113,6
1987	159,3	173,3	135,6	116,2	142,6	84,8	64,2	233,1	123,0	119,4
1988	162,1	177,6	138,8	117,4	139,9	89,6	67,6	247,9	126,3	122,8

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten.

e) *Entwicklung der Verschuldung von Ländern und Gemeinden*

1. Wie hat sich die Gesamtverschuldung in Nordrhein-Westfalen, in den einzelnen Ländern und den Ländern insgesamt, seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., i. v. H. der Ausgaben insgesamt, i. v. H. der Einnahmen insgesamt, Zuwachs 1980 = 100)?

Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	1 252	1 451	2 776	2 184	1 681	2 780	1 901	891	14 916	19 642
1971	1 501	1 691	3 452	2 887	2 106	3 372	2 565	917	18 491	24 469
1972	2 861	2 219	3 844	3 539	2 505	3 364	2 794	1 058	22 184	29 423
1973	2 720	2 522	4 071	4 033	2 908	3 669	2 795	1 148	23 866	32 177
1974	4 027	2 987	5 303	5 171	3 444	4 552	3 181	1 322	29 987	40 042
1975	9 638	4 012	7 473	6 735	4 487	6 973	5 333	1 719	46 370	59 397
1976	11 843	4 943	9 755	9 273	5 623	8 955	7 332	2 090	59 814	75 020
1977	13 087	5 547	11 418	10 218	6 198	10 190	7 976	2 301	66 935	83 209
1978	17 318	6 271	13 069	10 951	6 804	12 165	9 228	2 511	78 317	95 634
1979	22 485	6 830	15 033	11 562	7 612	14 117	10 650	2 937	91 226	109 755
1980	30 067	7 847	17 461	12 789	8 607	17 134	12 731	3 379	110 015	130 114
1981	41 497	8 925	19 865	14 478	10 227	20 272	15 480	3 937	134 681	156 769
1982	50 519	10 217	22 322	16 354	11 814	22 517	18 154	4 910	156 807	181 697
1983	59 385	11 400	24 632	17 690	13 188	24 623	20 399	5 873	177 190	204 728
1984[2])	66 597	12 549	26 613	19 076	14 276	25 906	21 709	6 646	193 372	224 194
1985[2])	73 815	13 413	28 177	20 456	15 402	27 380	22 727	7 371	208 741	241 477
1986[2])	79 726	14 286	30 341	21 832	16 472	28 282	23 853	8 032	222 824	257 400
1987[2])	86 722	15 771	33 549	23 481	18 082	29 790	24 867	8 894	241 156	278 047
1988[2])	90 631	16 920	36 585	24 858	18 925	32 526	26 836	9 666	256 947	296 410

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten
[2]) Kreditähnliche Rechtsgeschäfte ab 1984 nicht ausgegliedert

Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	19,9	16,5	24,4	32,2	25,3	21,3	34,9	2,9	24,0	24,6
1972	90,6	31,2	11,4	22,6	18,9	– 0,2	8,9	15,4	20,0	20,2
1973	– 4,9	13,7	5,9	14,0	16,1	9,1	0,0	8,5	7,6	9,4
1974	48,1	18,4	30,3	28,2	18,4	24,1	13,8	15,2	25,6	24,4
1975	139,3	34,3	40,9	30,2	30,3	53,2	67,7	30,0	54,6	48,3
1976	22,9	23,2	30,5	37,7	25,3	28,4	37,5	21,6	29,0	26,3
1977	10,5	12,2	17,0	10,2	10,2	13,8	8,8	10,1	11,9	10,9
1978	32,3	13,1	14,5	7,2	9,8	19,4	15,7	9,1	17,0	14,9
1979	29,8	8,9	15,0	5,6	11,9	16,0	15,4	17,0	16,5	14,8
1980	33,7	14,9	16,2	10,6	13,1	21,4	19,5	15,0	20,6	18,5
1981	38,0	13,7	13,8	13,2	18,8	18,3	21,6	16,5	22,4	20,5
1982	21,7	14,5	12,4	13,0	15,5	11,1	17,3	24,7	16,4	15,9
1983	17,5	11,6	10,3	8,2	11,6	9,4	12,4	19,6	13,0	12,7
1984	12,1	10,1	8,0	7,8	8,2	5,2	6,4	13,2	9,1	9,5
1985	10,8	6,9	5,9	7,2	7,9	5,7	4,7	10,9	7,9	7,7
1986	8,0	6,5	7,7	6,7	6,9	3,3	5,0	9,0	6,7	6,6
1987	8,8	10,4	10,6	7,6	9,8	5,3	4,3	10,7	8,2	8,0
1988	4,5	7,3	9,0	5,9	4,7	9,2	7,9	8,7	6,5	6,6

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten

Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	4	18	16	17	20	16	15	26	14	15
1971	5	22	20	23	24	20	20	27	17	19
1972	10	28	22	28	29	20	22	31	20	23
1973	9	32	23	32	34	21	22	34	22	25
1974	13	38	30	40	40	27	25	39	27	31
1975	32	51	43	53	52	41	42	51	42	46
1976	39	63	56	73	65	52	58	62	54	58
1977	44	71	65	80	72	59	63	68	61	64
1978	58	80	75	86	79	71	72	74	71	74
1979	75	87	86	90	88	82	84	87	83	84
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	138	114	114	113	119	118	122	117	122	120
1982	168	130	128	128	137	131	143	145	143	140
1983	198	145	141	138	153	144	160	174	161	157
1984	221	160	152	149	166	151	171	197	176	172
1985	246	171	161	160	179	160	179	218	190	186
1986	265	182	174	171	191	165	187	238	203	198
1987	288	201	192	184	210	174	195	263	219	214
1988	301	216	210	194	220	190	211	286	234	228

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten

2. Wie hat sich die Verschuldung je Einwohner in Nordrhein-Westfalen, in den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Zuwachs 1980 = 100)?

Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– DM je Einwohner –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer	Länder insgesamt
1970	74	581	392	405	461	312	181	795	266	324
1971	88	668	482	528	574	374	241	817	326	399
1972	167	869	534	642	680	369	260	944	389	477
1973	158	980	563	726	786	398	258	1 029	416	519
1974	234	1 157	730	927	932	493	293	1 193	521	645
1975	561	1 553	1 031	1 211	1 220	758	492	1 562	808	961
1976	693	1 914	1 349	1 674	1 538	980	679	1 912	1 047	1 220
1977	768	2 144	1 580	1 845	1 700	1 117	738	2 120	1 173	1 355
1978	1 018	2 422	1 809	1 975	1 872	1 333	854	2 332	1 374	1 560
1979	1 323	2 633	2 081	2 079	2 096	1 541	982	2 745	1 598	1 789
1980	1 764	3 012	2 410	2 289	2 365	1 855	1 168	3 164	1 919	2 114
1981	2 435	3 412	2 736	2 584	2 809	2 186	1 415	3 699	2 345	2 542
1982	2 970	3 901	3 074	2 917	3 246	2 426	1 656	4 630	2 730	2 948
1983	3 514	4 356	3 397	3 168	3 630	2 660	1 861	5 574	3 094	3 333
1984	3 970	4 799	3 681	3 438	3 935	2 803	1 980	6 320	3 389	3 664
1985	4 424	5 132	3 912	3 699	4 256	2 959	2 073	7 031	3 668	3 958
1986	4 784	5 468	4 217	3 947	4 562	3 043	2 170	7 698	3 913	4 216
1987	5 189	6 174	4 684	4 263	4 979	3 206	2 279	8 426	4 244	4 551
1988	5 398	6 611	5 103	4 486	5 199	3 470	2 442	9 179	4 499	4 826

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten

Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln in DM je Einwohner des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	4	19	16	18	19	17	16	25	14	15
1971	5	22	20	23	24	20	21	26	17	19
1972	9	29	22	28	29	20	22	30	20	23
1973	9	33	23	32	33	21	22	33	22	25
1974	13	38	30	40	39	27	25	38	27	31
1975	32	52	43	53	52	41	42	49	42	45
1976	39	64	56	73	65	53	58	60	55	58
1977	44	71	66	81	72	60	63	67	61	64
1978	58	80	75	86	79	72	73	74	72	74
1979	75	87	86	91	89	83	84	87	83	85
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	138	113	114	113	119	118	121	117	122	120
1982	168	129	128	127	137	131	142	146	142	139
1983	199	145	141	138	153	143	159	176	161	158
1984	225	159	153	150	166	151	169	200	177	173
1985	251	170	162	162	180	160	177	222	191	187
1986	271	182	175	172	193	164	186	243	204	199
1987	294	205	194	186	210	173	195	266	221	215
1988	306	219	212	196	220	187	209	290	234	228

[1]) Einschließlich Kommunalschulden der Stadtstaaten

3. Wie haben sich die Nettokreditaufnahme und Kreditfinanzierungsquoten in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Nettokreditaufnahme[1]) des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt[1]) in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[2]) [3])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer	Länder insgesamt
1970	– 54	207	325	472	220	146	36	35	1 386	1 994
1971	371	234	547	691	418	561	632	53	3 507	4 673
1972	178	495	369	534	397	– 46	209	107	2 240	3 463
1973	– 189	290	285	439	429	258	– 29	90	1 573	2 586
1974	1 608	439	1 319	1 018	488	824	393	194	6 282	7 713
1975	4 417	993	2 106	1 510	946	2 345	2 119	377	14 813	16 964
1976	2 909	1 021	2 102	2 478	1 209	1 683	1 965	331	13 697	15 787
1977	1 237	708	1 632	874	824	1 219	609	250	7 353	8 360
1978	4 503	503	1 617	854	625	1 853	1 217	241	11 412	12 426
1979	4 633	670	1 929	719	663	1 881	1 385	418	12 298	13 358
1980	8 069	929	2 392	1 335	1 195	2 893	2 043	487	19 342	21 156
1981	10 122	1 188	2 367	1 498	1 433	2 899	2 711	535	22 752	24 581
1982	8 925	1 186	2 417	1 725	1 407	2 188	2 634	1 008	21 493	24 033
1983	7 629	1 296	2 269	1 390	1 364	1 737	2 205	995	18 885	21 642
1984	6 947	1 014	2 100	1 463	1 083	1 622	1 268	804	16 300	19 388
1985	7 215	947	1 855	1 110	1 041	1 040	975	1 161	15 343	17 187
1986	6 334	908	2 094	1 401	1 328	849	1 081	612	14 608	16 753
1987	5 623	1 073	3 302	1 496	1 365	1 351	1 437	702	16 349	18 750
1988	5 138	1 094	2 517	1 220	921	2 602	1 480	817	15 789	17 715
1989[4])	619	968	494	666	219	1 513	– 455	435	4 458	6 168

[1]) Nettoschuldentilgung (–)
[2]) Nach Kassenstatistik
[3]) Die Berechnung der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr und der Indexreihe (1980 = 100) ist methodisch nicht immer sinnvoll und wird deshalb nicht durchgeführt
[4]) Vorläufiges Ergebnis

Der Anteil der Nettokreditaufnahme an den bereinigten Ausgaben (Kreditfinanzierungsquote) des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1989[1]) [2])

– v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	– 0,3	6,7	4,1	6,6	5,0	1,3	0,3	2,7	2,2	2,6
1971	1,8	6,4	6,0	8,7	7,9	4,4	4,8	3,5	4,8	5,3
1972	0,7	12,3	3,5	6,0	6,6	– 0,3	1,4	6,3	2,7	3,5
1973	– 0,7	6,3	2,3	4,3	6,3	1,6	– 0,2	4,5	1,6	2,2
1974	5,0	8,3	8,9	8,7	6,4	4,4	2,0	8,5	5,7	5,8
1975	12,6	16,9	13,2	12,0	11,4	11,6	9,5	14,8	12,3	11,7
1976	8,0	16,7	12,5	18,0	14,0	7,8	8,4	12,7	10,7	10,3
1977	3,3	11,0	9,1	6,5	9,0	5,2	2,5	9,0	5,5	5,2
1978	10,4	7,5	8,3	5,8	6,5	7,2	4,5	8,1	7,8	7,1
1979	9,9	9,1	9,2	4,5	6,5	6,7	4,6	12,8	7,7	7,0
1980	15,5	11,6	10,5	7,9	10,8	9,5	6,4	13,8	11,1	10,3
1981	18,7	14,6	10,2	8,9	12,3	9,6	8,2	15,2	12,8	11,7
1982	16,2	14,1	9,9	9,9	11,8	7,1	7,7	25,6	11,7	11,0
1983	14,0	14,6	9,3	7,8	11,2	5,5	6,3	24,7	10,1	9,8
1984	12,5	11,4	8,4	7,9	8,7	4,9	3,6	19,7	8,5	8,6
1985	12,8	10,2	7,1	5,7	8,0	3,1	2,6	24,6	7,8	7,3
1986	10,9	9,4	7,5	6,7	9,8	2,4	2,8	14,1	7,1	6,9
1987	9,4	10,4	11,8	6,9	9,7	3,6	3,6	15,5	7,7	7,4
1988	8,5	10,4	8,9	5,5	6,4	6,7	3,6	17,3	7,3	6,9
1989[3])	1,0	8,9	1,7	2,8	1,4	3,8	– 1,1	8,8	2,0	2,3

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Die Berechnung der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr und der Indexreihe (1980 = 100) ist methodisch nicht immer sinnvoll und wird deshalb nicht durchgeführt
[3]) Vorläufiges Ergebnis

4. Wie haben sich die Zinsausgaben in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Zinsausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	178	100	221	159	118	245	178	62	1 261	1 674
1971	184	129	275	231	145	278	203	67	1 512	2 000
1972	218	147	301	262	180	323	230	77	1 737	2 317
1973	261	197	338	320	211	337	252	81	1 996	2 703
1974	286	229	425	384	255	425	273	99	2 376	3 199
1975	392	268	523	443	312	568	355	119	2 979	3 963
1976	802	342	684	544	366	747	495	147	4 128	5 329
1977	1 040	422	869	661	456	891	630	171	5 140	6 512
1978	1 122	441	942	753	493	947	710	187	5 593	6 995
1979	1 620	481	1 054	783	534	1 065	760	196	6 492	7 932
1980	1 982	534	1 191	846	595	1 153	891	225	7 416	8 944
1981	2 597	645	1 419	991	707	1 415	1 081	272	9 140	10 876
1982	3 747	784	1 684	1 281	893	1 744	1 323	340	11 795	13 835
1983	4 673	883	1 870	1 390	1 025	2 008	1 574	426	13 846	16 078
1984	5 165	917	2 051	1 382	1 138	2 148	1 775	493	15 069	17 509
1985	5 442	1 028	2 186	1 456	1 235	2 175	1 858	553	15 932	18 566
1986	6 075	1 050	2 260	1 543	1 280	2 233	1 916	591	16 947	19 612
1987	6 180	1 068	2 285	1 529	1 322	2 149	1 955	619	17 108	19 817
1988	6 396	1 117	2 489	1 566	1 364	2 186	1 938	655	17 710	20 471

[1]) Nach Kassenstatistik

Die Zinsausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	3,4	29,0	24,4	45,3	22,9	13,5	14,0	8,1	19,9	19,5
1972	18,5	14,0	9,5	13,4	24,1	16,2	13,3	14,9	14,9	15,9
1973	19,7	34,0	12,3	22,1	17,2	4,3	9,6	5,2	14,9	16,7
1974	9,6	16,2	25,7	20,0	20,9	26,1	8,3	22,2	19,0	18,3
1975	37,1	17,0	23,1	15,4	22,4	33,6	30,0	20,2	25,4	23,9
1976	104,6	27,6	30,8	22,8	17,3	31,5	39,4	23,5	38,6	34,5
1977	29,7	23,4	27,0	21,5	24,6	19,3	27,3	16,3	24,5	22,2
1978	7,9	4,5	8,4	13,9	8,1	6,3	12,7	9,4	8,8	7,4
1979	14,9	9,1	11,9	4,0	8,3	12,5	7,0	4,8	10,4	8,9
1980	22,3	11,0	13,0	8,0	11,4	8,3	17,2	14,8	14,2	12,8
1981	31,0	20,8	19,1	17,2	18,9	22,7	21,3	21,0	23,2	21,6
1982	44,3	21,5	18,6	29,3	26,3	23,3	22,4	25,0	29,0	27,2
1983	24,7	12,5	11,1	8,4	14,8	15,1	19,0	25,2	17,4	16,2
1984	10,5	3,9	9,7	– 0,6	11,1	7,0	12,8	15,8	8,8	8,9
1985	8,7	12,1	6,6	5,4	8,5	1,2	4,7	12,1	6,9	7,0
1986	11,6	2,2	3,4	6,0	3,6	2,6	3,1	6,8	6,4	5,6
1987	1,7	1,8	1,1	– 0,9	3,3	– 3,7	2,1	4,8	1,0	1,0
1988	3,5	4,6	8,9	2,4	3,1	1,7	– 0,8	5,8	3,5	3,3

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

Die Zinsausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– 1980 = 100 –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer	Länder insgesamt
1970	11,3	18,7	18,6	18,8	19,8	21,2	20,0	27,6	17,9	19,5
1971	11,7	24,2	23,1	27,3	24,4	24,1	22,8	29,8	21,4	23,3
1972	13,8	27,5	25,3	31,0	30,2	28,0	25,8	34,2	24,6	27,0
1973	16,5	36,9	28,4	37,8	35,5	29,2	28,3	36,0	28,3	31,5
1974	18,1	42,9	35,7	45,4	42,9	36,8	30,7	44,0	33,7	37,2
1975	24,9	50,2	43,9	52,4	52,5	49,2	39,9	52,9	42,2	46,1
1976	50,9	64,0	57,4	64,3	61,5	64,7	55,6	65,3	58,6	62,0
1977	66,0	79,0	73,0	78,2	76,7	77,2	70,8	76,0	72,9	75,8
1978	71,2	82,6	79,1	89,0	82,9	82,1	79,7	83,1	79,3	81,4
1979	81,8	90,1	88,5	92,6	89,8	92,3	85,3	87,1	87,6	88,7
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	131,0	120,8	119,1	117,2	118,9	122,7	121,3	121,0	123,2	121,6
1982	189,0	146,8	141,3	151,5	150,2	151,3	148,5	151,3	158,9	154,7
1983	235,7	165,1	156,9	164,3	172,4	174,1	176,7	189,4	186,6	179,7
1984	260,5	171,6	172,2	163,3	191,5	186,3	199,3	219,3	203,0	195,7
1985	283,1	192,3	183,5	172,1	207,8	188,6	208,7	245,8	217,0	209,4
1986	316,0	196,5	189,8	182,4	215,3	193,5	215,1	262,5	230,9	221,2
1987	321,4	200,1	191,8	180,8	222,4	186,3	219,6	275,1	233,2	223,4
1988	332,6	209,3	208,9	185,1	229,3	189,5	217,9	291,1	241,4	230,7

[1]) Nach Kassenstatistik
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten

5. Wie hat sich der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	1,0	3,2	2,8	2,2	2,7	2,3	1,5	4,8	2,0	2,2
1971	0,9	3,5	3,0	2,9	2,7	2,2	1,5	4,5	2,1	2,3
1972	0,9	3,7	2,9	3,0	3,0	2,2	1,5	4,5	2,1	2,3
1973	0,9	4,3	2,7	3,1	3,1	2,0	1,5	4,1	2,1	2,3
1974	0,9	4,3	2,9	3,3	3,3	2,3	1,4	4,3	2,1	2,4
1975	1,1	4,6	3,3	3,5	3,8	2,8	1,6	4,7	2,5	2,7
1976	2,2	5,6	4,1	3,9	4,2	3,4	2,1	5,6	3,2	3,5
1977	2,7	6,6	4,9	4,9	5,0	3,8	2,6	6,2	3,9	4,1
1978	2,6	6,6	4,9	5,1	5,2	3,7	2,6	6,3	3,8	4,0
1979	3,5	6,5	5,0	4,9	5,2	3,8	2,5	6,0	4,0	4,2
1980	3,8	6,7	5,2	5,0	5,4	3,8	2,8	6,4	4,3	4,4
1981	4,8	7,9	6,1	5,9	6,1	4,7	3,3	7,7	5,1	5,2
1982	6,8	9,3	6,9	7,3	7,5	5,6	3,9	8,6	6,4	6,4
1983	8,6	9,9	7,7	7,8	8,4	6,3	4,5	10,6	7,4	7,3
1984	9,3	10,3	8,2	7,4	9,2	6,5	5,0	12,1	7,9	7,7
1985	9,6	11,0	8,3	7,4	9,5	6,5	5,0	11,7	8,1	7,9
1986	10,4	10,8	8,1	7,4	9,4	6,3	5,0	13,7	8,2	8,0
1987	10,3	10,4	8,1	7,0	9,4	5,8	4,9	13,7	8,0	7,9
1988	10,5	10,6	8,8	7,0	9,4	5,7	4,7	13,9	8,1	7,9

[1]) Nach Kassenstatistik

Der Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer	Länder insgesamt
1970	25,8	48,0	52,9	44,0	50,2	59,7	54,3	75,6	46,3	49,7
1971	23,0	52,4	57,9	57,7	51,0	57,6	54,9	69,8	48,3	51,6
1972	24,1	54,5	54,7	58,7	55,8	59,2	54,4	70,6	49,2	53,1
1973	24,8	63,8	51,2	62,4	57,4	54,0	52,1	64,0	48,8	53,8
1974	23,1	64,7	55,0	65,3	62,1	60,0	49,2	67,8	50,4	55,1
1975	29,3	68,2	62,9	70,3	69,7	74,2	57,0	73,1	57,9	62,6
1976	57,6	83,5	77,5	78,3	78,6	91,1	75,8	87,9	76,0	79,6
1977	71,9	97,8	93,0	97,4	92,7	100,5	92,0	96,5	90,6	92,9
1978	67,9	98,8	92,9	101,9	95,9	97,8	93,5	98,8	89,4	91,7
1979	90,5	97,5	96,2	97,9	96,9	100,6	90,7	94,2	95,1	95,9
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	125,8	118,4	117,3	116,6	112,9	123,5	117,5	120,8	120,4	118,3
1982	178,1	139,1	132,5	145,7	138,9	149,0	138,7	135,0	150,5	145,7
1983	224,6	148,3	146,4	155,5	156,4	167,1	162,3	165,5	174,5	166,6
1984	244,0	154,5	156,8	147,9	170,4	172,0	179,3	189,4	185,4	176,9
1985	252,5	164,9	159,1	147,9	177,0	170,7	178,3	183,7	189,2	180,9
1986	273,0	161,7	154,7	147,3	175,5	167,5	177,6	213,7	193,2	184,1
1987	269,7	155,3	155,8	140,0	174,6	152,9	176,0	213,8	188,8	179,9
1988	276,0	158,5	167,9	139,2	175,3	149,8	169,6	217,4	191,0	181,9

[1]) Nach Kassenstatistik

6. Wie hat sich die Gesamtverschuldung je Einwohner in den nordrhein-westfälischen Gemeinden, in den Gemeinden der Flächenländer (einzeln und zusammen) und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Gesamtverschuldung[4]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– DM je Einwohner –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	660,1	558,1	713,0	950,3	955,3	617,9	729,4	633,2	715,1
1971	791,9	652,2	816,1	1 157,7	1 080,9	723,2	844,2	725,2	840,3
1972	939,9	753,3	964,1	1 352,2	1 243,3	822,4	949,5	855,0	975,6
1973	1 024,3	856,9	1 086,9	1 528,7	1 379,7	941,6	1 068,9	1 018,3	1 091,4
1974	1 088,9	670,1	1 121,6	1 328,9	1 365,2	865,9	963,7	1 011,8	1 054,4
1975	1 239,5	714,2	1 289,5	1 441,2	1 474,1	998,0	1 056,4	1 086,3	1 180,5
1976	1 376,0	747,5	1 433,4	1 536,5	1 530,5	1 070,0	1 115,9	1 238,0	1 279,6
1977	1 459,7	749,8	1 498,5	1 603,3	1 541,0	1 068,6	1 141,2	1 349,5	1 326,6
1978	1 533,1	767,1	1 509,1	1 625,4	1 495,5	1 053,8	1 093,7	1 419,7	1 339,7
1979	1 648,8	770,3	1 581,6	1 674,3	1 548,0	1 103,3	1 088,5	1 544,1	1 400,5
1980	1 792,4	760,5	1 666,8	1 743,6	1 596,4	1 159,1	1 094,4	1 676,9	1 475,5
1981	1 911,6	790,0	1 807,0	1 885,6	1 702,6	1 274,9	1 109,4	1 741,7	1 572,8
1982	2 028,3	826,3	1 948,6	2 125,1	1 803,3	1 391,8	1 158,8	1 850,4	1 686,5
1983	2 090,1	833,8	1 986,9	2 211,3	1 860,5	1 444,9	1 188,4	1 963,5	1 737,6
1984	2 146,0	846,1	1 974,2	2 276,1	1 889,8	1 456,5	1 196,7	2 074,2	1 765,6
1985	2 197,0	864,4	1 989,9	2 299,1	1 944,9	1 466,2	1 176,3	2 139,4	1 787,0
1986	2 251,1	917,8	2 034,9	2 342,8	1 967,6	1 441,7	1 191,9	2 202,4	1 816,1
1987	2 323,7	969,7	2 085,0	2 442,5	1 977,1	1 436,4	1 260,7	2 309,8	1 872,7
1988	2 363,5	1 049,5	2 095,4	2 479,6	1 864,2	1 434,7	1 298,7	2 322,7	1 892,4

[1]) Daten aus: Schulden der öffentlichen Haushalte.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.
[3]) Die Verschuldung der Stadtstaaten wird den Ländern zugerechnet.
[4]) Aus Kreditmarktmitteln.

Die Gesamtverschuldung[4]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– Veränderungen DM je Einwohner zum Vorjahr in v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	20,0	16,9	14,5	21,8	13,2	17,1	15,7	14,5	17,5
1972	18,7	15,5	18,1	16,8	15,0	13,7	12,5	17,9	16,1
1973	9,0	13,8	12,7	13,1	11,0	14,5	12,6	19,1	11,9
1974	6,3	– 21,8	3,2	– 13,1	– 1,0	– 8,0	– 9,8	– 0,6	– 3,4
1975	13,8	6,6	15,0	8,4	8,0	15,3	9,6	7,4	12,0
1976	11,0	4,7	11,2	6,4	3,8	7,2	5,6	14,0	8,4
1977	6,1	0,3	4,5	4,4	0,7	– 0,1	2,3	9,0	3,7
1978	5,0	2,3	0,7	1,4	– 2,9	– 1,4	– 4,2	5,2	1,0
1979	7,6	0,4	4,8	3,0	3,5	4,7	– 0,5	8,8	4,5
1980	8,7	– 1,3	5,4	4,1	3,1	5,1	0,5	8,6	5,4
1981	6,7	3,9	8,4	8,1	6,7	10,0	1,4	3,9	6,6
1982	6,1	4,6	7,8	12,7	5,9	9,2	4,4	6,2	7,2
1983	3,0	0,9	2,0	4,1	3,2	3,8	2,6	6,1	3,0
1984	2,7	1,5	– 0,6	2,9	1,6	0,8	0,7	5,6	1,6
1985	2,4	2,2	0,8	1,0	2,9	0,7	– 1,7	3,1	1,2
1986	2,5	6,2	2,3	1,9	1,2	– 1,7	1,3	2,9	1,6
1987	3,2	5,6	2,5	4,3	0,5	– 0,4	5,8	4,9	3,1
1988	1,7	8,2	0,5	1,5	– 5,7	– 0,1	3,0	0,6	1,1

[1]) Daten aus: Schulden der öffentlichen Haushalte.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.
[3]) Die Verschuldung der Stadtstaaten wird den Ländern zugerechnet.
[4]) Aus Kreditmarktmitteln.

Die Gesamtverschuldung[4]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in DM je Einwohner in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	37	73	43	55	60	53	67	38	48
1971	44	86	49	66	68	62	77	43	57
1972	52	99	58	78	78	71	87	51	66
1973	57	113	65	88	86	81	98	61	74
1974	61	88	67	76	86	75	88	60	71
1975	69	94	77	83	92	86	97	65	80
1976	77	98	86	88	96	92	102	74	87
1977	81	99	90	92	97	92	104	80	90
1978	86	101	91	93	94	91	100	85	91
1979	92	101	95	96	97	95	99	92	95
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107	104	108	108	107	110	101	104	107
1982	113	109	117	122	113	120	106	110	114
1983	117	110	119	127	117	125	109	117	118
1984	120	111	118	131	118	126	109	124	120
1985	123	114	119	132	122	126	107	128	121
1986	126	121	122	134	123	124	109	131	123
1987	130	128	125	140	124	124	115	138	127
1988	132	138	126	142	117	124	119	139	128

[1]) Daten aus: Schulden der öffentlichen Haushalte.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.
[3]) Die Verschuldung der Stadtstaaten wird den Ländern zugerechnet.
[4]) Aus Kreditmarktmitteln.

7. Wie haben sich die Nettokreditaufnahme und die Kreditfinanzierungsquoten in den nordrhein-westfälischen Gemeinden, in den Gemeinden der Flächenländer (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Nettokreditaufnahme[4]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3]) [5])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	889,0	143,1	413,2	329,5	503,3	452,8	636,1	85,4	3 452,3
1971	2 349,4	241,5	939,2	1 117,4	675,5	1 012,3	1 296,6	101,4	7 733,4
1972	2 411,3	275,0	1 064,8	1 050,3	636,3	1 082,6	1 313,1	152,1	7 985,6
1973	2 051,0	243,2	813,7	942,3	556,6	1 007,2	1 165,9	181,8	6 961,7
1974	1 783,4	102,1	660,6	866,3	482,3	959,1	711,1	104,4	5 669,1
1975	2 292,1	93,5	1 199,1	637,9	348,3	1 119,8	927,3	138,7	6 756,9
1976	2 125,4	73,7	847,6	488,2	253,4	509,7	586,2	145,8	5 029,7
1977	1 234,5	17,1	459,0	372,3	132,4	30,9	235,1	89,5	2 570,7
1978	1 581,3	61,3	320,1	377,0	187,8	178,5	151,0	123,5	2 980,5
1979	2 013,4	48,5	506,3	442,3	290,7	505,1	– 41,1	170,6	3 936,0
1980	2 274,7	– 2,8	629,6	251,3	286,1	684,8	72,2	159,9	4 355,8
1981	2 134,3	95,0	1 056,5	823,7	462,3	1 137,0	236,7	129,8	6 075,4
1982	1 917,2	85,7	987,5	1 315,4	443,3	1 139,5	544,9	108,8	6 542,4
1983	757,6	8,9	268,8	445,3	221,8	501,9	328,4	116,3	2 649,0
1984	660,4	30,0	– 146,4	257,0	167,1	199,2	95,1	61,6	1 324,4
1985	680,0	51,9	53,5	143,2	164,6	35,6	– 33,8	49,0	1 144,0
1986	861,9	147,9	301,3	267,5	205,2	– 158,4	227,5	52,2	1 904,9
1987	1 318,5	82,9	256,2	557,9	258,8	1,4	658,1	135,2	3 268,6
1988	937,0	215,0	97,0	385,0	126,0	154,0	346,0	9,0	2 268,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.
[3]) Die Nettokreditaufnahme der Stadtstaaten wird den Ländern zugerechnet.
[4]) Aus Kreditmarktmitteln.
[5]) Die Berechnung der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr und der Indexreihe (1980 = 100) ist methodisch nicht immer sinnvoll und wird deshalb nicht durchgeführt.

Die Kreditfinanzierungsquoten[1]) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[2])

– in v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	5,0	6,5	6,6	5,6	14,6	4,6	6,3	10,0	6,1
1971	11,3	9,1	12,4	15,1	16,4	8,6	10,8	10,2	11,5
1972	10,4	9,3	12,6	12,8	14,1	8,3	9,9	13,5	10,7
1973	7,9	7,2	8,5	10,4	11,0	6,8	7,8	13,7	8,3
1974	6,0	2,9	6,0	8,3	8,5	5,6	4,2	7,1	5,9
1975	7,1	2,5	10,2	6,0	6,3	6,4	5,1	10,1	6,7
1976	6,4	2,0	6,9	4,4	4,4	2,9	3,1	10,0	4,8
1977	3,7	0,5	3,6	3,2	2,2	0,2	1,2	6,2	2,4
1978	4,5	1,6	2,6	3,5	2,9	1,0	0,8	7,9	2,8
1979	5,3	1,1	3,7	3,8	4,6	2,5	– 0,2	10,1	3,4
1980	5,4	– 0,1	4,1	2,0	4,1	3,0	0,3	8,4	3,3
1981	4,9	1,9	6,5	6,0	6,2	4,8	1,0	6,7	4,5
1982	4,5	1,7	6,1	9,6	6,0	4,7	2,2	5,5	4,8
1983	1,8	0,2	1,7	3,3	3,0	2,1	1,3	5,8	2,0
1984	1,6	0,6	– 0,9	1,9	2,2	0,8	0,4	3,0	1,0
1985	1,5	0,9	0,3	1,0	2,1	0,1	– 0,1	2,3	0,8
1986	1,8	2,5	1,7	1,7	2,5	– 0,6	0,8	2,4	1,3
1987	2,8	1,4	1,4	3,3	3,1	0,0	2,2	5,9	2,1
1988	1,9	3,5	0,5	2,2	1,5	0,5	1,1	0,4	1,4

[1]) Anteil der Nettokreditaufnahme an den bereinigten Ausgaben.
[2]) Die Berechnung der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr und der Indexreihe (1980 = 100) ist methodisch nicht immer sinnvoll und wird deshalb nicht durchgeführt.

8. Wie haben sich die Zinsausgaben der nordrhein-westfälischen Gemeinden, der Gemeinden in den Flächenländern (einzeln und zusammen) und in den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Zinsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	739,0	69,1	304,5	298,1	203,5	320,2	426,8	42,9	2 404,0
1971	864,7	81,8	358,8	343,5	246,4	374,1	490,0	50,4	2 809,7
1972	1 067,5	100,6	443,8	412,0	296,6	441,7	573,4	58,2	3 393,8
1973	1 271,7	121,6	542,6	497,8	371,8	593,8	727,5	78,3	4 205,1
1974	1 479,7	144,1	622,0	573,3	438,6	677,6	841,1	98,3	4 874,6
1975	1 640,1	154,5	714,5	626,6	437,0	702,7	896,2	96,0	5 267,7
1976	1 795,8	153,3	786,8	635,3	427,3	723,6	927,0	102,2	5 551,2
1977	1 849,5	151,3	814,4	647,7	430,4	697,2	908,8	106,4	5 605,5
1978	1 815,7	148,0	778,4	595,3	394,0	622,8	835,3	106,3	5 295,9
1979	1 946,1	146,5	787,7	622,9	378,7	651,0	861,4	114,1	5 508,5
1980	2 285,2	159,6	871,0	716,2	427,1	795,7	967,1	143,3	6 365,5
1981	2 627,4	175,4	1 002,3	834,1	510,3	960,5	1 046,1	178,8	7 334,9
1982	3 044,6	200,9	1 177,3	1 007,4	587,8	1 236,1	1 126,6	198,5	8 579,1
1983	2 864,9	191,9	1 158,2	992,4	529,8	1 180,2	1 059,7	177,9	8 155,0
1984	2 840,4	186,6	1 125,4	970,2	520,4	1 035,6	1 043,6	171,6	7 893,9
1985	2 824,7	190,4	1 086,0	968,4	521,4	1 032,4	1 019,9	179,4	7 822,5
1986	2 709,8	191,2	1 066,8	937,6	498,4	975,7	997,2	176,2	7 553,0
1987	2 638,0	197,5	1 047,1	913,1	480,7	914,8	989,5	171,2	7 351,9
1988	2 660,0	200,0	1 020,0	902,0	455,0	893,0	993,0	172,0	7 295,0

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Zinsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Veränderungen zum Vorjahr in v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	17,0	18,4	17,8	15,2	21,1	16,8	14,8	17,5	16,9
1972	23,5	23,0	23,7	19,9	20,4	18,1	17,0	15,5	20,8
1973	19,1	20,9	22,3	20,8	25,4	34,4	26,9	34,5	23,9
1974	16,4	18,5	14,6	15,2	18,0	14,1	15,6	25,5	15,9
1975	10,8	7,2	14,9	9,3	– 0,4	3,7	6,6	– 2,3	8,1
1976	9,5	– 0,8	10,1	1,4	– 2,2	3,0	3,4	6,5	5,4
1977	3,0	– 1,3	3,5	2,0	0,7	– 3,6	– 2,0	4,1	1,0
1978	– 1,8	– 2,2	– 4,4	– 8,1	– 8,5	– 10,7	– 8,1	– 0,1	– 5,5
1979	7,2	– 1,0	1,2	4,6	– 3,9	4,5	3,1	7,3	4,0
1980	17,4	8,9	10,6	15,0	12,8	22,2	12,3	25,6	15,6
1981	15,0	9,9	15,1	16,5	19,5	20,7	8,2	24,8	15,2
1982	15,9	14,5	17,5	20,8	15,2	28,7	7,7	11,0	17,0
1983	– 5,9	– 4,5	– 1,6	– 1,5	– 9,9	– 4,5	– 5,9	– 10,4	– 4,9
1984	– 0,9	– 2,8	– 2,8	– 2,2	– 1,8	– 12,3	– 1,5	– 3,5	– 3,2
1985	– 0,6	2,0	– 3,5	– 0,2	0,2	– 0,3	– 2,3	4,5	– 0,9
1986	– 4,1	0,4	– 1,8	– 3,2	– 4,4	– 5,5	– 2,2	– 1,8	– 3,4
1987	– 2,6	3,3	– 1,8	– 2,6	– 3,6	– 6,2	– 0,8	– 2,8	– 2,7
1988	0,8	1,3	– 2,6	– 1,2	– 5,3	– 2,4	0,4	0,5	– 0,8

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.

[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.

[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Zinsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	32	43	35	42	48	40	44	30	38
1971	38	51	41	48	58	47	51	35	44
1972	47	63	51	58	69	56	59	41	53
1973	56	76	62	70	87	75	75	55	66
1974	65	90	71	80	103	85	87	69	77
1975	72	97	82	87	102	88	93	67	83
1976	79	96	90	89	100	91	96	71	87
1977	81	95	94	90	101	88	94	74	88
1978	79	93	89	83	92	78	86	74	83
1979	85	92	90	87	89	82	89	80	87
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	115	110	115	116	119	121	108	125	115
1982	133	126	135	141	138	155	116	139	135
1983	125	120	133	139	124	148	110	124	128
1984	124	117	129	135	122	130	108	120	124
1985	124	119	125	135	122	130	105	125	123
1986	119	120	122	131	117	123	103	123	119
1987	115	124	120	127	113	115	102	119	115
1988	116	125	117	126	107	112	103	120	115

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

9. Wie hat sich der Anteil der Zinsausgaben der Gemeinden an den Gesamtausgaben der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, in den Flächenländern (einzeln und zusammen) und in den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v.H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Anteile der Zinsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) an den bereinigten Ausgaben in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– v.H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	4,1	3,1	4,9	5,1	5,9	3,2	4,2	5,0	4,3
1971	4,1	3,1	4,8	4,6	6,0	3,2	4,1	5,1	4,2
1972	4,6	3,4	5,3	5,0	6,6	3,4	4,3	5,2	4,5
1973	4,9	3,6	5,7	5,5	7,4	4,0	4,9	5,9	5,0
1974	4,9	4,1	5,7	5,5	7,7	4,0	5,0	6,7	5,1
1975	5,1	4,1	6,1	5,9	7,9	4,0	5,0	7,0	5,2
1976	5,4	4,2	6,4	5,7	7,5	4,1	4,9	7,0	5,3
1977	5,5	4,2	6,3	5,6	7,1	3,8	4,6	7,3	5,3
1978	5,2	3,8	6,4	5,5	6,1	3,4	4,5	6,8	4,9
1979	5,1	3,4	5,8	5,3	6,0	3,2	4,2	6,7	4,7
1980	5,4	3,3	5,7	5,6	6,1	3,5	4,2	7,5	4,9
1981	6,0	3,5	6,2	6,1	6,8	4,0	4,4	9,2	5,4
1982	7,1	4,1	7,2	7,4	7,9	5,1	4,6	10,0	6,3
1983	6,9	3,8	7,3	7,4	7,2	4,9	4,2	8,8	6,1
1984	6,7	3,7	7,0	7,0	6,9	4,2	4,2	8,5	5,8
1985	6,4	3,4	6,4	6,6	6,6	4,0	3,9	8,5	5,4
1986	5,8	3,3	5,9	6,0	6,1	3,6	3,5	8,0	5,0
1987	5,5	3,3	5,7	5,4	5,7	3,2	3,3	7,4	4,7
1988	5,4	3,2	5,4	5,1	5,4	3,1	3,3	7,3	4,5

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Anteile der Zinsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) an den bereinigten Ausgaben in den einzelnen Jahren seit 1970[1]) [2]) [3])

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	76,9	95,0	85,5	91,1	97,0	93,7	99,4	66,7	87,1
1971	77,0	93,0	83,6	83,6	98,5	91,9	95,7	67,3	85,3
1972	85,4	103,4	92,6	90,2	108,2	98,2	101,7	68,8	92,9
1973	91,2	108,7	99,4	99,1	121,1	115,9	114,5	78,2	102,3
1974	91,9	122,7	100,0	99,4	127,2	115,6	116,6	88,9	104,0
1975	93,9	123,5	106,6	105,2	129,6	116,2	116,7	92,6	106,4
1976	101,1	126,0	113,2	101,9	122,9	118,6	115,5	93,4	109,4
1977	102,9	127,1	110,8	101,3	117,1	111,3	109,2	97,5	107,5
1978	95,9	115,6	111,8	99,4	100,4	97,9	105,9	90,3	101,2
1979	95,4	103,6	101,3	95,7	98,4	92,1	99,2	89,6	96,7
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	111,6	106,3	108,6	110,0	111,6	117,1	102,4	121,9	110,4
1982	132,0	123,1	127,4	132,8	130,1	148,7	107,2	132,9	129,1
1983	127,8	115,4	128,7	133,5	118,1	142,8	100,0	117,5	124,4
1984	124,9	110,9	123,0	126,0	113,9	121,5	98,8	112,4	118,4
1985	118,8	103,7	111,7	118,7	109,1	116,5	90,7	113,5	111,5
1986	107,9	98,9	103,2	107,4	100,1	104,4	82,7	106,0	101,5
1987	102,8	98,8	100,8	97,3	93,1	92,3	78,4	98,6	95,1
1988	100,4	98,0	94,8	91,3	89,3	89,1	76,6	97,1	91,9

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

f) *Entwicklung der öffentlichen Investitionen*

1. Wie haben sich die investiven Ausgaben in Nordrhein-Westfalen, in den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v.H., DM je Einwohner, Zuwachs 1980 = 100)?

Die investiven Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– Mio. DM –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	4 615	624	1 458	1 874	1 000	2 530	2 926	183	15 716	18 534
1971	5 071	764	1 494	1 988	1 290	3 022	3 126	221	17 358	20 328
1972	5 870	799	1 822	2 163	1 452	3 210	3 684	266	19 216	22 441
1973	7 211	962	2 393	2 538	1 576	3 622	4 649	331	23 247	26 725
1974	8 387	1 146	2 809	2 668	1 713	4 081	5 304	376	26 445	30 415
1975	7 988	1 280	2 863	2 652	1 751	4 070	5 867	449	26 881	31 061
1976	7 991	1 367	2 895	3 580	1 833	4 040	5 841	451	27 966	32 297
1977	7 191	1 263	2 674	2 484	1 731	3 803	5 545	420	25 084	29 576
1978	9 091	1 232	3 046	2 683	1 821	4 426	6 162	426	28 869	33 612
1979	9 966	1 436	3 327	2 969	1 983	5 058	7 229	566	32 516	37 480
1980	11 526	1 550	3 669	3 226	2 118	5 719	7 529	564	35 877	41 443
1981	11 208	1 338	3 507	2 946	2 076	4 925	7 167	623	33 702	39 093
1982	10 831	1 345	3 627	2 961	1 957	4 746	7 231	897	33 574	38 914
1983	9 674	1 539	3 360	2 964	1 883	4 675	6 924	612	31 621	37 314
1984	9 408	1 465	3 349	3 237	1 942	5 421	7 112	646	32 569	38 400
1985	9 184	1 536	3 688	3 168	2 093	4 920	7 717	672	32 962	39 149
1986	9 061	1 545	4 391	3 478	2 304	5 012	7 820	617	34 214	40 038
1987	8 614	1 726	3 496	3 431	2 303	5 578	8 762	673	34 572	41 481
1988	8 085	1 665	3 326	3 575	2 406	5 753	8 806	713	34 325	40 245

[1]) Nach Kassenstatistik

Die investiven Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1]

– Veränderungen gegenüber Vorjahr in v. H. –[2]

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	9,9	22,4	2,5	6,1	29,0	19,4	6,8	20,8	10,4	9,7
1972	15,8	4,6	22,0	8,8	12,6	6,2	17,9	13,6	10,7	10,3
1973	22,8	20,4	31,3	17,3	8,5	12,8	26,2	24,4	21,0	20,1
1974	16,3	19,1	17,4	5,1	8,7	12,7	14,1	13,6	13,8	13,8
1975	– 4,8	11,7	1,9	– 0,6	2,2	– 0,3	7,2	19,4	1,6	1,6
1976	0,0	6,8	1,1	35,0	4,7	– 0,7	– 0,4	0,4	4,0	4,0
1977	– 10,0	– 8,6	– 7,6	– 30,6	– 5,6	– 5,9	– 5,1	– 6,9	– 10,7	– 8,5
1978	2,4	– 2,5	10,3	8,0	5,3	16,4	11,2	1,4	7,5	7,1
1979	9,6	16,6	8,8	10,7	8,9	13,8	17,3	32,9	12,6	11,4
1980	15,7	7,9	10,3	8,7	6,8	13,1	4,1	– 0,4	10,3	10,6
1981	– 2,8	– 13,7	– 4,4	– 8,6	– 2,0	– 11,7	– 4,8	10,5	– 5,7	– 5,3
1982	– 3,4	0,5	3,4	0,5	– 5,7	– 3,6	0,9	43,9	– 0,4	– 0,5
1983	– 10,7	14,4	– 7,4	0,1	– 3,8	– 1,5	– 4,2	– 31,7	– 5,8	– 4,1
1984	– 2,8	– 4,8	– 0,3	9,2	3,1	15,9	2,7	5,6	3,0	2,9
1985	– 2,4	4,9	10,1	– 2,1	7,7	– 9,2	8,5	3,9	1,2	2,0
1986	– 1,3	0,6	19,1	9,8	10,1	1,9	1,3	– 8,2	3,8	2,3
1987	– 4,9	11,7	– 20,4	– 1,4	– 0,1	11,3	12,1	9,1	1,1	1,1
1988	– 6,1	– 3,5	– 5,7	4,2	4,5	3,1	0,5	5,9	– 0,8	– 0,6

[1]) Nach Kassenstatistik.
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten.

Die investiven Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])
– 1980 = 100 –[2])

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	49,5	40,7	41,2	58,1	47,2	44,4	40,1	34,4	47,2	47,4
1971	54,3	49,8	42,2	61,6	60,9	53,1	42,8	41,6	52,1	52,0
1972	62,9	52,1	51,5	67,0	68,5	56,4	50,5	47,2	57,6	57,4
1973	77,3	62,8	67,6	78,6	74,4	63,6	63,7	58,8	69,8	68,9
1974	89,9	74,8	79,4	82,6	80,8	71,6	72,7	66,8	79,4	78,4
1975	85,6	83,5	80,9	82,1	82,6	71,4	77,9	79,7	80,6	79,6
1976	85,6	89,2	81,8	110,9	86,5	70,9	77,6	80,0	83,9	82,8
1977	77,0	81,5	75,5	76,9	81,7	66,7	73,6	74,5	74,9	75,8
1978	78,9	79,5	83,3	83,1	86,0	77,7	81,9	75,5	80,5	81,2
1979	86,4	92,7	90,7	92,0	93,6	88,4	96,1	100,4	90,7	90,4
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	97,2	86,3	95,6	91,4	98,0	88,3	95,2	110,5	94,3	94,7
1982	93,9	86,7	98,9	91,9	92,4	85,1	96,1	159,0	93,9	94,2
1983	83,8	99,2	91,5	91,9	88,9	83,8	92,0	108,6	88,5	90,4
1984	81,5	94,5	91,3	100,4	91,7	97,2	94,5	114,7	91,1	93,0
1985	79,5	99,1	100,5	98,3	98,7	88,2	102,5	119,2	92,2	94,8
1986	78,5	99,7	119,7	107,9	108,7	89,9	103,9	109,4	95,7	97,0
1987	74,7	111,3	95,3	106,4	108,6	100,1	116,4	119,3	96,8	98,1
1988	70,1	107,4	89,8	110,9	113,5	103,2	117,0	126,4	96,0	97,5

[1]) Nach Kassenstatistik.
[2]) Berechnet aus vergleichbaren Vorjahresdaten.

Die investiven Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– DM je Einwohner –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	273	250	206	348	274	284	279	163	280	305
1971	297	302	209	364	352	335	294	197	306	332
1972	342	313	253	392	394	352	343	237	337	364
1973	419	374	331	457	426	393	430	297	405	431
1974	487	444	387	478	464	442	489	339	460	490
1975	465	495	395	477	476	443	542	408	468	502
1976	468	529	400	646	501	442	541	413	490	525
1977	422	488	370	449	475	417	513	387	440	482
1978	534	476	422	484	501	485	570	396	506	548
1979	586	554	460	534	546	552	667	529	570	611
1980	676	595	506	577	582	619	691	528	626	673
1981	658	512	483	526	570	531	655	585	587	634
1982	637	513	499	528	538	511	660	846	585	631
1983	572	588	463	531	518	505	632	581	552	608
1984	561	560	463	583	535	587	649	614	571	628
1985	550	588	512	573	578	532	704	641	579	642
1986	544	591	610	629	638	539	711	591	601	656
1987	515	676	488	623	634	600	803	638	608	679
1988	482	651	464	645	661	614	801	677	601	655

[1]) Nach Kassenstatistik

2. Wie hat sich der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben in Nordrhein-Westfalen, den Flächenländern (einzeln und zusammen) und den Ländern insgesamt in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil der investiven Ausgaben an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	25,5	20,1	18,3	26,1	22,9	23,3	24,9	14,3	24,6	24,0
1971	24,2	20,8	16,5	25,0	24,4	23,7	23,6	14,7	23,6	22,9
1972	24,7	19,8	17,3	24,4	24,2	22,3	24,3	15,6	23,2	22,5
1973	26,1	20,9	18,9	24,9	23,1	22,0	26,8	16,7	24,2	23,2
1974	25,9	21,7	19,0	22,8	22,4	21,8	26,6	16,5	23,9	22,9
1975	22,8	21,8	18,0	21,2	21,1	20,1	26,3	17,6	22,3	21,4
1976	21,9	22,4	17,2	25,9	21,2	18,6	24,9	17,2	21,9	21,1
1977	19,0	19,6	15,0	18,4	18,9	16,2	22,6	15,1	18,8	18,4
1978	21,0	18,5	15,7	18,3	19,1	17,3	22,6	14,4	19,6	19,2
1979	21,2	19,5	15,9	18,7	19,4	18,1	24,1	17,4	20,3	19,8
1980	22,2	19,4	16,1	19,2	19,2	18,8	23,6	16,0	20,6	20,2
1981	20,7	16,4	15,2	17,4	17,8	16,3	21,7	17,7	18,9	18,6
1982	19,6	16,0	14,9	16,9	16,4	15,3	21,1	22,8	18,2	17,9
1983	17,7	17,3	13,8	16,7	15,5	14,7	19,9	15,2	17,0	16,9
1984	16,9	16,5	13,4	17,4	15,6	16,4	20,0	15,9	17,1	16,9
1985	16,3	16,5	14,0	16,2	16,1	14,6	20,7	14,3	16,7	16,6
1986	15,5	15,9	15,7	16,7	17,0	14,2	20,2	14,3	16,6	16,4
1987	14,3	16,8	12,5	15,8	16,4	15,0	22,0	14,9	16,2	16,4
1988	13,3	15,8	11,7	16,0	16,6	14,9	21,5	15,1	15,8	15,6

[1]) Nach Kassenstatistik

Der Anteil der investiven Ausgaben an den bereinigten Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, der Flächenländer und der Länder insgesamt in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988[1])

– 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder	Länder insgesamt
1970	115,0	103,2	113,3	136,1	119,5	124,3	105,6	89,0	119,3	118,8
1971	109,2	106,9	102,2	130,1	127,4	126,1	100,1	91,8	114,6	113,2
1972	111,5	102,1	107,5	127,2	126,4	118,7	103,2	97,3	112,4	111,0
1973	117,6	107,3	117,6	129,7	120,4	117,0	113,8	104,3	117,5	114,8
1974	116,6	111,5	118,0	119,0	117,2	116,1	113,0	102,7	115,9	113,1
1975	102,7	112,2	111,8	110,3	109,9	107,1	111,5	110,1	108,1	105,8
1976	98,8	115,1	106,5	135,2	110,6	99,3	105,8	107,6	106,4	104,1
1977	85,5	100,9	92,9	96,0	98,8	86,5	95,8	94,5	91,4	91,1
1978	94,6	95,1	97,5	95,2	99,5	92,2	96,0	89,8	95,4	95,1
1979	95,8	100,3	98,6	97,3	101,1	96,3	102,0	108,5	98,4	97,8
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	93,4	84,6	94,1	90,9	93,1	86,7	92,2	110,4	91,8	91,8
1982	88,5	82,2	92,7	88,3	85,5	81,8	89,7	142,1	88,6	88,4
1983	79,9	89,1	85,4	86,9	80,7	78,4	84,5	94,8	82,4	83,4
1984	76,4	85,0	83,1	90,9	81,7	87,5	85,0	99,0	82,8	83,7
1985	73,3	84,9	87,2	84,4	84,3	77,8	87,7	89,0	80,9	82,3
1986	70,0	82,0	97,5	87,1	88,7	75,8	85,8	89,0	80,6	81,1
1987	64,6	86,5	77,4	82,4	85,5	80,0	93,3	92,7	78,9	81,3
1988	60,0	81,4	72,9	83,3	86,9	79,5	91,2	94,4	76,5	77,2

[1]) Nach Kassenstatistik

3. Wie hat sich der Anteil Nordrhein-Westfalens an den investiven Ausgaben der Länder und Gemeinden seit 1970 entwickelt (i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Der Anteil Nordrhein-Westfalens
an den investiven Ausgaben der Länder und Gemeinden (GV)
in den einzelnen Jahren von 1970 bis 1988

Jahr	Nordrhein-Westfalen	
	v.H.	1980 = 100
1970	26,2	98,9
1971	25,4	95,8
1972	25,8	97,4
1973	26,4	99,6
1974	27,0	101,9
1975	26,9	101,5
1976	25,2	95,1
1977	24,4	92,1
1978	26,9	101,5
1979	26,2	98,9
1980	26,5	100,0
1981	26,2	98,9
1982	25,6	96,6
1983	23,9	90,2
1984	23,5	88,7
1985	22,8	86,0
1986	22,4	84,5
1987	20,8	78,5
1988	20,5	77,4

4. Wie hat sich der Anteil der Investitionen der Gemeinden an den gemeindlichen Gesamtausgaben in Nordrhein-Westfalen und den Flächenländern (einzeln und zusammen) in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt (absolute Zahlen, Veränderungsraten gegenüber Vorjahr i. v. H., Zuwachs 1980 = 100)?

Die Anteile der Investitionsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) an den bereinigten Ausgaben in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Niedersachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Flächenländer
1970	34,4	31,0	34,9	35,7	39,1	37,5	37,4	31,5	35,8
1971	33,0	31,9	37,0	36,8	39,8	37,4	38,1	31,6	35,9
1972	30,6	29,5	34,9	36,4	37,6	37,5	37,0	32,3	34,5
1973	29,8	28,6	33,1	31,8	35,4	36,6	34,3	31,5	32,7
1974	29,3	29,3	33,1	30,7	33,2	35,0	32,5	29,3	31,7
1975	28,3	27,9	30,2	26,4	28,7	30,8	31,0	31,6	29,3
1976	25,5	27,7	28,2	26,0	27,1	27,8	30,7	29,2	27,4
1977	23,5	26,1	26,5	22,5	25,9	28,3	28,9	25,4	25,8
1978	24,8	27,8	29,0	25,7	27,4	32,4	31,9	26,4	28,2
1979	25,9	27,8	29,9	25,7	31,2	34,1	33,9	27,0	29,6
1980	26,7	29,7	30,8	26,5	32,1	34,9	34,4	27,5	30,4
1981	23,9	28,0	28,3	24,7	30,2	32,1	32,7	24,1	28,0
1982	20,5	24,3	23,0	21,9	27,1	28,3	29,2	21,1	24,4
1983	18,2	23,4	19,7	19,2	25,4	25,4	28,4	19,9	22,3
1984	17,6	22,0	18,5	18,0	24,0	24,3	26,5	16,8	21,1
1985	17,5	20,3	18,5	18,6	23,5	23,6	27,5	15,6	21,1
1986	17,6	20,7	19,2	19,9	24,0	24,2	28,8	15,8	21,7
1987	16,5	19,5	16,8	20,1	23,6	25,1	28,8	13,9	21,2
1988	16,2	18,3	16,7	20,6	22,6	25,2	28,3	16,1	21,1

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Anteile der Investitionsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) an den bereinigten Ausgaben in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Veränderungen zum Vorjahr in v. H. –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1971	– 3,9	2,9	6,0	2,9	1,7	– 0,2	2,0	0,5	0,4
1972	– 7,3	– 7,5	– 5,6	– 1,0	– 5,5	0,4	– 2,8	2,1	– 3,9
1973	– 2,7	– 3,3	– 5,4	– 12,6	– 5,8	– 2,5	– 7,4	– 2,4	– 5,2
1974	– 1,8	2,7	0,0	– 3,4	– 6,4	– 4,3	– 5,3	– 7,0	– 3,1
1975	– 3,4	– 5,0	– 8,6	– 14,2	– 13,5	– 12,0	– 4,5	7,6	– 7,6
1976	– 9,7	– 0,6	– 6,7	– 1,4	– 5,5	– 9,9	– 0,9	– 7,4	– 6,3
1977	– 7,9	– 5,6	– 6,1	– 13,6	– 4,4	1,9	– 6,0	– 12,9	– 5,9
1978	5,8	6,2	9,6	14,3	5,9	14,6	10,4	3,9	9,4
1979	4,4	0,1	2,9	0,0	13,9	5,1	6,2	2,0	4,8
1980	2,9	6,9	3,3	3,1	2,8	2,3	1,5	1,9	2,7
1981	– 10,5	– 6,0	– 8,2	– 6,7	– 5,9	– 7,8	– 4,9	– 12,2	– 7,8
1982	– 14,3	– 13,1	– 18,9	– 11,4	– 10,3	– 12,1	– 10,6	– 12,3	– 12,9
1983	– 11,3	– 3,4	– 14,2	– 12,5	– 6,5	– 10,2	– 2,8	– 5,6	– 8,8
1984	– 2,9	– 6,3	– 6,4	– 6,2	– 5,4	– 4,4	– 6,6	– 16,0	– 5,3
1985	– 0,7	– 7,6	0,1	3,6	– 1,8	– 2,6	3,8	– 7,1	0,0
1986	0,4	2,1	4,1	6,9	2,0	2,6	4,6	1,4	3,0
1987	– 6,3	– 5,8	– 12,5	1,0	– 1,6	3,5	0,1	– 12,0	– 2,2
1988	– 1,4	– 6,1	– 0,7	2,7	– 4,2	0,6	– 1,6	16,4	– 0,8

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

Die Anteile der Investitionsausgaben der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Flächenländer (einzeln und zusammen) an den bereinigten Ausgaben in den einzelnen Jahren seit 1970[1] [2] [3]

– Index 1980 = 100 –

Jahr	Nordrh.-Westf.	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Hessen	Rhld.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saar-land	Flächen-länder
1970	128,8	104,3	113,3	134,9	121,8	107,5	108,6	114,6	117,8
1971	123,8	107,3	120,0	138,9	123,8	107,2	110,7	115,2	118,2
1972	114,7	99,3	113,2	137,5	117,0	107,7	107,7	117,6	113,6
1973	111,7	96,0	107,2	120,1	110,3	105,0	99,7	114,8	107,7
1974	107,7	98,7	107,2	116,1	103,2	100,5	94,4	106,8	104,3
1975	105,9	93,7	98,0	99,6	89,3	88,4	90,1	114,9	96,4
1976	95,6	93,1	91,4	98,1	84,4	79,7	89,3	106,4	90,3
1977	88,0	88,0	85,9	84,8	80,6	81,2	84,0	92,6	85,0
1978	93,1	93,4	94,1	96,9	85,4	93,0	92,8	96,2	92,9
1979	97,2	93,5	96,8	97,0	97,2	97,8	98,5	98,2	97,4
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	89,5	94,0	91,8	93,3	94,1	92,2	95,1	87,8	92,2
1982	76,7	81,7	74,5	82,7	84,4	81,1	85,0	77,0	80,4
1983	68,0	78,9	63,9	72,4	78,9	72,8	82,6	72,6	73,3
1984	66,1	73,9	59,8	67,9	74,6	96,6	77,1	61,0	69,4
1985	65,6	68,3	59,9	70,3	73,3	67,7	80,0	56,7	69,4
1986	65,9	69,8	62,4	75,2	74,7	69,5	83,7	57,4	71,5
1987	61,7	65,7	54,6	76,0	73,5	71,9	83,8	50,5	70,0
1988	60,9	61,7	54,2	78,0	70,4	72,3	82,4	58,8	69,4

[1]) Daten bis 1987 Rechnungsergebnis, ab 1988 Vierteljahresstatistik.
[2]) Ab 1975 Abweichung vom öffentlichen Gesamthaushalt, da die kaufm. buchenden Krankenhäuser ab 1975 schrittweise und ab 1978 ganz ausgegliedert wurden.
[3]) Die Ausgaben der Stadtstaaten werden den Ländern zugerechnet.

g) *Förderung nach dem Bundesstrukturhilfegesetz*

1. In welcher Höhe und für schwerpunktmäßig welche Maßnahmen haben Nordrhein-Westfalen und die anderen nach dem Bundesstrukturhilfegesetz begünstigten acht Länder (einzeln und zusammen) die ihnen für das Bewilligungsjahr 1989 zustehenden Finanzvolumen mit förderfähigen Vorhaben ausgeschöpft (absolute Zahlen, Anteil der bewilligten Mittel i. v. H.)?

Die für 1989 nach dem Strukturhilfegesetz gewährten Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 2,45 Mrd. DM haben die neun begünstigten Länder in Höhe von 2,197 Mrd. DM (89,7 v. H.) mit förderfähigen Vorhaben belegt.

Die durch förderfähige Vorhaben belegten Mittel verteilen sich wie folgt auf die vier Investitionsbereiche des Gesetzes:

— Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur

	Mio. DM	v. H.
a) Umweltschutz	606,6	27,6
b) Verkehr	401,5	18,3
c) Energie, Wasser	91,0	4,1
d) Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen	256,7	11,7
e) Fremdenverkehr	117,5	5,4
zusammen	1 473,3	67,1
— Aus- und Weiterbildung	151,8	6,9
— Forschung und Technologie	190,8	8,7
— Städtebauliche Maßnahmen	381,0	17,3
insgesamt	2 196,7	100,0

Die einzelnen Länder haben die ihnen nach dem Strukturhilfegesetz im Bewilligungsjahr 1989 zustehenden Finanzhilfen wie folgt mit förderfähigen Vorhaben ausgeschöpft (Mio. DM):

	NRW	SH	HH	Nds	HB	RP	BY	SL	B
Wirtschaftl. Infrastruktur	282,2	148,1	111,4	413,8	53,6	178,1	126,1	88,0	72,0
Aus- und Weiterbildung	76,9	16,4	1,6	29,0	4,0	21,3	1,3	1,4	–
Forschung und Technologie	64,4	9,7	–	67,3	–	31,5	7,7	10,4	–
Städtebauliche Maßnahmen	199,6	53,0	–	116,8	–	41,1	22,5	8,0	–
Insgesamt	563,1	227,2	113,0	626,9	57,6	272,0	157,6	107,8	72,0
Gesetzlich zustehender Betrag	756	252	113	652	63	272	158	112	72
unausgeschöpfter Rest 1989	192,9	24,8	–	25,1	5,4	–	0,4	4,2	–
Ausschöpfungsquote (v. H.)	74,5	90,2	100	96,2	91	100	99,7	96,3	100

2. Welche Gründe haben ggf. dazu geführt, daß für 1989 Strukturhilfen des Bundes von der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung nur teilweise mit förderfähigen Vorhaben belegt worden sind?

Das Land Nordrhein-Westfalen hat für 1989 insgesamt 1 074 Vorhaben zur Förderung nach dem Strukturhilfegesetz angemeldet. Davon erwiesen sich 172 Vorhaben (16 Prozent der Anmeldungen des Landes) als endgültig nicht förderbar.

Von den dem Land Nordrhein-Westfalen nach dem Strukturhilfegesetz für 1989 zustehenden Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 756 Mio. DM wurden rd. 193 Mio. DM zunächst nicht ausgeschöpft. Davon entfielen 75 Mio. DM auf die endgültig nicht förderfähigen Vorhaben und 17 Mio. DM auf bisher nicht aktivierte Reservevorhaben.

Für die restlichen rd. 100 Mio. DM hat das Land keine Vorhaben angemeldet. Gründe dafür hat das Land nicht mitgeteilt.

3. In welchem Umfang tragen Nordrhein-Westfalen und die anderen acht Länder (einzeln und zusammen) aus eigenen Mitteln des Landeshaushalts zur Finanzierung der nach dem Strukturhilfegesetz geförderten Projekte bei; wie hoch ist der Eigenanteil der Gemeinden (absolute Zahlen, Anteile i. v. H.)?

Die neun durch das Strukturhilfegesetz begünstigten Länder und ihre Gemeinden haben für das Bewilligungsjahr 1989 mit folgenden Eigenanteilen zur Finanzierung der förderfähigen Vorhaben beigetragen:

	NRW	SH	HH	Nds	HB	RP	BY	SL	B	Länder/Gemeinden insgesamt
Land										
Mio. DM	25,7	13,3	12,6	38,2	–	22,1	17,5	7,3	18,0	154,7
v.H.	2,5	3,2	10,1	3,5	–	5,0	5,6	4,1	20,0	4,1
Gemeinden										
Mio. DM	428,8	169,7	–	423,6	6,4	150,7	139,8	62,3	–	1 381,3
v.H.	42,1	41,4	–	38,9	10,0	33,9	44,4	35,1	–	37,0

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333